GLOBALISIERTE FINANZMÄRKTE

Ein Jahrzehnt nach Beginn der großen Krise

attac Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

attac Bildung

attac

IMPRESSUM

1. Auflage 2018
500 Exemplare

HERAUSGEBER
Attac Trägerverein e.V.
Münchener Straße 48
D-60329 Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten © Attac.

AUTOR_INNEN
Catherine Gotschy, Boris Heil, Roland Jourdan,
Holger Oppenhäuser (Attac Bundesbüro),
Mathis Richtmann, Andreas Schmidt

Anregungen und Unterstützung von
Patrick Bohländer, Andreas Eis,
Henryk Joost, Frederik Metje, Gunter Quaißer

GESTALTUNG
Dicey, Berlin
www.dicey-studios.com

HERSTELLUNG
Pachnicke Druck, Göttingen
www.pachnickedruck.de

LAYOUT UND DRUCK MIT FINANZIELLER UNTERSTÜTZUNG VON
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Weitere Informationen: **www.attac.de/bima**

Feedback: **bildung@attac.de**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

INHALTSVERZEICHNIS

INHALT MODULE I–IV · EINLEITUNG · LEGENDE · GLOSSAR

MODUL I

Welche Krise denn?
Was heißt eigentlich Krise? Um welche Krisen geht es?
Wo betrifft mich das?
Worum ging es bei der globalen Krise ab 2008?

Einführung
I.1 *Aktivität:* Was ist ein Euro wert?
I.2 *Arbeitsblatt:* Ich krieg die Krise
I.3 *Arbeitsblatt:* Zehn Jahre Finanzkrise

MODUL II

Die Entwicklung der globalen Krise ab 2008
Wie funktioniert der Handel mit Wertpapieren? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen dem Produktions- und dem Finanzsektor?
Was sind die Ursachen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise?

Einführung
II.1 *Aktivität:* Bulle und Bär
II.2 *Infoblatt:* Wertpapierhandel / Finanzmärkte
II.3 *Arbeitsblatt:* Die Vorgeschichte der globalen Finanzkrise
II.4 *Arbeitsblatt:* Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

MODUL III

Bankenrettung
Wie funktioniert eine Bank? Warum hat der Staat die Banken gerettet und was wird daran kritisiert? Was wurde aus der Krise gelernt?
Welche Konflikte gibt es um die zukünftige Abwicklung von Banken?

Einführung
III.1 *Arbeitsblatt:* Wie funktioniert eine Bank?
III.2 *Arbeitsblatt:* Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland
III.3 *Arbeitsblatt:* Was tun, wenn Banken pleitegehen?

MODUL IV

Soziale Konsequenzen am Beispiel Wohnen
Was habe ich mit dem Immobilienmarkt zu tun? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Finanz- und Immobilienmärkten? Warum steigen die Mieten so stark und was kann dagegen getan werden?

Einführung
IV.1 *Arbeitsblatt:* Was habe ich mit dem Immobilienmarkt zu tun?
IV.2 *Arbeitsblatt:* Finanzmärkte und Immobilien
IV.3 *Arbeitsblatt:* Regulierung des Wohnungsmarktes

EINLEITUNG

Das vorliegende Bildungsmaterial erscheint im Sommer 2018 anlässlich zweier gegensätzlicher und doch miteinander verbundener Jahrestage. Am 3. Juni 1998 wurde Attac in Frankreich mit dem Ziel einer demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte gegründet. Während Attac also seinen 20. Geburtstag feiern kann, jährt sich zugleich der Ausbruch der größten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren zum zehnten Mal. Symbolisch für dieses Ereignis, vor dem die Globalisierungskritiker_innen stets gewarnt hatten, steht die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008. Diesen doppelten Jahrestag nimmt Attac zum Anlass, um mit dem vorliegenden Material auf den Ausbruch der großen Krise zurückzublicken und die zunehmende Bedeutung der Finanzmärkte und ihre sozialen Folgen kritisch in den Blick zu nehmen. Das Material erscheint als vierte Folge in der Reihe »Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen«. Erarbeitet wurden die Materialien von einer weitgehend ehrenamtlichen Gruppe aus Lehrer_innen, Wirtschaftswissenschaftler_innen, Politolog_innen, Fachdidaktiker_innen und Pädagog_innen mit vielfältigen Erfahrungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Zielgruppen: Schule (Sek. I und II) und außerschulische Bildungsarbeit

Die Materialien wurden dementsprechend für die Schule und für die außerschulische Bildung entwickelt. Ein zentrales Prinzip ist die Verknüpfung der Lerngegenstände mit aktivierenden Methoden und insbesondere kooperativen Lernformen. So eignen sich die Materialien zum großen Teil sowohl für den Einsatz im Unterricht als auch in der Bildungsarbeit von Gewerkschaften, Verbänden und freien Trägern der politischen Bildung.

Die einzelnen Elemente des Materials sind unterschiedlich voraussetzungsvoll. Es gibt einführende Materialien, die in der Sekundarstufe I beziehungsweise in außerschulischen Gruppen ohne größere Vorkenntnisse eingesetzt werden können. Andere eignen sich eher zur Vertiefung in der Sekundarstufe II und anderen Lerngruppen mit entsprechenden Grundkenntnissen. Da die Einschätzung, welches Material für eine konkrete Gruppe geeignet ist, von zahlreichen Faktoren abhängt, wurde auf eine entsprechende Kennzeichnung verzichtet. Orientierende Hinweise dazu finden sich aber in den Einführungstexten zu den jeweiligen Modulen.

Attac: Bewegung, Expertise und Bildung

Attac versteht sich als internationales Netzwerk und als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Dieses Selbstverständnis spiegelt sich auch in den vorliegenden Bildungsmaterialien wider. Kennzeichen sozialer Bewegungen ist es, bislang vernachlässigte Probleme und alternative Entwicklungspfade in die gesellschaftliche Debatte zu bringen. Dazu werden neben Informations- und Diskussionsveranstaltungen zahlreiche Partizipationsformen, von der Initiierung von Unterschriftenlisten über verschiedene Aktionsformen bis hin zum zivilen Ungehorsam, realisiert.

Als Teil der internationalen globalisierungskritischen Bewegung entstand Attac als Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Vorherrschaft des sogenannten Neoliberalismus. Dies impliziert die Kritik am neoklassischen Paradigma, das nicht nur die Wirtschaftswissenschaften weithin dominiert, sondern dessen Modelle zudem auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche übergreifen und sie Kosten-Nutzen-Kalkülen unterwerfen. Die weltanschaulichen und wissenschaftlichen Grundlagen dieser Kritik sowie die daraus erwachsenden Kampagnen und Projekte von Attac sind vielfältig. Das Spektrum reicht von Vorschlägen für alternative (Wirtschafts-)Politiken bis hin zu radikaler Kapitalismuskritik und der Suche nach Wegen zur Demokratisierung der gesamten Gesellschaft inklusive der Ökonomie. So werden im vorliegenden Material verschiedene Optionen der Bankenrettung von der marktgesteuerten Pleite, über die staatlichen »Bail-Outs« im Zuge der Krise und die neuen EU-Regeln zum »Bail-in« bis hin zur Vergesellschaftung diskutiert.

Alternative Sichtweisen einbringen

Vor diesem Hintergrund ist auch das Bildungsmaterial von Attac nicht neutral (wobei es im Allgemeinen fragwürdig ist, ob es »Neutralität« in gesellschaftlichen Fragen überhaupt gibt). Ein Ziel des Materials ist es, das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen zu thematisieren.

Ein anderes Anliegen ist es, Gegenexpertisen zu den vorherrschenden neoklassischen Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse einzubringen (seien sie nun neokeynesianisch, neomarxistisch,

EINLEITUNG

durch die feministische Ökonomie oder andere heterodoxe Ansätze inspiriert). Es geht um die Abschätzung der Wirkung unterschiedlicher ökonomischer Theorien sowie darauf basierender Politiken in ökonomischer wie sozialer und ökologischer Hinsicht. Damit verbunden ist die Thematisierung von sozialen Ungleichheiten, Interessengegensätzen, Machtasymmetrien und systemischen Zwängen, während in der öffentlichen Debatte allzu oft die Personifizierung »der Märkte« oder ähnlich Mystisches zur Erklärung herhalten muss.

Und nicht zuletzt geht es darum, die vielfach national beschränkten Debatten über internationale Prozesse multiperspektivisch zu erweitern. Etwa dadurch, dass die Krisen auf dem Wohnungsmarkt in verschiedenen Ländern wie Deutschland, den USA und Spanien hinsichtlich der Ursachen, der sozialen Folgen und möglicher politischer Konsequenzen vergleichend diskutiert werden.

Kontroversität durch Kritik

Bei alldem geht es um Lernangebote, die bestimmte Perspektiven eröffnen und zur Diskussion einladen und nicht darum, die Lernenden zu manipulieren oder gar zu indoktrinieren. Was den Einsatz in der Schule angeht, ist ohnehin davon auszugehen, dass die Lehrkräfte Materialien von Attac gezielt als kritische Alternative zu anderen Positionen einsetzen, wie entsprechende Anfragen von Schulen zeigen.

Zur Kontroversität trägt das Material schon dadurch bei, dass es hegemoniale Deutungen mit Alternativen konfrontiert und diese Agenda offenlegt. Diese Transparenz steht übrigens im Gegensatz zu manch anderen, scheinbar neutralen Angeboten, die genauer besehen von unternehmerischen Lobbygruppen finanziert sind und mehr oder minder subtil deren (wirtschaftstheoretische) Sicht auf die Welt transportieren. In dieser Hinsicht entspricht das vorliegende Material den Anforderungen des Transparenz-Kodex der Deutschen Vereinigung für politische Bildung.

Bezogen auf das vorliegende Material geht es um die zunehmende Bedeutung der Finanzmärkte, die sozialen Probleme, die damit verbunden sind und die politischen Kontroversen, in die diese Entwicklungen münden.

Aufbau: Vier Module

Das Material ist in vier Module gegliedert, die jeweils mit einer kurzen fachlichen Einführung und einem knappen didaktischen Kommentar zu den einzelnen Elementen beginnen. In **Modul I** werden zunächst verschiedene Zugänge zu den Zusammenhängen zwischen den Ebenen des alltäglichen Lebens, der finanziellen Sphäre im Allgemeinen und der Krisen des vergangenen Jahrzehnts angeboten. **Modul II** steht unter der Überschrift »Die Entwicklung der globalen Krise ab 2008« und thematisiert den Verlauf der Krise von den tieferliegenden Ursachen über ihren Ausbruch in den USA bis hin zur internationalen Bankenkrise. **Modul III** vertieft die Problematik der Finanzmarktakteure und nimmt insbesondere die Bankenrettung in den Blick, die bei künftigen Krisen erneut eine zentrale Rolle spielen dürfte. **Modul IV** widmet sich schließlich den sozialen Konsequenzen der zunehmenden Finanzialisierung und den krisenhaften Dynamiken der Finanzmärkte am Beispiel des Wohnens. Dabei wird der Bogen von der Hypothekenkrise in den USA über die massenhaften Räumungen in Spanien hin zu den steigenden Immobilien- und Mietpreisen in Deutschland gespannt.

Formale Hinweise

Da es in Materialien für Schulen mittlerweile üblich ist, werden die Lernenden mit »Sie« angesprochen, obwohl im Kontext der sozialen Bewegungen und weiten Teilen der außerschulischen Bildung das »Du« gebräuchlicher ist. Im Bemühen um eine geschlechtergerechte Sprache wird der Gender_Gap genutzt.

Die Materialien erscheinen sowohl online als auch gedruckt. Die Druckversion kann im Attac-Webshop (**http://shop.attac.de**) bestellt werden. Auf der Webseite **www.attac.de/bima** finden sich zusätzliche Materialien und Aktualisierungen. Dort findet sich auch das Material unter dem Titel »Europa nach der Krise«, das nach wie vor aktuell ist und weiteren Aspekten der Krisendynamik des vergangenen Jahrzehnts nachgeht, von der steigenden sozialen Ungleichheit über die spezifische Krisendynamik in der Eurozone bis hin zur Austeritätspolitik in Europa, die insbesondere in Südeuropa zu massiven sozialen Krisen geführt hat. ■

LEGENDE

Die Materialien haben folgende Formate

→ **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien

Aktivitäten – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen

Infoblatt – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls

Arbeitsblätter – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autorentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien

METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien

INFO **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes

DIAGRAMM **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema

REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

Interview mit **Interviews** – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

GLOSSAR

ABS (Asset Backed Security) ABS sind eine spezielle Form der →**ANLEIHE**. Auch hier kaufen Investoren ein Wertpapier und erhalten nach Laufzeitende ihr eingesetztes Kapital zurück (wie eine Anleihe ist auch ein ABS eine Kreditform). Um die Gläubiger_innen dazu zu motivieren den Kredit zu geben, erhalten sie Zinszahlungen. Bei einer ABS sind diese Zinszahlungen durch ein Vermögen besichert. Beispielsweise werden die Zinszahlungen von vielen Kreditnehmer_innen von Kreditkartenfirmen, Studienkrediten oder Häuserkrediten eingesammelt und an die Anleihekäufer weitergereicht. So entstehen die Zinszahlungen. Durch das Zusammenführen vieler einzelner Zinszahlungen passiert nichts Dramatisches, wenn beispielsweise nur eine Kreditkartennutzerin ihre Schulden nicht bezahlen kann. Durch das Weiterreichen wird jedoch das Risiko verschleiert und es treten Refinanzierungsprobleme auf, falls viele Kreditnehmende gleichzeitig ausfallen.

Aktie Aktien sind Anteile an Firmen. Wer eine Aktie von z.B. Daimler kauft, dem gehört ein ganz kleiner Teil dieses Konzerns. Wenn der Konzern Gewinn macht, wird ein Teil davon an die Aktionäre ausgezahlt (»eine Dividende wird ausgeschüttet«). Aktien werden an der Börse gehandelt, also verkauft und gekauft. Sie haben einen Preis, der sich ständig ändert.

Anleihe Eine Anleihe ist ein Wertpapier mit einem Ausgabepreis (z.B. 1000 Euro), einer Laufzeit (z.B. ein Jahr) und einem Zinssatz (z.B. 5 Prozent). Beispiel: Eine Bank gibt eine Anleihe über 1000 Euro mit einer Laufzeit von einem Jahr und einem Zinssatz von fünf Prozent aus. Dann bezahlt ein_e Käufer_in 1000 Euro und bekommt nach einem Jahr 1050 Euro zurück (1000 + 5 %). Die Anleihe kann in der Zwischenzeit aber auch an der Börse weiterverkauft werden. Wer die Anleihe am Ende der Laufzeit besitzt, bekommt die 1050 Euro von der Bank ausgezahlt. Eine Anleihe ist eine Form von →**KREDIT**. Für die Dauer der Laufzeit gewährt im Beispiel der/die Käufer_in der Bank einen Kredit für 1000 Euro. Wie jede andere Kreditform auch, sind Anleihen durch Zahlungseingänge der Schuldner_innen in der Zukunft gedeckt. Sonst würden die Gläubiger_innen die Schuldner_innen als kreditunwürdig betrachten. Die häufigste Anleiheform sind Staatsanleihen, die Staaten zur Finanzierung ihrer Ausgaben begeben. Der Anleihemarkt hat mit großem Abstand das größte Volumen im Vergleich zu allen anderen Finanzprodukten (wie →**AKTIEN**, →**DERIVATE** und andere).

Bad Bank Bezeichnung für eine Abwicklungsgesellschaft, in der →**FAULE PAPIERE** und Kredite von einer Bank oder mehreren Banken gebündelt werden, um diese Institute von Lasten zu befreien. Die Bad Bank kann dann die Papiere und Kredite an andere Investoren weiterverkaufen.

Bail-out Das Wort Bail-out bedeutet soviel wie »jemanden raushauen« oder »aus der Patsche helfen«. Im Wirtschaftsbereich geht es darum, Schulden von anderen zu übernehmen oder für diese zu haften. Im Fall einer Wirtschaftskrise geht es darum, dass der Staat auf diese Weise Banken oder andere Unternehmen »raushaut«.

Bargeld Bezeichnung für Münzen und Scheine, die wir im täglichen Zahlungsverkehr nutzen. Bargeld wird von staatlichen Zentralbanken ausgegeben, im Fall des Euro ist das die Europäische Zentralbank in Frankfurt. Ein Geldschein allein hat keinen Wert. Nur die Tatsache, dass wir uns gegenseitig vertrauen, lässt uns täglich Bargeld nutzen ohne darüber nachzudenken.

Blasen Siehe →**SPEKULATIONSKRISE**

Börse Ein Handelsplatz für Finanzprodukte beziehungsweise Wertpapiere. Weltweit spielen insbesondere die Standorte New York, London, Singapur und Tokio wichtige Rollen. Die größte Börse in Deutschland befindet sich in Frankfurt. Jedoch gibt es auch regionale Börsen. Zum Beispiel in Stuttgart, München oder Hannover.

CDO (Collateralized Debt Obligation)
siehe →**DERIVATE**

CDS (Credit Default Swap) siehe →**DERIVATE**

Deregulierung siehe →**REGULIERUNG**

Derivate Finanzinstrumente, die ihren Wert aus einer Referenzgröße ableiten. Die Referenz (der Basiswert) kann zum Beispiel der jeweils aktuelle Preis einer Aktie sein. Derivate wurden eingeführt, um Risiken am Markt handelbar zu machen. So kann zum Beispiel mit einem →**CREDIT DEFAULT SWAP (CDS)** das Risiko, dass Kreditnehmer_innen (Schuldner_innen) ausfallen (ihren Kredit nicht zurückzahlen können), abgesichert werden. Ebenfalls können, wie beispielsweise bei →**COLLATERAL DEBT OBLIGATIONS (CDO)**, risikoreichere und sicherere Anleihen in ein Instrument

GLOSSAR

zusammengepackt werden, um somit im Mittel das Risiko zu mildern. Derivate bestehen in der Regel aus komplizierten mathematischen Funktionen und sind formal Verträge zwischen Vertragspartner_innen. Mit Derivaten kann auch auf das zukünftige Wetter oder Aktienpreisentwicklungen spekuliert werden. Diese Instrumente werden an der Börse gehandelt.

Dividende siehe →**AKTIEN**

Eigenkapital In Abgrenzung zum »Fremdkapital« bezeichnet Eigenkapital die Mittel der Eigentümer_innen (beispielsweise von Aktionär_innen durch Aktienkauf bereitgestelltes Geld). Es ist zeitlich unbefristet verfügbar, denn es enthält keinerlei Schulden. Bei der Betrachtung einer Bilanz ist das Eigenkapital diejenige Größe, die übrig bleibt, wenn alle Passiva von allen Aktiva subtrahiert werden. In der EU müssen die größten »systemrelevanten« Banken ab 2019 eine Eigenkapitalquote von 13 % erfüllen. Diese Quote bezieht sich auf das Verhältnis aller Aktiva einer Bank zu ihrem Eigenkapital. Jedoch gehen in diese regulatorische Quote Aktiva nur nach ihrer jeweiligen Risikobewertung ein. Deutsche Staatsanleihen gehen beispielsweise gar nicht ein.

Faule Kredite Als »faul« werden Kredite bezeichnet, wenn der/die Schuldner_in gegenüber dem/der Gläubiger_in zahlungsunfähig wird. In der Fachliteratur werden diese auch als »Non-performing Loans« (NPL) bezeichnet. Gläubiger_innen gehen bei jeder Kreditvergabe das Risiko ein, dass der →**KREDIT** nicht zurückgezahlt werden könnte. Seit einigen Jahren sind die hohen Raten an NPLs in den Büchern europäischer Banken ein Hemmnis für weitere Kreditvergabe.

Faule Wertpapiere Wertpapiere werden als »faul« bezeichnet, wenn sie auf dem Markt stark an Wert verloren haben, aber noch mit höheren Werten in der Bilanz von Unternehmen (besonders Banken) stehen.

Finanzmärkte Oberbegriff für den Handel mit Finanzprodukten, hauptsächlich mit →**KREDITEN**, →**WÄHRUNGEN**, →**AKTIEN** oder →**DERIVATEN**

Fiktives Kapital Begriff von Marx für →**WERTPAPIERE**, zum Beispiel →**AKTIEN**. Das Kapital einer Aktiengesellschaft besteht aus Maschinen und Geld. Das (Geld-)Kapital, das durch die Ausgabe von Aktien eingesammelt wurde, hat die AG längst ausgegeben. Die Aktionäre haben Anspruch auf einen Anteil am künftigen Profit der AG (eine Dividende). Die Aktien werden an der Börse gehandelt, ihr Preis kann unabhängig von der Produktion im Unternehmen steigen und fallen. Wenn an der Börse umgangssprachlich »Geld verbrannt« wird, ist einfach der Aktienpreis stark gefallen. Es wurde fiktives Kapital vernichtet.

Frist siehe →**KREDIT**

Garantie (Bürgschaft) Wenn sich ein Jugendlicher Geld bei einem Gläubiger (z. B. einer Bank) leiht, dann ist der Jugendliche Kreditnehmer bzw. Schuldner. Bei einer Bürgschaft erklärt sich ein Dritter (z. B. die Eltern) bereit, für die Schulden des Jugendlichen (Kreditnehmer) zu haften, die Eltern sind dann Bürgen. Zahlt der Kreditnehmer die Kreditzinsen oder sogar den Kreditbetrag nicht zurück, muss der Bürge für die Schulden (noch offene Kreditsumme und noch offene Zinsbeträge) aufkommen.

Gebrauchswert und Tauschwert Als Gebrauchswert bezeichnet Marx die natürlichen Eigenschaften nützlicher Dinge. Ein Brot kann ich essen, auf einem Stuhl kann ich sitzen. Der Tauschwert entsteht gesellschaftlich, wenn Menschen Tauschbeziehungen eingehen. Als Warentausch wird der direkte Tausch ohne Geld bezeichnet (Beispiel: 1 Stuhl = 10 Brote). Im Kapitalismus wird der geldvermittelte Warentausch zum entscheidenden Prinzip der Wirtschaft (Beispiel: 1 Stuhl = 40 Euro und 10 Brote = 40 Euro).

Gläubiger_in siehe →**KREDIT**

Geld Geld bezeichnet das Zahlungsmittel, das endgültig Schulden begleicht. Wir alle können, falls wir Vertragspartner_innen finden, Schuldscheine ausstellen. Beispielsweise können Kund_innen in einem Restaurant einen Kredit aufnehmen, indem sie einen Strich auf dem Bierdeckel entgegennehmen. Aber erst, wenn sie alle Striche mit Geld, das vom Restaurant akzeptiert wird, bezahlt haben, sind die Schulden endgültig beglichen. →**WÄHRUNGEN** werden eingeführt, um dieses endgültige Begleichen rechtskräftig möglich zu machen. Ob wir ein Zahlungsmittel als Geldform oder Kreditform wahrnehmen, hängt von unserer jeweiligen Position in der Hierarchie des Geldes ab. Während für uns Einlagen auf dem Girokonto Geld sind, erscheinen diese einer Bank als Kreditform. Für die Bank sind nur Zentralbankreserven ein Zahlungsmittel, mit dem sie endgültig Schulden begleichen kann.

GLOSSAR

Hypothek / Hypothekenkredit Eine Hypothek ist die Hinterlegung einer Immobilie (Häuser und Grundstücke) als Pfand. Meistens werden Hypotheken im Gegenzug für →**KREDIT** hinterlegt. Also eine Bank leiht einer Person Geld, sie kauft davon ein Haus und hinterlegt das Haus als →**SICHERHEIT** bei der Bank.

Illiquide / Illiquidität siehe →**INSOLVENT**

Insolvent / Insolvenz Illiquidität und Insolvenz beschreiben beide einen Zustand der Zahlungsunfähigkeit. Das bedeutet, dass eine Person, eine Bank oder jede_r andere ökonomische Akteur_in eine eingehende Rechnung nicht fristgerecht bezahlen kann. Insolvenz beschreibt den Zustand, in dem nach allen Refinanzierungen sämtliches Eigenkapital aufgebraucht wurde und keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Dieser Fall ist von der Illiquidität abzugrenzen: Wird eine Akteurin illiquide, so hat sie zum Zeitpunkt der Zahlungsfrist keine adäquaten Barmittel. Das bedeutet, dass sie möglicherweise noch Vermögenswerte hat, die sie jedoch nicht schnell genug verkaufen kann oder für den Preis verkaufen kann, der nötig ist, um wieder Barmittel zu haben, mit denen die Rechnung beglichen werden könnte. Wenn wir beispielsweise beim Bäcker nicht mit EC-Karte zahlen können und kein Bargeld bei uns haben, sind wir in diesem Moment illiquide. Wir haben noch Geld, aber können es nicht verwenden. In der Krise 2007/08 wurden einige Finanzmarktakteure illiquide und folgend insolvent.

Kredit Bei einem Kredit gewährt eine Partei (Gläubiger_in) einer anderen (Schuldner_in) über einen festgelegten Zeitraum die Verwendung von Geldmitteln mit späterer Rückzahlung. In einem Kreditvertrag werden zwischen den beiden Parteien die Kredithöhe, die Laufzeit (also der Zeitpunkt der Rückzahlung) und ein Preis für den Kredit (Zins) festgelegt. Die Laufzeit wird auch als Frist bezeichnet und die Rückzahlung auch als Tilgung. In den meisten Fällen hinterlegen die Schuldner_innen eine Sicherheit (auch Kollateral genannt) bei den Gläubiger_innen. Dies können Immobilien oder Wertpapiere sein. Siehe auch →**»FAULE KREDITE«**

Neoliberalismus / neoliberal Als Neoliberale haben sich ursprünglich eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftler_innen bezeichnet, die einen »neuen Liberalismus« forderten, nachdem der »klassische Liberalismus« und die mit ihm verbundene neoklassische Wirtschaftstheorie in der Krise der 1930er-Jahre stark an Ansehen verloren hatte. Heute steht der Begriff meist für eine marktradikale Wirtschaftsideologie und -politik, die in →**DEREGULIERTEN** Märkten die ideale Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft sieht, ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen.

Preis Der Preis ist der →**TAUSCHWERT** einer Ware. Zu unterscheiden sind Ankaufs- und Verkaufspreise. Letzterer liegt in normalen Zeiten nominell über dem ersteren. Preise für Güter und Wertpapiere entstehen durch den Handel mit diesen und durch das Vorhandensein von Geld.

Profit / profitabel Profit ist gleichbedeutend mit Gewinn (Rest nach Subtraktion von Einnahmen und Ausgaben). Gleichzeitig wird Profit häufig als politischer Begriff verwendet, um kenntlich zu machen, dass an den Gewinnen einer Unternehmung in der Regel nur einige Wenige verdienen. Als profitabel gilt, was Profit abwirft.

Regulierung Fachbegriff für die gesetzliche Regelung von Geschäftspraktiken. Im Gegensatz dazu ist Deregulierung das Abschaffen von Gesetzen. Dies geschieht meist, um mehr Möglichkeiten für Profite zu schaffen. Mit Deregulierung geht in der Regel stärkere Ungleichheit und Blasenbildung an Märkten einher.

Rendite ist ein anderes Wort für →**PROFIT**

Repo (Repurchase Agreement) Ein kurzfristiger Finanzvertrag, in dem in einer Laufzeit zwischen über Nacht und 90 Tagen mit Wertpapieren besichert Geld geliehen / verliehen wird.

Rettungsfonds Als Rettungsfonds werden staatliche Gelder bezeichnet, die in einer Finanzkrise zur finanziellen Unterstützung (Rettung) von Banken (und anderen Unternehmen) eingesetzt werden. Beispiele sind der deutsche Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) von 2008, das US-amerikanische Troubled Asset Relief Program (TARP) von 2008 und der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM).

Schattenbanken Ein erst 2007 geprägter Begriff, der unterschiedlich – und damit mit teilweise konträren Implikationen – definiert wird. In neuerer Literatur wird häufig der Begriff »marked-based finance« verwendet. Gemeint sind damit Geschäftspraktiken und -institutionen, die von einem traditionellen Bankwesen abweichen. Dazu zählt, dass es Finanzmarktakteure gibt, die sich wie Banken verhalten, jedoch nicht den

GLOSSAR

gleichen Gesetzen unterliegen oder nicht den gleichen Zugang zu Krediten von der Zentralbank haben. Ebenfalls ist damit gemeint, dass wie bei Asset-Backed-Securities (→**ABS**) die jeweils letztendlichen Kreditnehmenden und Kreditgebenden sehr weit auseinander liegen und viele Zwischenhändler_innen existieren. Dies führt zu einem globalen Netz extrem kurzfristiger Zahlungsverpflichtungen.

Sicherheit (Kollateral) siehe →**KREDIT**

Spekulation Als Spekulation wird die Ausnutzung von Preisunterschieden bezeichnet. Bestimmte Güter werden nur in der Hoffnung auf steigende Preise (oder auch fallende Preise) gekauft, um sie später mit Gewinn weiterzuverkaufen. Oft geht es dabei um Wertpapiere, die auf den Finanzmärkten gehandelt werden. Ein gewisses Maß an Spekulation ist normaler Bestandteil des Kapitalismus. Es gibt keine feste Grenze zwischen Investition und Spekulation, denn jedes Unternehmen spekuliert auf Gewinn. Auch ein_e Bäcker_in kauft das Mehl nur, um es (in Form von Broten) wieder mit Gewinn zu verkaufen.

Spekulationskrise Eine Spekulationskrise kann entstehen, wenn die Preise für bestimmte Güter (zum Beispiel Immobilien oder Aktien) stark steigen. Immer mehr Investor_innen kaufen die Güter, weil sie erwarten, dass die Preise weiter steigen. Irgendwann sind die Preise so hoch, dass sie nichts mehr mit den realen Werten der Güter zu tun haben (der realen Nachfrage nach Immobilien oder den künftigen Gewinnen einer Aktiengesellschaft). Wenn das deutlich wird, »platzt die Blase« und der Trend geht in die andere Richtung: Die Preise fallen, alle verkaufen schnell, um nicht zu viel zu verlieren, und dadurch fallen die Preise noch weiter. Passiert das nicht nur mit einer Aktie, sondern mit vielen gleichzeitig, wird das »Börsen-Crash« genannt. Dabei fallen die Preise so stark, dass Aktienbesitzer viel Geld verlieren. Siehe auch →**FIKTIVES KAPITAL**.

Staatsanleihen →**ANLEIHEN**, die von Staaten ausgegeben werden.

Stille Einlage Eine Stille Einlage ist ein Vermögen, das in ein Unternehmen eingebracht wird. Bei einer Pleite des Unternehmens verlieren die Einleger_innen das eingebrachte Vermögen, im Erfolgsfall werden sie am Gewinn beteiligt. Anders als zum Beispiel →**AKTIEN** führt eine Stille Einlage in der Regel nicht zum Mitspracherecht bei der Ausrichtung des Unternehmens.

Tauschwert siehe →**GEBRAUCHSWERT**

Tilgung siehe →**KREDIT**

Unternehmensanleihen (Corporates, Covereds, Assed Backed) Von Unternehmen ausgegebene →**ANLEIHEN** zur Unternehmensfinanzierung. Durch die Ausgabe der →**ANLEIHEN** nimmt das Unternehmen über Kapitalmärkte faktisch →**KREDITE** auf. Dies ist für Unternehmen →**PROFITABEL**, weil die Verzinsung dieser Kredite niedriger ist als einen Bankkredit zu nehmen. Zudem hat dies buchhalterische Vorteile. Im Fachvokabular heißen diese Anleihen »Corporates«.

Währungen sind das für einen nationalstaatlichen Raum gesetzlich festgelegte Zahlungsmittel. Im Falle der Währung Euro bezieht sich dieser Währungsraum auf das supranationale Gebiet der Eurozone. Jede Währung wird von einer Zentralbank herausgegeben und kontrolliert. Dies ist im Fall der Eurozone für alle beteiligten Länder die Europäische Zentralbank, für die Vereinigten Staaten die Federal Reserve und für Großbritannien die Bank of England.

Warentausch siehe →**GEBRAUCHSWERT**

Wertpapiere Wertpapiere sind Papiere, die rechtlich den Anspruch auf bestimmte Zahlungen in der Zukunft garantieren.

Beispiel Aktien: Sie garantieren eine Beteiligung an den künftigen Gewinnen eines Unternehmens (→**AKTIEN**).

Beispiel Anleihen: Sie garantieren bestimmte Zinszahlungen und die Zahlung eines festen Betrages am Ende der Laufzeit (→**ANLEIHEN**).

Außerdem können Wertpapiere an der Börse gehandelt werden. Hier ändert sich ihr Preis (Kurs) je nach Angebot und Nachfrage. Siehe auch →**FIKTIVES KAPITAL**.

Zins Preis für Geld heute siehe →**KREDIT**.

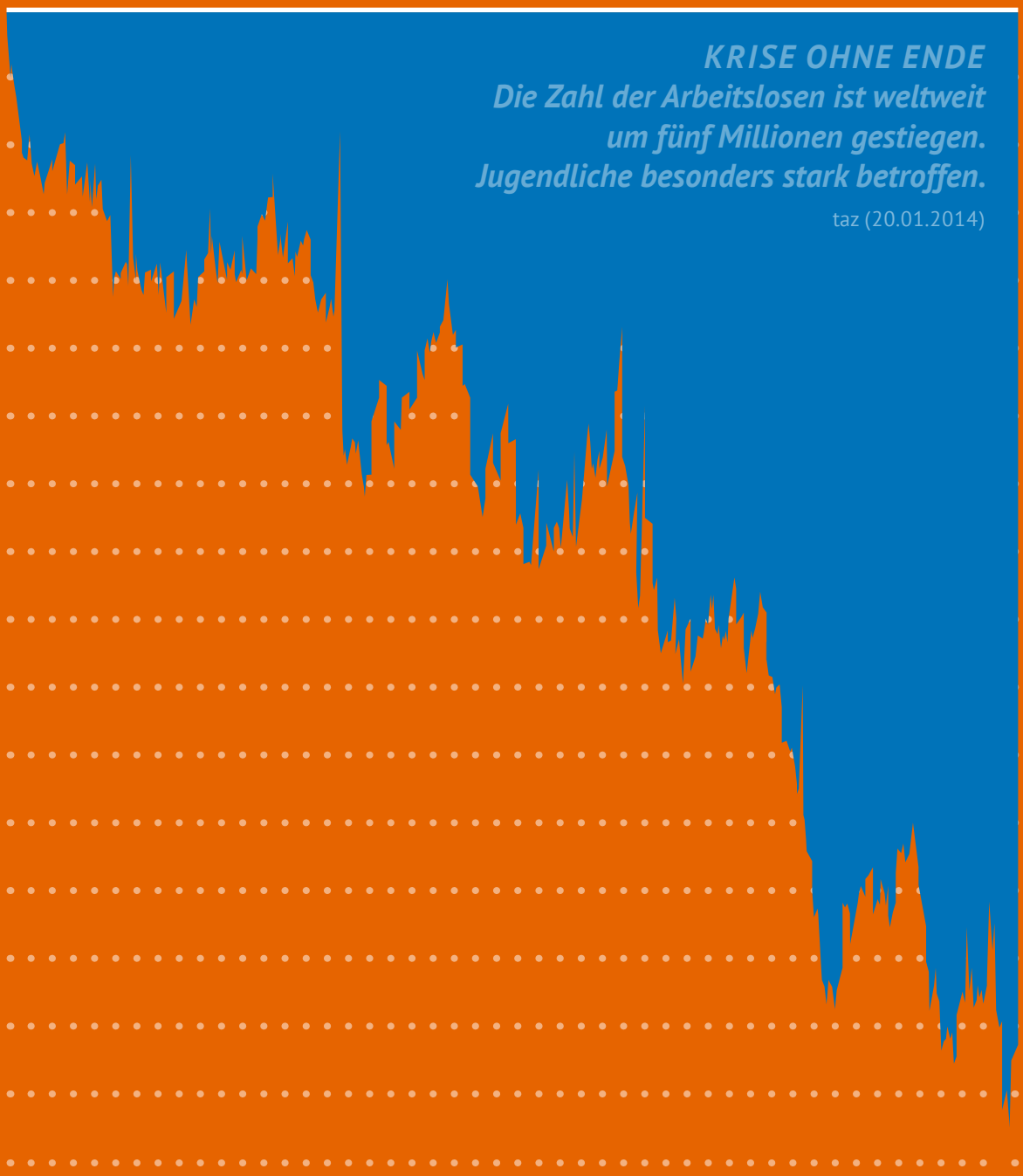
attac Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

GLOBALISIERTE FINANZMÄRKTE

Welche Krise denn?

MODUL I



www.attac.de/bima

attac Bildung

Modul I
Welche Krise denn?

Was heißt eigentlich Krise?
Um welche Krisen geht es?
Wo betrifft mich das?
Worum ging es bei der globalen Krise ab 2008?

Inhalt

Einführung

I.1 *Aktivität*: Was ist ein Euro wert?

I.2 *Arbeitsblatt*: Ich krieg die Krise
·*M1*: Schlagzeilen zum Thema Krise

I.3 *Arbeitsblatt*: Zehn Jahre Finanzkrise
·Interview mit Rudolf Hickel

Legende

Die Materialien haben folgende Formate

→ **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien

Aktivitäten – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen

Infoblatt – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls

Arbeitsblätter – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autorentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien

METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien

INFO **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes

◇◇◇DIAGRAMM◇◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema

REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

Interview mit **Interviews** – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

Es ist weithin unstrittig, dass eine wesentliche Ursache für den Ausbruch der globalen Krise im Jahr 2008 die deregulierten Finanzmärkte waren. Allerdings können diese Finanzmärkte nur im Rahmen des gesamten Wirtschaftssystems angemessen verstanden werden. So war ihre Deregulierung selbst ein Versuch, neue Investitionsmöglichkeiten für anlagesuchendes Kapital aus dem Produktionssektor zu schaffen. Umgekehrt führte die Finanzkrise schnell zu einer globalen Rezession, in der viele Menschen ihre Arbeitsplätze und ihr Einkommen verloren. Simple Gegenüberstellungen von »der Finanzsphäre« und »der Realwirtschaft« sind also nicht sinnvoll.

Die verschiedenen Wirtschaftssektoren haben ihre spezifischen Funktionsweisen, Problemlagen sowie Wechselwirkungen mit anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie beispielsweise der sozialen Sicherung oder dem Gesundheitsbereich, und bringen entsprechende politische Konflikte hervor. So musste etwa der enorme Anstieg des globalen Finanzvermögens (welches mittlerweile mehr als dreimal so groß ist wie das entsprechende Sozialprodukt) seit Anfang der 1980er-Jahre früher oder später zu einer Krise führen. Abgesehen von einer kurzfristigen Entwertung von Teilen des Finanzvermögens in der Krise hat sich an dieser Tendenz übrigens nichts geändert, so dass die aktuelle Situation nach wie vor krisenanfällig ist.

Hinzu kommt die zunehmende Polarisierung von Arm und Reich, die entscheidend zum übermäßigen Wachstum der Finanzmärkte beigetragen hat und durch deren Funktionsweise weiter verschärft wird. Das sprichwörtliche oberste Prozent der Bevölkerung kann all das Finanzvermögen, das sich zunehmend in seinem Eigentum konzentriert, gar nicht ausgeben und legt es zum großen Teil auf den Finanzmärkten an. Von dort fließt nur ein Teil wieder zurück in den Produktionsbereich, so dass der Wert der Papiere (das fiktive Kapital nach Marx) schneller wächst als die tatsächlich produzierten Güter. Dies muss sich irgendwann in Krisen entladen.

Umgekehrt lässt die steigende Armut die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sinken. Während die einen gar nicht wissen wohin damit, fehlt anderen Menschen das Geld, um existentielle Bedürfnisse zu befriedigen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet werden dadurch Güter nicht abgesetzt oder gar nicht erst produziert, für die es eigentlich Bedarf gäbe.

Zugleich suchen die institutionellen Anleger, welche die akkumulierten Finanzvermögen verwalten, händeringend nach Anlagemöglichkeiten, die sie im Produktionssektor immer weniger finden. So werden mehr und mehr gesellschaftliche Bereiche finanzialisiert, also in die Geldkreisläufe der Finanzmärkte eingebunden. Rentenansprüche (Lebensversicherungen, Riesterrenten), Mietwohnungen, Hypothekenkredite, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, private Bildungseinrichtungen und vieles andere mehr werden zunehmend in Investments verwandelt. Dadurch stehen sie unter entsprechendem Renditedruck und sind den Unwägbarkeiten künftiger Krisen ausgesetzt.

Dabei haben wir alle viel mehr mit den Finanzmärkten zu tun als viele meinen. Als »normale« Kund_innen einer Bank, als Riestersparer_innen, als Angestellte einer Aktiengesellschaft und in vielen weiteren Rollen sind wir selbst ein winziger Teil der Finanzwelt. Diese Verwobenheit der eigenen Lebensumstände mit den Finanzmärkten gilt es in Bildungsprozessen exemplarisch offenzulegen und im Hinblick auf mögliche politische Konsequenzen zu diskutieren. ▪

Zu den Elementen des Moduls

In diesem Sinne versucht das erste Modul Brücken zwischen dem ökonomischen Alltagsverständnis, den Finanzmärkten und Krisendynamiken in verschiedenen ökonomischen und sozialen Bereichen zu schlagen.

- Die Aktivität I.1 (Was ist ein Euro wert?) ermöglicht einen lebensweltnahen Einstieg in das Themenfeld Geld, Wert und Preisfluktuation. Ausgangspunkt sind einfache Fragen, wie zum Beispiel: »Was geben Sie mir für ein Stück von diesem Kuchen?« Die Teilnehmenden erleben im Abgleich mit der Gruppe individuelle Unterschiede in der preislichen Bewertung von Gegenständen. Durch gezielte Zwischenfragen stellt die Moderation Zusammenhänge her und führt Begriffe wie Gebrauchswert, Warentausch, Geld, Preis, Kredit, Zins oder Wertpapiere ein.

- Das Arbeitsblatt I.2 (Ich krieg die Krise) beinhaltet *Schlagzeilen zu Krisen (M1)* in verschiedenen ökonomischen und sozialen Bereichen wie Finanz-, Arbeits- oder Wohnungsmärkten. Zunächst ziehen die Lernenden Lose mit Aussagen wie: »Das hat etwas mit meinem Leben zu tun.« Oder: »Da kann ich mir am wenigsten drunter vorstellen.« Anschließend wählen sie drei Schlagzeilen aus, die ihrer Meinung nach am besten zu ihrem Los passen. Danach werden die Aussagen und die Schlagzeilen vorgestellt und besprochen. Optional können die Schlagzeilen auch großkopiert an die Wände gehängt werden. In diesem Fall machen die Lernenden einen Rundgang durch die Ausstellung und verschaffen sich einen Überblick über die Aussagen. Anschließend stellen sie sich zu der Schlagzeile, die für sie am besten zu ihrem Los passt. Danach können die Lose getauscht und eine weitere Runde gespielt werden. Am Ende wird vorgeschlagen, dass die Lernenden mindestens zwei Forschungsfragen zum Themenkomplex »Krisen« formulieren, die in den folgenden Modulen weiter bearbeitet werden können.

- Auch in Arbeitsblatt I.3 (Zehn Jahre Finanzkrise) wird angeregt, zwei Forschungsfragen zur Finanzkrise und ihren Folgen zu entwickeln, nachdem sich die Lernenden mit einem *Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel* auseinandergesetzt haben. Darin wird auf die Finanzkrise und ihre Folgen zurückgeblickt und ein knapper Ausblick auf mögliche neue Krisen gegeben. Insbesondere werden die Bereiche angesprochen, die in den folgenden Modulen ausführlich thematisiert werden: Die Ursachen der Krise, die Bankenrettung und die Folgen im Wohnungsbereich. ▪

Was ist ein Euro wert?

Kurzbeschreibung:
Die Aktivität ermöglicht einen lebensweltnahen Einstieg in das Themenfeld Geld, Wert und Preisfluktuation. Die Teilnehmenden erleben im Abgleich mit der Gruppe individuelle Unterschiede in der preislichen Bewertung von Gegenständen. Durch gezielte Zwischenfragen stellt die Moderation Zusammenhänge her und führt Begriffe ein.

Zeit:
30 bis 45 Minuten

Gruppengröße:
5 bis 15 Personen

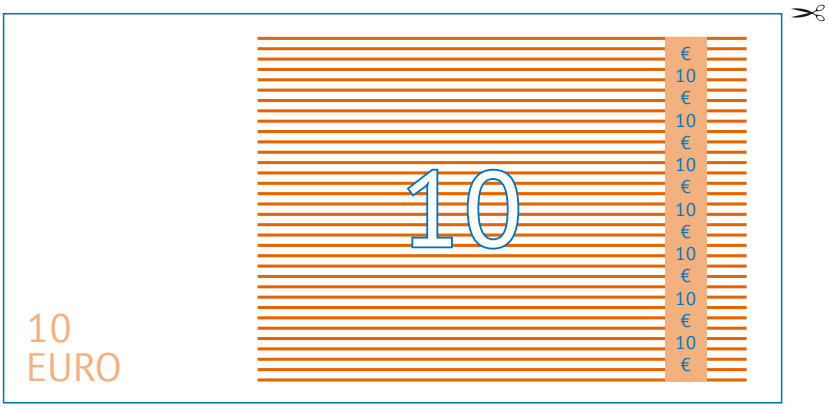
Material:
- Moderationskarten und Stifte
- Ein Kuchen oder ähnliches
- Eine 1-Euro-Münze
- Ein 10-Euro-Schein
- Ein Aktienschein (siehe Requisiten)
- Eine Kurstafel (siehe Requisiten)

Ablauf:
Die Aktivität ist in Runden angelegt und kann beliebig erweitert werden. Zu Beginn jeder Runde stellt die Moderation eine Frage und die Teilnehmenden schreiben ihre Antworten auf Moderationskarten. Diese Karten werden an einer Pinnwand/Tafel gesammelt und nach jeder Runde gemeinsam besprochen.

In den einzelnen Runden schreiben die Teilnehmenden auf, wie viel Geld sie für bestimmte Dinge ausgeben oder verlangen würden. Anschließend stellt die Moderation durch gezielte Diskussionsfragen Zusammenhänge zu den Themen Warentausch, Geld, Wert, Preis, Kredit, Zins und Wertpapiere her. Ebenso können die von Marx entwickelten Begriffe Gebrauchswert, Tauschwert und fiktives Kapital eingeführt werden.

Die Antworten der Diskussionsrunden werden von der Moderation auf einem Flipchart oder einer Tafel festgehalten. Die Aktivität beginnt mit der Frage, was die Teilnehmenden für ein Stück Kuchen (einen konkreten Gebrauchswert) bezahlen würden und schreitet dann zu immer komplexeren Themen bis hin zu Wertpapieren fort. Je nach thematischem Fokus können weitere Runden ergänzt werden. Am Ende kann der Kuchen nach dem Motto: »Allen nach ihren Bedürfnissen« verteilt werden.

REQUISITEN 10-EURO-SCHEIN & 1-EURO-MÜNZE



Runde 1:
Was geben Sie mir für ein Stück von diesem Kuchen?
Diskussionsfragen:
- Warum finden wir es normal, etwas für ein Stück Kuchen zu verlangen?
- Wodurch unterscheiden sich die Angebote?
- Was glauben Sie, welche Angebote ich annehme? Warum?
- Wieviel Geld würden Sie an meiner Stelle für ein Stück Kuchen verlangen?
- Wie entstehen denn die Preise für Waren im Supermarkt?

Begriffe, die erläutert werden können:
- Geld
- Warentausch
- Gebrauchswert und Tauschwert

Runde 2:
Was haben Sie bei sich, was Sie für einen Euro verkaufen würden?
Diskussionsfragen:
- Wie unterscheiden sich die angegebenen Gegenstände?
- Was würden Sie mit dem erhaltenen Euro machen?
- Würden Sie einen Euro gegen zehn Euro tauschen? Warum?

Begriffe, die erläutert werden können:
- Geld
- Warentausch
- Gebrauchswert und Tauschwert

Runde 3:
Was würden Sie für zehn Euro verkaufen, egal ob Sie es gerade dabei haben?
Diskussionsfragen:
- Wie unterscheiden sich die Gegenstände zwischen Runde 2 und Runde 3?
- Wie kann man die Gegenstände verwenden?
- Was heißt das: »Zehn Euro sind mehr wert als ein Euro«?
- Was würden Sie mit den erhaltenen zehn Euro machen?
- Kennen Sie Situationen, in denen Ihnen jemand zehn Euro für egal was anbietet?
- Was gibt Bargeld den Wert, der draufsteht? Untersuchen Sie die Geldscheine: Was bedeutet die Unterschrift des Bundesbankpräsidenten (Mario Draghi)?

Begriffe, die erläutert werden können:
- Bargeld

Runde 4:
Erläuterung vorab: Den aktuellen Verkaufspreis einer Deutsche-Post-Aktie ermitteln (lassen). Den Aktienschein und die historische Kursentwicklung der Post-Aktie (siehe Requisiten) erläutern.
Würden Sie etwas für den Preis einer Deutsche-Post-Aktie verkaufen? Wenn ja, was? Wenn nein, warum nicht?
Diskussionsfragen:
- Wie unterscheidet sich für Sie, ob Sie Bargeld oder eine Aktie für Ihren Gegenstand bekommen?
- Warum ändert sich der Preis für eine Aktie ständig?
- Welche Wertpapiere (und Anlageformen) gibt es noch?

Begriffe, die erläutert werden können:
- Wertpapiere (Aktien, Anleihen und ggf. andere)
- Fiktives Kapital

Runde 5:
Ich will den Gegenstand, den Sie (in Runde 3) für 10 Euro angeboten haben, jetzt haben. Ich will aber erst in einem Jahr bezahlen. Würden Sie den Preis von 10 Euro ändern und wenn ja, wie, und wenn nein, wieso nicht?
Erläuterung nach dem Ausfüllen: Wenn Sie mir den Gegenstand jetzt überlassen und ich erst in einem Jahr bezahle, gehen wir eine Kreditbeziehung ein. Das können alle immer miteinander machen.
Diskussionsfragen:
- Welche Bedingungen gibt es bei einer Bank, um einen Kredit zu bekommen?
- Warum ist es hilfreich, Kredite nehmen zu können?
- Gerade waren Sie Kreditgeber: Was hat man davon, einen Kredit zu geben?

Begriffe, die erläutert werden können
- Kredit (Sicherheit, Zins, Tilgung, Frist)

INFO

Gebrauchswert, Tauschwert und Warentausch *Als Gebrauchswert bezeichnet Marx die natürlichen Eigenschaften nützlicher Dinge. Ein Brot kann ich essen, auf einem Stuhl kann ich sitzen. Der Tauschwert entsteht gesellschaftlich, wenn Menschen Tauschbeziehungen eingehen (z. B.: 1 Stuhl = 10 Brote = 40 Euro). Im Kapitalismus wird der geldvermittelte Warentausch zum entscheidenden Prinzip der Wirtschaft.*

Geld und Bargeld *Geld bezeichnet das Zahlungsmittel, das endgültig Schulden begleicht. Wir alle können, falls wir eine Vertragspartner_innen finden, Schuldscheine ausstellen. Beispielsweise können Kund_innen in einem Restaurant einen Kredit aufnehmen, indem sie einen Strich auf dem Bierdeckel entgegennehmen. Aber erst, wenn sie alle Striche mit Geld, das vom Restaurant akzeptiert wird, bezahlt haben, sind die Schulden endgültig beglichen. Währungen werden eingeführt, um dieses endgültige Begleichen rechtskräftig möglich zu machen. Ob wir ein Zahlungsmittel als Geldform oder Kreditform wahrnehmen, hängt von unserer jeweiligen Position in der Hierarchie des Geldes ab. Während für uns Einlagen auf dem Girokonto Geld sind, erscheinen diese einer Bank als Kreditform. Für die Bank sind nur Zentralbankreserven ein Zahlungsmittel, mit dem sie endgültig Schulden begleichen kann. Bargeld ist die Bezeichnung für Münzen und Scheine, die wir im täglichen Zahlungsverkehr nutzen. Bargeld wird von staatlichen Zentralbanken ausgegeben, im Fall des Euro ist das die Europäische Zentralbank in Frankfurt. Ein Geldschein allein hat keinen Wert. Nur die Tatsache, dass wir uns gegenseitig vertrauen, lässt uns täglich Bargeld nutzen ohne darüber nachzudenken.*

Fiktives Kapital *Begriff von Marx für Wertpapiere, zum Beispiel Aktien. Das Kapital einer Aktiengesellschaft besteht aus Maschinen und Geld. Das (Geld-)Kapital, das durch die Ausgabe von Aktien eingesammelt wurde hat die AG längst ausgegeben. Die Aktionäre haben Anspruch auf einen Anteil am künftigen Profit der AG (eine Dividende). Die Aktien werden an der Börse gehandelt, ihr Preis kann unabhängig von der Produktion im Unternehmen steigen und fallen. Wenn an der Börse umgangssprachlich »Geld verbrannt« wird, ist einfach der Aktienpreis stark gefallen. Es wurde fiktives Kapital vernichtet.*

Kredit *Bei einem Kredit gewährt eine Partei (Gläubiger_in) einer anderen (Schuldner_in) über einen festgelegten Zeitraum die Verwendung von Geldmitteln mit späterer Rückzahlung. In einem Kreditvertrag werden zwischen den zwei Parteien die Kredithöhe, die Laufzeit (also der Zeitpunkt der Rückzahlung) und ein Preis für den Kredit (Zins) festgelegt. In den meisten Fällen hinterlegen die Schuldner_innen eine Sicherheit (auch Kollateral genannt) bei den Gläubiger_innen. Dies können eine Immobilie oder Wertpapiere sein.*

Wertpapiere *Wertpapiere sind Papiere, die rechtlich den Anspruch auf bestimmte Zahlungen in der Zukunft garantieren. Beispiel Aktien: Sie garantieren eine Beteiligung an den künftigen Gewinnen eines Unternehmens. Beispiel Anleihen: Sie garantieren bestimmte Zinszahlungen und die Zahlung eines festen Betrages am Ende der Laufzeit. Außerdem können Wertpapiere an der Börse gehandelt werden. Hier ändert sich ihr Preis (Kurs) je nach Angebot und Nachfrage.*

Weitere Begriffe werden im Glossar zu diesem Bildungsmaterial erläutert (siehe Ende der Gesamteinleitung).

REQUISITEN KURSTAFEL & AKTIENSCHEIN

AKTIENKURS DER DEUTSCHE POST AG VON 2008 BIS 2018

Ich krieg die Krise

ARBEITSVORSCHLÄGE

HINWEIS FÜR LEHRENDE: Vorab müssen die Lose vorbereitet werden. Optional können die Schlagzeilen großkopiert an die Wände gehängt werden. In diesem Fall machen die Lernenden einen Rundgang durch die Ausstellung und verschaffen sich einen Überblick über die Aussagen. Anschließend stellen sie sich zu der Schlagzeile, die für sie am besten zu ihrem Los passt. Danach können die Lose getauscht und eine weitere Runde gespielt werden.

1. Ziehen Sie ein Los und lesen Sie die Schlagzeilen zum Thema *Krise* (M1).

a. Wählen Sie drei Schlagzeilen (M1) aus, die Ihrer Meinung nach am besten zu Ihrem Los passen.

b. Stellen Sie sich im Plenum gegenseitig die Schlagzeilen vor und erläutern Sie Ihre Auswahl.

2. Formulieren Sie mindestens zwei Forschungsfragen. Berücksichtigen Sie dabei die folgenden Aspekte:

- Welche Frage beschäftigt mich, wenn ich die Überschriften zum Thema *Krise* lese?
- Was müsste ich wissen, um eine bestimmte Schlagzeile besser zu verstehen?
- Welchen Zusammenhang würde ich gerne genauer analysieren?

M1 Schlagzeilen zum Thema Krise

Kapitalmärkte: Zehn Jahre nach der Finanzkrise – Wann kommt der nächste Crash?
- Berliner Zeitung (28.07.2017)

Demonstration »Wir zahlen nicht für eure Krise«
- Tagesspiegel (29.03.2009)

Finanzkrise kostet deutsche Steuerzahler dutzende Milliarden
- Focus (29.07.2010)

Wohnungskrise wird zum Dauerzustand
- Tagesspiegel (06.09.2017)

Die Krise schlägt auf den Arbeitsmarkt durch
- Die Welt (25.10.2008)

Euro-Krise stoppt Aufschwung nicht!
- BILD (18.05.2010)

Schuldenkrise: Europa kämpft gegen neuen Banken-Crash
- SPIEGEL ONLINE (30.08.2011)

Faule Immobilienkredite: Spanien muss Bank vor der Pleite retten
- SPIEGEL ONLINE (21.11.2011)

Deutschland ist der große Krisen-Gewinner
- Handelsblatt (10.08.2015)

Bankenkrise: Wieder haften Europas Steuerzahler
- Berliner Zeitung (11.07.2017)

Krise ohne Ende. Die Zahl der Arbeitslosen ist weltweit um fünf Millionen gestiegen. Jugendliche besonders stark betroffen
- taz (20.01.2014)

OECD-Bilanz: Finanzkrise vernichtet mehr als 13 Millionen Jobs
- SPIEGEL ONLINE (26.09.2011)

Finanzkrise: Banken schicken Europas Börsen auf Talfahrt
- SPIEGEL ONLINE (05.09.2011)

Ist die Staatsschuldenkrise eine Folge der Bankenkrise?
- Handelsblatt (04.04.2012)

Finanzkrise. Brauchen wir die D-Mark wieder?
- BILD (15. 05.2010)

Angst um unser Geld! Griechen so gut wie pleite. Auch Portugal stürzt in die Krise. Aktien brechen in ganz Europa ein
- BILD (28. 04.2010)

REQUISITEN LOSE

Das hat etwas mit meinem Leben zu tun	Da kann ich mir am wenigsten drunter vorstellen	Das kann ich nicht mehr hören	Das hat nichts mit mir zu tun	Das macht mir Angst
Das macht mich wütend	Das ist mir egal	Das finde ich besonders bescheuert	Das finde ich spannend / interessant	Das würde ich gerne verstehen

Zehn Jahre Finanzkrise

ARBEITSVORSCHLAG

1. Lesen Sie das Interview und markieren Sie Ihnen unbekannte Begriffe.

a. Gehen Sie paarweise oder in Vierergruppen zusammen und versuchen Sie unbekannte Begriffe soweit Sie können zu klären.

b. Fassen Sie gemeinsam jede Antwort in einem Satz zusammen oder formulieren Sie eine Verständnisfrage dazu.

c. Sammeln Sie in der Gesamtgruppe die Arbeitsdefinitionen, die Sie zu den Begriffen gefunden haben.

2. Formulieren Sie ausgehend vom Text mindestens zwei Forschungsfragen. Lassen Sie sich durch Folgendes anregen:

- Welche Themen beschäftigen mich, wenn ich das Interview zur Finanzkrise und ihren Folgen lese?
- Was hat mich überrascht, gestört, irritiert oder gefreut?
- Was ist mir wichtig, was würde ich gerne genauer analysieren?

Die Krisenanfälligkeit ist noch da
Interview mit RUDOLF HICKEL

Die Pleite der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers im September 2008 gilt als Auslöser für die größte globale Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Was waren die Ursachen dieser Krise?

Vordergründig war die zentrale Ursache, dass die Banken sich immer mehr von ihren klassischen Dienstleistungsaufgaben getrennt haben und zu Spekulationsinstitutionen geworden sind. Hinzu kam mangels Regulierungen eine unzureichende Eigenkapitalvorsorge – etwa für die Geschäfte mit US-amerikanischen Hypothekenkrediten.

Die entscheidende Triebkraft war und ist jedoch die massive Vermögenskonzentration. Weltweit und auch in Deutschland konzentriert sich immer mehr Vermögen. Diejenigen, die darüber verfügen, haben ein Problem, sie suchen rentable Anlagen nahezu um jeden Preis. Es wird immer schwieriger, rentable Anlagen zu finden. Das hat die Finanzmärkte explodieren lassen. Ein Teil der Bekämpfung von Finanzkrisen muss daher, neben der Regulierung von Finanzmärkten, immer auch der Abbau von Vermögenskonzentration sein.

Dazu kommt, dass Unternehmen aus der Produktionswirtschaft ihre Gewinne immer weniger in Sachinvestitionen gesteckt haben, sondern selbst als spekulierende Anleger auf den Finanzmärkten aufgetreten sind.

Dieses weltweite »Übersparen« erzeugt einen Druck, das Vermögen rentabel anzulegen. Diese Nachfrage hat dazu geführt, dass die Banken Spekulationsinstrumente kreiert und den Kunden verkauft haben. Zum Beispiel strukturierte Wertpapiere auf der Basis fragiler Immobilienkredite. Da ist eine Spekulationsblase entstanden, die mangels eines ökonomischen Wertes platzen musste. Der Auslöser war dann die Hypothekenkrise in den USA.

Was war das für eine Krise in den USA?

Da sind Hypothekenkredite, also Kredite, bei denen Häuser als Sicherheit hinterlegt werden, ohne Vorsorge gegen Risiken vergeben worden. Die Banken haben nicht geprüft, ob die Kredite zurückgezahlt werden können, und vor allem haben sie die Kredite nicht genügend mit Eigenkapital abgesichert. Sie haben die Kreditverträge einfach zu Wertpapieren verpackt und diese Papiere weltweit auf den Finanzmärkten verkauft. Als dann vor allem vom Einkommen her knapp kalkulierende Familien ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten, ist die Kreditvergabe und damit das Wertpapier geplatzt.

In Deutschland steigen seit Jahren die Mieten und die Immobilienpreise, hat das auch etwas mit den Finanzmärkten zu tun?

Eine Krise wie in den USA wird es in Deutschland nicht geben, weil die Regeln für Hypothekenkredite viel strenger sind. Was sich allerdings in Deutschland abspielt, ist auch eine Spekulationskrise: Geld, das Anlagen sucht, wird in Wohnimmobilien investiert und treibt die Mieten, die am Ende nicht mehr bezahlt werden können, nach oben.

Aber wir haben auf den Wohnungsmärkten auch ein Nachfrageproblem. Dadurch, dass in den letzten Jahren im sozialen Wohnungsbau so wenig investiert worden ist, besteht in den Ballungszentren eine riesengroße Nachfrage. Und dies führt zur Mietpreistreiberei durch die Kapitalanleger.

Während der globalen Krise hat der Immobiliensektor in Spanien auch eine große Rolle gespielt.

Ja, das in Spanien war auch eine klassische Spekulationskrise. Da ist die Geldanlage in den Bau von Immobilien geflossen. Es wurde die Frage ausgeblendet, ob diese Immobilien überhaupt auslastbar sind und Rendite bringen. Am Ende blieben nur Bauruinen übrig. In den USA haben die Banken unseriöse Kredite an private Haushalte vergeben und ihnen damit am Ende geschadet. In Spanien waren die großen Baufirmen und Bauspekulanten das Problem.

Diese Krise in Spanien hat dann dazu geführt, dass die Banken sehr viele faule Kredite in ihren Bilanzen hatten. Es bestand die Gefahr, dass das ganze spanische Bankensystem zusammenbricht.

Wie kann denn eine Bank zusammenbrechen?

Da muss man sich die Bankbilanz anschauen. Die hat eine Aktivseite und eine Passivseite. Kredite, die eine Bank vergibt, stehen auf der Aktivseite. Dagegen verzeichnet die Passivseite das Eigenkapital sowie die Kreditaufnahme durch die Bank. Wenn Kredite nicht bedient werden können, wenn also die Kreditnehmer Zinsen und Tilgung nicht zahlen können, führt das zu Wertverlusten auf der Aktivseite. Sollte eine Bank die dadurch erzeugten Verluste nicht ausgleichen können, weil sie nicht mehr finanzierungsfähig ist, dann muss sie Insolvenz anmelden.

In dem Zusammenhang ist immer vom Eigenkapital die Rede. Was bedeutet das?

Eigenkapital ist das, was der Bank gehört. Es sagt etwas darüber aus, wie lange eine Bank in der Lage ist, eigene Verluste aufzufangen. Wenn die Banken Gewinne machen, stecken sie einen Teil davon in die Gewinnrücklage und das erhöht das Eigenkapital. Wenn Kredite abstürzen und die Bank Wertberichtigungen vornehmen muss, kann sie die Verluste selbst übernehmen. Je höher das Eigenkapital, desto besser ist die Bank bei Kreditausfällen geschützt.

Deshalb war der Dreh- und Angelpunkt der zurückliegenden Reformdebatten die Erhöhung der Eigenkapitalquote. Die soll künftig offiziell bei 18 Prozent liegen. Mit vielen anderen sage ich, das ist noch viel zu wenig. Wenn man jetzt eine Quote von 50 Prozent hätte, müsste die Hälfte des gesamten Kreditgeschäfts durch eigenes Kapital abgesichert werden. Dagegen wettert die Bankenlobby: Je höher das Eigenkapital, desto höher die Sicherheit, aber desto niedriger die Rendite durch die Risikovorsorge.

Und in der Krise soll der Staat dann die Banken retten?

Wenn relevante Banken nicht mehr finanzierungsfähig sind, wird schnell der Staat gefordert. Banken gelten als Systemrisiko, gelten also als »too big to fail«. Bricht eine Bank zusammen, dann gehen die Einlagen verloren. Kunden verzeichnen Verluste, die Kreditfinanzierung für Unternehmen ist futsch. Das war der Grund, warum in Deutschland 2008 für 480 Milliarden Euro ein staatlicher Rettungsfonds gegründet worden ist.

Ist die Bankenrettung überall gleich abgelaufen?

Am schnellsten ist die Finanzmarktkrise erst einmal in den USA mit einem Rettungsfonds von 700 Milliarden Dollar überwunden worden. Trotz nachfolgender Regulierungen haben schnell die großen Player bis auf wenige Ausnahmen wieder zu alter Kraft zurückgefunden. Der Rettungsfonds war so angelegt, dass die Banken nach der Rettung die Hilfsgelder zurückzahlen mussten. Man hat auch einige Banken bankrott gehen lassen, teilweise sind marode Banken von anderen übernommen worden. In den USA haben sich die großen Banken relativ schnell erholt und das Geld aus dem Rettungsfonds wurde zurückgezahlt.

Das war in Deutschland nicht der Fall, auch wenn die Kosten der Krise vergleichsweise nicht so hoch waren. Hier ist die Finanzmarktkrise auch deshalb nicht so stark durchgeschlagen, weil es die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken gibt, die vor Ort keine Spekulationsobjekte erfunden und verkauft haben.

Wurde aus der Krise etwas gelernt?

Aus der Finanzkrise ist schon eine Lehre gezogen worden: Keine Sozialisierung der Verluste nach vorheriger Privatisierung der Gewinne. In der EU ist derzeit im Rahmen der Bankenunion eine sogenannte Bankenabwicklung vorgesehen. Wenn eine Bank pleitegeht, werden diejenigen, denen am Ende die Bank gehört und die ihr gegenüber Forderungen haben, in die finanzielle Abwicklung dieser einbezogen, bevor am Ende der Staat einspringt. Kapitaleigner, Aktionäre und Einleger mit hohen Vermögen sind in der Finanzierungspflicht. Allerdings sind Einlagen bis 100.000 Euro nach EU-Recht geschützt.

Warum überlässt der Staat das Problem nicht dem Markt und lässt die Banken pleitegehen?

Die neoliberale Theorie von den deregulierten Märkten ist mit Blick auf das Finanzsystem katastrophal, denn Banken sind für die gesamte Wirtschaft infrastrukturell entscheidend. Brechen die Banken zusammen, dann bricht die Fremdfinanzierung vieler Unternehmen über Banken weg. Das Bankensystem muss immer streng reguliert werden.

Und warum übernimmt der Staat gerettete Banken nicht ganz, um ein

öffentliches Finanzsystem unter demokratischer Kontrolle zu schaffen?

Ich war selbst lange Jahre dafür, die Banken zu verstaatlichen. Aber ich traue der Politik das Bankengeschäft nicht mehr zu. Schauen wir auf die Krise einiger Landesbanken, gerade auf die Sachsen LB, die durch üble Spekulationsgeschäfte pleite gegangen ist. Da saß die Politik samt Gewerkschaften in den Aufsichtsgremien. Ich schlage mittlerweile eine Arbeitsteilung vor: Ihr macht das Dienstleistungsgeschäft Banken, aber die Politik muss sehr streng regulieren. Das heißt auch bestimmte Geschäfte verbieten wie reine Spekulationspapiere und Wetten auf Zinsdifferenzen.

Was erwarten Sie für die nächsten Jahre, stehen uns neue Krisen bevor?

Die Krisenanfälligkeit ist nicht verschwunden. Die aggressive Suche nach Anlageformen hat ja nicht abgenommen, sondern die dahinterstehende Vermögenskonzentration hat eher zugenommen. Also bleibt der Druck im System und neuerdings haben wir das Problem der Schattenbanken. Viele Banken sind im Zuge der Regulierungen aus den regulierten Finanzmärkten geflüchtet. Sie machen jetzt an unregulierten Finanzplätzen beispielsweise in Hongkong Geschäfte. Wenn diese »Schattenbanken« zusammenbrechen, die ja mit den regulierten Banken verbandelt sind, kann das zu einer schweren Krise führen. Da sehe ich die größte Gefahr.

Wie sollen sich die sozialen Bewegungen mit Blick auf eine neue Krise aufstellen?

Wir brauchen vor allem eine Reaktivierung von sozialen Bewegungen. Denn gerade entsteht ja der Eindruck, Finanzmarktkrisen seien ein für alle Mal gebannt. Es wäre doch ärgerlich, wenn der Protest dann erst wiederkommt, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Die Diskussion um die aktuellen und latenten Risiken der Finanzmärkte muss vorangetrieben werden. Krisen im Kasinokapitalismus gehen zulasten der Produktionswirtschaft und des Sozialsystems. Funktionierende Banken mit »stinknormalen Geschäften« stabilisieren die Wirtschaft und das Gesellschaftssystem insgesamt. ▪

Rudolf Hickel ist Wirtschaftswissenschaftler, er war Hochschullehrer an der Universität Bremen und ist Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sowie des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.

Demonstration im März 2009 in Frankfurt am Main
Foto: Attac

Die Entwicklung der globalen Krise ab 2008

MODUL II

ZEHN JAHRE NACH DER FINANZKRISE
Wann kommt der nächste Crash?
Berliner Zeitung (28.07.2017)

www.attac.de/bima

attac Bildung

Modul II
Die Entwicklung der globalen Krise ab 2008

Wie funktioniert der Handel mit Wertpapieren?
Welche Zusammenhänge gibt es zwischen dem Produktions- und dem Finanzsektor?
Was sind die Ursachen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise?

Inhalt

Einführung

II.1 *Aktivität:* Bulle und Bär
- *M1*: Diagramm zur Entwicklung des DAX von 2000 bis 2017

II.2 *Infoblatt:* Wertpapierhandel / Finanzmärkte

II.3 *Arbeitsblatt:* Die Vorgeschichte der globalen Finanzkrise
- *M1*: Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft (*Böckler Impuls*)
- *M2*: Diagramm zu Realvermögen und Finanzvermögen
- *M3*: Diagramm zu Gewinnen und Investitionen
- *M4*: Tabelle – Investitionsentscheidungen
- *M5*: Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze? (*Der Tagesspiegel*)

II.4 *Arbeitsblatt:* Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise
- *Methode*: Gruppenpuzzle
- *Infotext: Akteure der Finanzkrise*
- *M1*: Schaubild – Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise

Legende

Die Materialien haben folgende Formate

→ **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien

Aktivitäten – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen

Infoblatt – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls

Arbeitsblätter – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autorentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien

METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien

INFO **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes

◇◇◇DIAGRAMM◇◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema

REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

Interview mit **Interviews** – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

Der Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 gilt als endgültiger Ausbruch der schwersten globalen Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Doch bereits in den Jahren davor war es in der Wirtschaft und insbesondere in der Finanzwelt zu Verwerfungen gekommen. Die zunehmende Umverteilung von unten nach oben führte dazu, dass immer mehr Geld (sowohl Einkommen als auch Vermögen) bei den reicheren Bevölkerungsschichten landete. Diese konsumieren aber einen geringeren Anteil ihres Einkommens als es ärmere Bevölkerungsschichten tun würden. Dies hat zweierlei Folgen: Zum einen wird immer mehr Geld in spekulative Finanzobjekte gesteckt (»investiert«). Und zum anderen ist der gesamte Konsum bei einer schiefer werdenden Verteilung geringer. Natürlich bemerken die Unternehmen dies auch und in Folge der geringeren erwarteten Nachfrage wird weniger investiert.

In den USA senkte die Zentralbank zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den 2000er-Jahren die Zinsen. Diese Politik des billigen Geldes führte zu einem Boom im Immobiliensektor. Immer mehr Häuser wurden auf Kredit gekauft, die Nachfrage und damit die Preise für Immobilien stiegen. Als der Wert der Häuser stieg, wurden mit diesem Gegenwert weitere Kredite aufgenommen. Diese Immobilienblase platzte, als die Nachfrage nach den Häusern und damit ihr Wert wieder zurückging. Damit platzten aber auch die Kredite. Das besondere war, dass die Banken die von ihnen vergebenen Kredite längst »verbrieft« und weiterverkauft hatten. Was eigentlich der Risikostreuung und damit Risikominderung dienen sollte, entpuppte sich als Irrsinn. Denn jetzt hatten unglaublich viele Banken »faule« Kredite, die nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wurden, in ihren Büchern stehen. Das heißt, die Banken konnten ihre eigenen Schulden nicht zurückzahlen.

Bei Lehman Brothers wurde ein Exempel statuiert. Die US-amerikanische Regierung hat die Bank nicht gerettet – sie ging pleite. Die anderen Banken, die fast alle Schwierigkeiten hatten, waren jetzt nicht mehr sicher, ob nicht weitere Institute pleite gehen könnten – und hörten praktisch über Nacht auf, sich gegenseitig Geld zu leihen. Der Schmierstoff der Wirtschaft ging plötzlich aus. In Europa hat die Europäische Zentralbank hier eingegriffen und den Banken Geld zur Verfügung gestellt – die meisten hatten dadurch erst mal Zeit gewonnen.

Für einige Banken aber reichte das nicht. Sie brauchten zusätzliche (Rettungs-)Gelder vom Staat. Das geschah praktisch in allen europäischen Ländern – mal mehr (Irland, Griechenland, Spanien), mal weniger. Auch in Deutschland rettete der Staat Banken wie die Commerzbank oder die HypoRealEstate-Bank mit Milliardenbeträgen. Die Staaten mussten das notwendige Geld in kurzer Zeit aufbringen, das heißt, sie liehen sich das Geld für die Bankenrettung auf den Kapitalmärkten.

Im Ergebnis ist der Schuldenstand der betroffenen Staaten stark gestiegen. Daraufhin hieß es, insbesondere von konservativ-liberaler Seite, der Staat müsse sparen. Dies wiederum ging zu Lasten der öffentlichen Infrastruktur, der ärmeren Teile der Bevölkerung (die auf staatliche Leistungen angewiesen sind) und nicht zuletzt der Konjunktur. Das deutsche Sparpaket von 2010 wird in Modul III angesprochen. Die fatalen Folgen der – insbesondere auf Druck der deutschen Regierung zurückgehenden – Austeritätspolitik in Europa werden im nach wie vor aktuellen Attac-Bildungsmaterial »Europa nach der Krise?« thematisiert. ▪

Zu den Elementen des Moduls

- Aktivität II.1 eignet sich zur Einführung in den Kern der Finanzmärkte, nämlich den Wertpapierhandel. Mit dem Bewegungsspiel ‚Bulle und Bär' können das Auf und Ab der Kurse sowie das Herdenverhalten der Händler_innen simuliert und abschließend mit Hilfe des folgenden *Infoblattes* und einer *Dax-Kurve (M1)* auf den Aktienhandel übertragen werden.
- Infoblatt II.2 führt am Beispiel des Aktienhandels an der Deutschen Börse in das Thema Wertpapierhandel beziehungsweise Finanzmärkte ein. Die behandelten Fragen lauten: Was zeigt die DAX-Kurve an, wieso steigen und fallen die Preise, wie verhalten sich die Händler_innen an der Börse, wie kommt es zu »Blasen« und »Crashs« und was geht's mich an?

- In Arbeitsblatt II.3 geht es um die Vorgeschichte der globalen Finanzkrise. Zunächst setzen sich die Lernenden mit einem Text aus der Reihe *Böckler Impuls (M1)* auseinander, in dem argumentiert wird, dass die relativ zurückgehenden Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen dazu geführt haben, dass das anlagesuchende Kapital in die Finanzwirtschaft überführt wurde. Dies wird dann anhand zweier *Diagramme zur Entwicklung von Realvermögen und Finanzvermögen (M2)* sowie zur *Entwicklung von Gewinnen und Investitionen (M3)* überprüft. Anschließend überlegen die Lernenden anhand einer *Tabelle (M4)* in Kleingruppen, in welchen Situationen sie als Unternehmer_innen investieren würden, und setzen sich auf dieser Basis mit der These auseinander, dass die Profite von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien. Abschließend wird diese These noch einmal mit Bezug auf einen *Artikel aus dem Tagesspiegel (M5)* kritisch diskutiert.

- Arbeitsblatt II.4 behandelt den Weg von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise. Mit der Methode des Gruppenpuzzles bearbeiten die Lernenden verschiedene Aspekte eines *Schaubildes zur Entwicklung der Krise (M1)*. Dazu ziehen sie kurze *Infotexte zu Akteuren der Finanzkrise* heran und bereiten einen eigenen Kurzvortrag zum Verlauf der Krise vor. ▪

Bulle und Bär – Das andere Börsenspiel

Kurzbeschreibung:
Bulle und Bär ist ein kurzes Bewegungsspiel, das einen spielerischen Einstieg in das Thema Börse beziehungsweise Finanzmärkte ermöglicht. Es simuliert die Konkurrenz, die Reaktion auf Informationen, die Geschwindigkeit, das Herdenverhalten und den Auf- und Abstieg der Kurse sowie die positiven und negativen Emotionen, die damit verbunden sind. In einem anschließenden Gespräch wird das Erlebte auf die Börse beziehungsweise den Finanzmarkthandel übertragen.

Zeit:
15 bis 30 Minuten

Gruppengröße:
10 bis 50 Personen

Material:
Kreide, Trillerpfeife, Spielgeld, Bild von der Kursentwicklung des DAX

Ablauf:
Zunächst wird mit drei Kreidestrichen ein Spielfeld von mindestens 20 Metern abgegrenzt, das in der Mitte geteilt ist.

Alle Teilnehmer_innen stellen sich in einer Reihe an der Mittellinie mit Blick auf eine Seite der Spielfeldgrenze auf. Sie bekommen zwei oder drei Scheine Spielgeld ausgehändigt. Dann werden die folgenden Regeln erläutert:

Wenn das Spiel mit einem Pfiff beginnt, bewegen sich die Spieler_innen möglichst schnell in Richtung der Spielfeldgrenze. Jeder weitere Pfiff bedeutet einen Richtungswechsel; jetzt ist es das Ziel, möglichst schnell zur anderen Seite zu kommen. Ziel der Spieler_innen ist es, jeweils möglichst weit vorne zu sein. Nach einigen Pfiffen ruft die Spielleitung »Stopp«. In diesem Moment müssen alle stehen bleiben, und die letzten Spieler_innen (ungefähr 1/3 der Gruppe) müssen den ersten Spieler_innen einen Geldschein abgeben. So werden mindestens vier Runden gespielt. Wer sein Geld komplett verspielt hat, scheidet aus.

Sobald alle die Regeln verstanden haben, startet das Spiel mit dem ersten Pfiff. Wenn Spieler_innen beim Stopp-Ruf schummeln (weiterlaufen), greift die Spielleitung als »Börsenaufsicht« ein und korrigiert oder »kassiert Strafgelder«. Außerdem organisiert sie die Verteilung der Gewinne oder

ABB. 1 Spielfeld

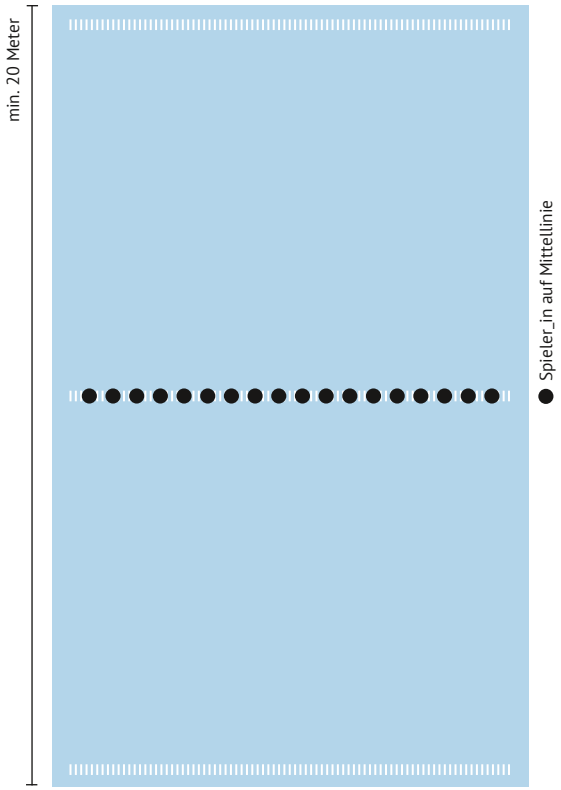
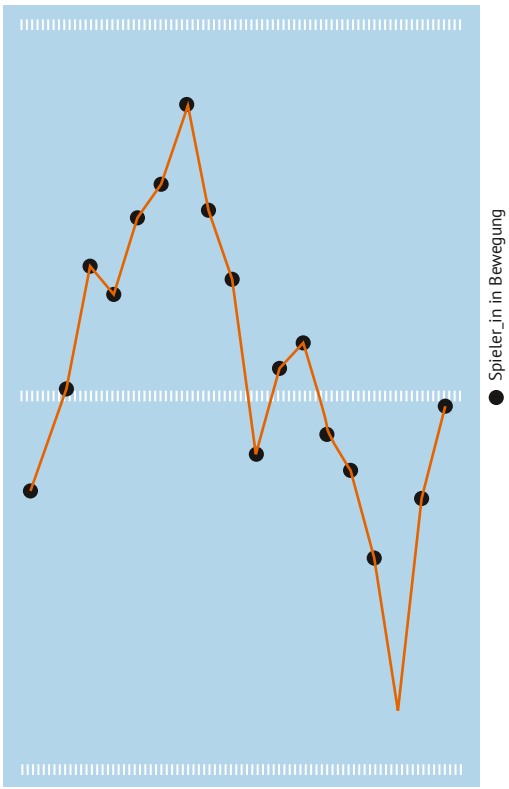


ABB. 2 Steigende und fallende Kurse



Verluste und kann dies kommentieren: »Ja, so geht das, an der Börse kann man Geld verlieren, aber auch Geld gewinnen«.

Nach der letzten Runde wird erläutert, dass das Spiel außer Gewinnen und Verlieren noch mehr mit der Börse gemein hat. Dazu wird das Bild von der Dax-Kurve gezeigt, welche ebenfalls immer wieder hoch und runter geht. Eine solche Kurve wird auf dem Spielfeld – analog zu den Bewegungen während des Spiels – eingezeichnet und leitet über zum Gespräch.

Auswertung / Transfer:
Zunächst werden die Teilnehmer_innen zu ihrem Erleben befragt:

- Wie war das Spiel für Sie, hat es Spaß gemacht?
- Was für ein Gefühl hatten Sie dabei, war es aufregend?
- Wie haben Sie sich verhalten, wollten Sie immer vorne sein oder eher sehen, dass Sie nicht ganz zurückfallen?
- Haben Sie geschaut, was die anderen machen?

Anschließend werden die Informationen aus dem »Infoblatt Wertpapierhandel (II.2) « referiert und dabei die folgenden Analogien zum Spiel erläutert:

- **zu Punkt 1)** Ausgangspunkt ist die eingezeichnete Kurve auf dem Spielfeld beziehungsweise die Dax-Kurve, bei der es auch ständig auf und ab geht.
- **zu Punkt 2)** Die Pfiffe im Spiel entsprechen den Informationen, auf welche die Händler_innen reagieren.
- **zu Punkt 3)** So wie es verschiedene Strategien im Spiel gab (immer vorne, eher in der Mitte usw.), so haben auch die Händler_innen verschiedene Strategien.
- **zu Punkt 3) und 4)** Ähnlich wie die Spieler_innen sich an den anderen orientiert haben, orientieren sich auch die Händler_innen nicht nur an Informationen, sondern an dem Verhalten der anderen Händler_innen, das sie erwarten (Herdentrieb). ▪

M1 Diagramm zur Entwicklung des DAX von 2000 bis 2017

Quelle: www.boerse.de

Wertpapierhandel / Finanzmärkte

INFO

Was zeigt die DAX-Kurve an? *Die DAX-Kurve zeigt an, wie sich die Preise von Aktien entwickeln. Aktien sind Anteile an Firmen. Wer eine Aktie von Daimler kauft, dem gehört ein ganz kleiner Teil dieses Konzerns. Wenn der Konzern Gewinn macht, wird ein Teil davon an die Aktionäre ausgezahlt (»eine Dividende wird ausgeschüttet«). Aktien werden an der Börse gehandelt, also verkauft und gekauft. Sie haben einen Preis, der sich ständig ändert. Die DAX-Kurve zeigt, wie sich die Aktienpreise von 30 großen deutschen Konzernen entwickeln. Wenn die Aktien teurer werden, steigt die Kurve, wenn sie billiger werden, fällt sie. Der Aktienpreis wird auch Kurs genannt.*

Wieso steigen und fallen die Preise? *Wenn Aktienhändler_innen viele Aktien von einem Unternehmen kaufen wollen, dann werden sie teurer, wenn die Händler_innen viele verkaufen wollen, werden sie billiger. Ob eine Aktie eher gekauft oder verkauft wird, hängt von Informationen ab. Das können Vorhersagen und Vermutungen von Wirtschaftsexpert_innen sein, Entscheidungen, die ein Unternehmen trifft, oder politische Entscheidungen. Die Nachricht »Facebook ist das größte soziale Netzwerk weltweit« wird den Preis der Facebook-Aktie wohl steigen lassen. Bei der Meldung »Strengeres Datenschutzgesetz beschlossen« wird er wahrscheinlich fallen. Ähnlich ist das mit Nachrichten wie »VW eröffnet neue Fabrik in Billiglohnland« oder »Gewerkschaft erkämpft deutliche Lohnerhöhungen in der Autoindustrie«.*

Wie verhalten sich die Händler_innen an der Börse? *Manche Händler_innen (die »Bullen«) versuchen vor allem bei steigenden Preisen Gewinn zu machen, nach dem Motto: »Ich kaufe heute und verkaufe morgen mit Gewinn weiter«. Andere (die »Bären«) versuchen, bei fallenden Preisen Gewinn zu machen. Das funktioniert nach dem Motto: »Ich mache heute einen festen Preis für morgen aus und kann dann noch mit Gewinn weiterverkaufen, obwohl die Preise fallen«. Natürlich kann das auch immer schief gehen, wenn die Preise fallen statt zu steigen, oder wenn sie noch stärker fallen als erwartet. Die einen gewinnen Geld, die anderen verlieren es. Wichtig ist also zu ahnen, wie sich der Preis entwickeln wird. Deshalb reagieren die Aktienhändler_innen nicht nur auf Nachrichten. Sie schauen vor allem, was die anderen Händler_innen machen. Das wird auch Herdentrieb genannt.*

Wie kommt es zu »Blasen« und »Crashs«? *Der Herdentrieb führt manchmal zu großen Problemen, nämlich zu den sogenannten »Blasen«. Das bedeutet, dass die Preise stark steigen und alle weiter kaufen, was dazu führt, dass die Aktie durch die steigenden Preise noch wertvoller wird. Dadurch sind die Aktienpreise irgendwann so hoch, dass sie nichts mehr mit den Unternehmen und ihrer Produktion zu tun haben. Früher oder später wird dies deutlich, die »Blase platzt«, und der Trend geht in die andere Richtung. Dann fallen die Preise, alle verkaufen schnell, um nicht zu viel zu verlieren, und dadurch fallen die Preise noch weiter. Passiert das nicht nur mit einer Aktie sondern mit vielen gleichzeitig, wird das »Börsencrash« genannt. Dabei fallen die Preise so stark, dass Aktienbesitzer_innen viel Geld verlieren. Manchmal wird der Trend noch dadurch verstärkt, dass ein großer Teil des Handels heute automatisch von Computerprogrammen abgewickelt wird (»Hochfrequenzhandel«).*

Was geht's mich an? *In Deutschland besitzt nicht einmal jede zehnte Person Aktien. Trotzdem kann der Börsenhandel Auswirkungen auf uns alle haben. Viele Leute sind über Sparverträge und Lebensversicherungen indirekt mit dem Aktienmarkt verbunden. Denn Banken und Versicherungen kaufen vom gesparten Geld Aktien und verdienen so die Sparzinsen. Wenn Firmen versuchen, ihren Gewinn und den Wert ihrer Aktie zu steigern, heißt das oft, dass Leute mehr arbeiten müssen oder entlassen werden. Außerdem folgt auf einen Börsencrash oft eine allgemeine Wirtschaftskrise, in der Firmen Pleite gehen und Leute entlassen werden. Und an Börsen wird nicht nur mit Aktien gehandelt, sondern auch mit Rohstoffen (wie Öl oder Weizen), mit Währungen (wie Dollar oder Euro), mit Staatsanleihen (also Schuldscheinen von Staaten) und komplizierten Finanzpapieren (Derivaten). Das beeinflusst, wie teuer Dinge sind, die wir zum Leben brauchen oder wie viel Geld der Staat zur Schuldentilgung und für anderes verwenden kann.*

Die Vorgeschichte der globalen Finanzkrise

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Welche Entwicklungen werden in M1 beschrieben und worin sieht der Autor das zentrale Problem?

2. Inwiefern wird die Position aus M1 durch die Diagramme M2 und M3 gestützt oder widerlegt?

3a. Stellen Sie sich vor, Sie sind Unternehmer_in. Überlegen Sie, in welchen Situationen (A bis H) in der Tabelle M4 Sie Ihre Investitionen ausweiten würden. Füllen Sie die Tabelle aus (ja/nein) und diskutieren Sie anschließend Ihre Überlegungen in Dreiergruppen.

3b. Häufig wird formuliert, dass Unternehmen dann investieren, wenn sie gute Gewinne machen. »Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Beschäftigung von übermorgen.« Für das staatliche Handeln bedeutet dies, dass in erster Linie die Rahmenbedinungen für die Unternehmen verbessert werden müssten und dann würden diese Investitionen tätigen – und Arbeitsplätze schaffen. Diskutieren Sie diese These.

4. Beurteilen Sie den Zusammenhang von Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen in M5. Sprechen Ihre Entscheidungen in der Tabelle für oder gegen diesen formulierten Zusammenhang? Welche Argumente werden im Text genannt? Stützt das Diagramm M3 den behaupteten Zusammenhang oder widerspricht es ihm?

M1 Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft

Das Gewinnstreben der Unternehmen verlagert sich von der realen Wirtschaft in die Finanzsphäre, schreibt der Ökonom [Schulmeister] vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Investitionspläne, die vor 30 Jahren ohne Zögern umgesetzt worden wären, landen heute oft in der Ablage. Begründung: Verglichen mit den am Finanzmarkt zu erzielenden Renditen lohnt sich der Bau einer neuen Fabrik oder Fertigungsstraße nicht. So konkurriert der Finanzsektor mit der nicht-virtuellen Wirtschaft um Geld – statt sie mit Investitionsmitteln zu versorgen. Schulmeister sieht darin die »strukturelle Hauptursache« für das Anwachsen der Arbeitslosigkeit seit den 70er-Jahren.

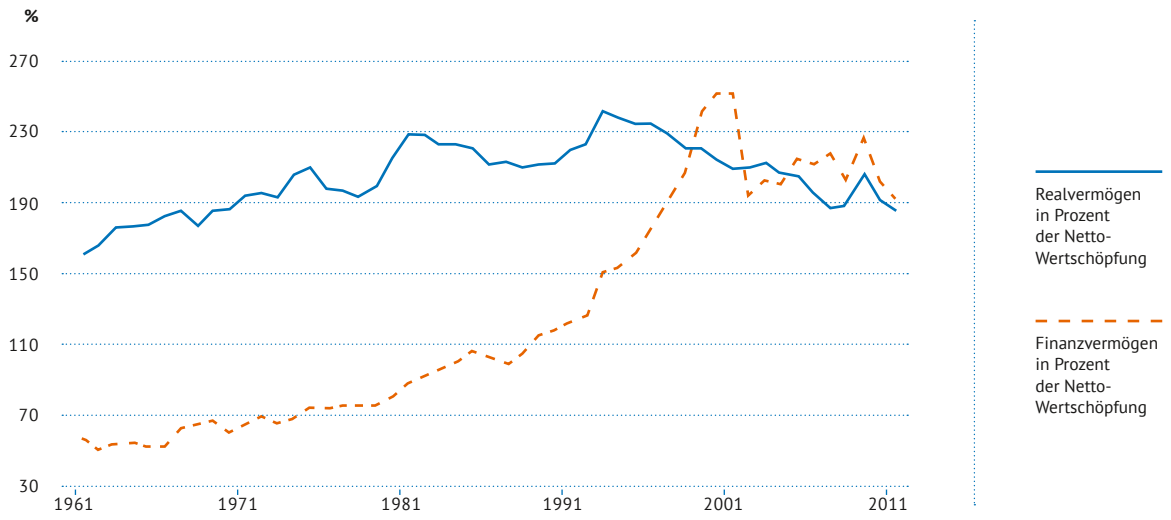
Einige Eckdaten machen deutlich, welche Dimensionen die Börsenspekulation angenommen hat:

- Die Umsätze im Handel mit Devisen, Aktien, Anleihen, Wetten auf zukünftige Kurse und anderen Finanzprodukten summierten sich 2006 auf etwa 13.000 Milliarden Dollar – pro Tag. Der überwältigende Teil dieser Transaktionen entfällt auf die Finanzmärkte in den Industrieländern, ihr Volumen war 2006 nahezu 100 Mal höher als das nominelle Bruttoinlandsprodukt (BIP) dieser Länder.
- Das größte Gewicht haben kurzfristig-spekulative Geschäfte mit so genannten Derivaten wie Futures oder Optionen. Das sind ursprünglich für Absicherungsgeschäfte konstruierte Wertpapiere, mit denen Anleger auf die künftige Entwicklung von Devisen-, Aktien-, Rohstoff- oder anderen Preisen spekulieren können. Zwischen 1986 und 2006 nahm der globale Derivatehandel mit einer jährlichen Wachstumsrate von gut 20 Prozent zu.
- Besonders stark expandierte der Börsenhandel mit Finanzderivaten – an dem sich zunehmend auch Amateure beteiligen. In Europa wuchs der Börsenhandel mit solchen Papieren zwischen 2000 und 2006 um 28,6 Prozent pro Jahr und erreichte 2006 annähernd das 40-fache des BIP. Fast 99 Prozent dieser Umsätze entfallen auf Großbritannien und Deutschland.

[…] Die Sogwirkung der Finanzmärkte verhindere, dass genügend neue Arbeitsplätze in der realen Wirtschaft entstehen, argumentiert Schulmeister. Zwar gingen viele Ökonomen davon aus, dass der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand von der Höhe der Reallöhne, der Regulierung des Arbeitsmarkts und den Arbeitsanreizen für Erwerbslose abhinge. Nach Schulmeister ist jedoch die Realkapitalbildung entscheidend: Neue Arbeitsplätze, die »dem europäischen Produktivitäts- und Einkommensniveau entsprechen«, erforderten vor allem hohe Investitionen. Und wegen des technischen Fortschritts seien pro Arbeitsplatz immer höhere Investitionen nötig. Empirische Daten aus den USA, Japan und Deutschland zeigen dem Wirtschaftsforscher zufolge, dass die Kapitalintensität je Arbeitsplatz seit 1960 »in jedem einzelnen Jahr, in jedem Sektor, in jeder der drei Volkswirtschaften« gestiegen ist – in Phasen steigender Reallöhne genauso wie in Phasen real sinkender Verdienste.« ▪ Quelle: *Böckler Impuls* 2/2008

M2 Realvermögen und Finanzvermögen

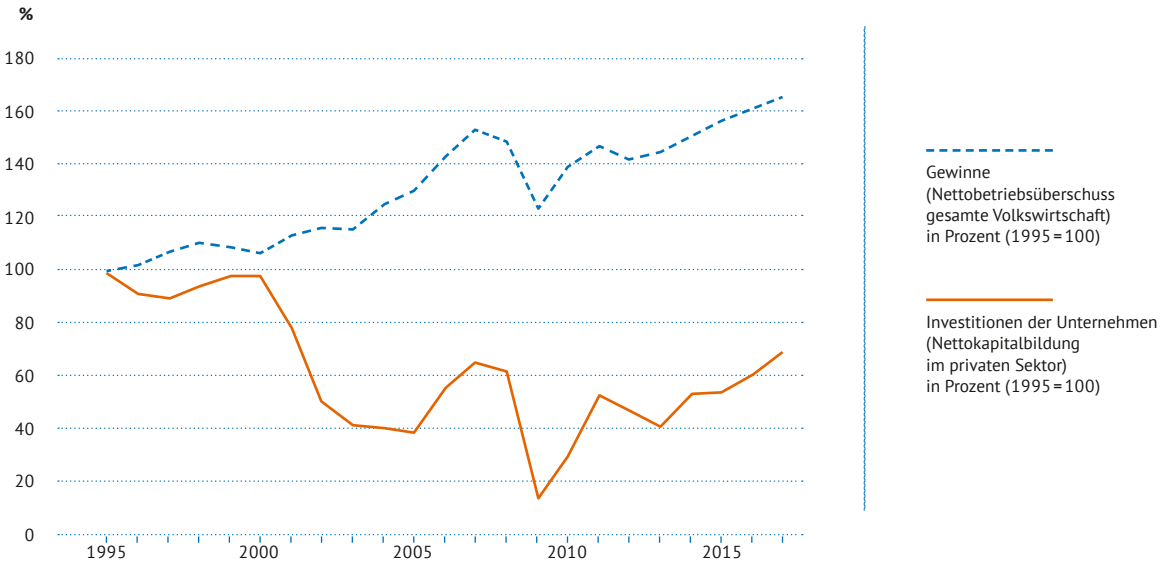
ANSTIEG FINANZVERMÖGEN IM VERGLEICH ZU REALVERMÖGEN



Quelle: Stephan Schulmeister 2013: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei »Spielanordnungen« und zwei Phasen des »langen Zyklus«. In: Jürgen Kromphardt (Hg.), *Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen. Schriften der Keynes-Gesellschaft Band 7*, Marburg, S. 141.

M3 Gewinne und Investitionen

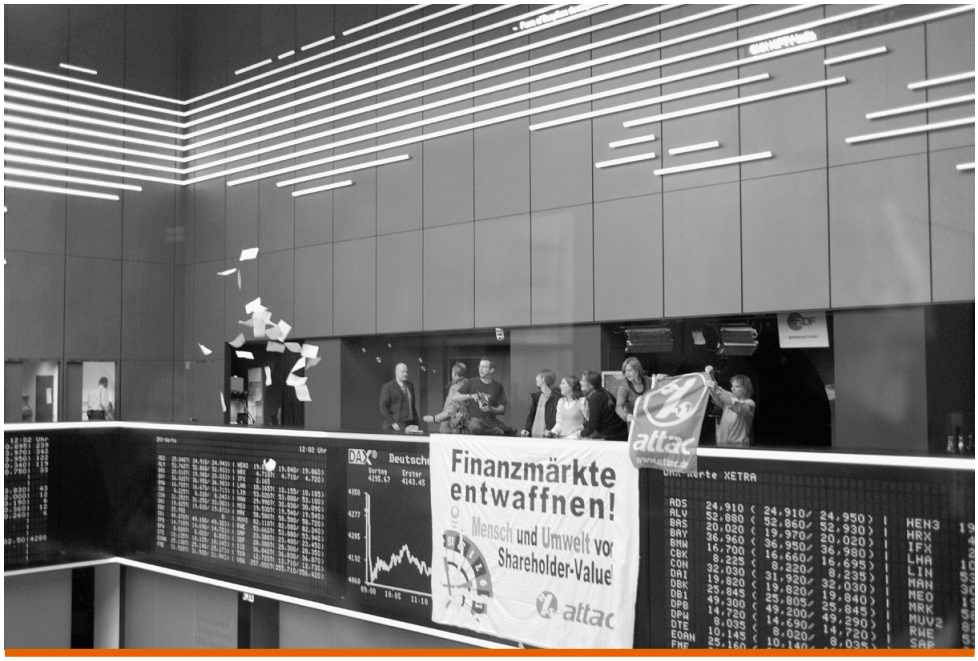
GEWINNE UND INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND LAUFEN AUSEINANDER



Quelle: Ameco-Datenbank

M4 Investitions-entscheidungen

	Gewinn des vergangenen Jahres	Gewinn des laufenden Jahres	Absatzerwartung für das folgende Jahr	Investition tätigen? JA / NEIN
A	Hoch	Hoch	Hoch	
B	Hoch	Niedrig	Niedrig	
C	Hoch	Hoch	Niedrig	
D	Hoch	Niedrig	Hoch	
E	Niedrig	Hoch	Hoch	
F	Niedrig	Niedrig	Niedrig	
G	Niedrig	Hoch	Niedrig	
H	Niedrig	Niedrig	Hoch	



Attac-Aktion an der Frankfurter Börse bei Ausbruch der Krise 2008
Foto: Attac

M5 Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze?

»Gerd Bosbach hatte einen Verdacht. Den Verdacht, auch Politiker könnten irren. Und handele es sich auch um einen Altkanzler wie Helmut Schmidt (SPD), also noch dazu einen, der als ausgesprochen kompetent gilt, nicht zuletzt in Fragen der Volkswirtschaft. Schmidt hatte 1974 behauptet, »die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen«. Das klingt plausibel, findet Bosbach. Aber als Professor für Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung fragte er sich, ob diese oft wiederholte und für selbstverständlich wahr gehaltene Grundannahme der Wirtschaftswissenschaft wie der Politik eigentlich wirklich stimmt.

Und weil Bosbach von Haus aus Wissenschaftler ist, hat er sich mit dem Röntgenblick des Statistikers das Zahlenskelett der Wirklichkeit angeschaut und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die Unternehmensgewinne sind in den zurückliegenden drei Jahrzehnten stetig gestiegen – die Arbeitslosigkeit allerdings auch. Das aber bedeute nun nichts anderes, sagt Bosbach, als dass der behauptete Zusammenhang zwischen Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen so nicht richtig sei. Oder besser, genauer gesagt: Er sei zwar nicht falsch, vor allem gelte die Umkehrung, ohne Gewinne keine Investitionen und ohne Investitionen keine Arbeitsplätze – aber es sei doch offenbar so, dass die These »mindestens einseitig« ist, sagt Bosbach. »Sie erfasst nicht die ganze Wirklichkeit.«

Weil sie aber, obwohl offenbar »eher ein Glaubensdogma als eine wissenschaftlich bewiesene Tatsache«, das Handeln von Unternehmern und Bundesregierungen wesentlich mitbestimmt, wollte Bosbach es genauer wissen. Und hat nachgefragt. […] Bei denen, die es wissen müssen, den großen Wirtschaftsforschungsinstituten und Dachverbänden der Arbeitgeber. Da Gewinne, Investitionen und Arbeitsplätze von der Wirtschaftsstatistik gemessen werden, müsste, so Bosbachs Erwartung, der Zusammenhang leicht belegbar sein.

[…] »Die Rückmeldungen waren – vorsichtig ausgedrückt – bemerkenswert«, sagt Bosbach dem Tagesspiegel. Manche, wie das Ifo-Institut, hätten gar nicht reagiert, andere nicht viel Klärendes beitragen können. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln schrieb: »Eine Studie, die direkt Ihr Thema betrifft, ist mir nicht bekannt.« Das Essener Forschungsinstitut RWI konstatierte, »mit Unternehmensgewinnen, Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen ist allerdings ein sehr komplexes Thema angesprochen, das Sie in dieser Form zumeist nicht fertig aufbereitet vorfinden werden«. Insgesamt, sagt Bosbach, könnte sich der Eindruck ergeben, »dass eines der Grundprinzipien, auf denen unsere Wirtschaftspolitik basiert, anhand von Fakten nie überprüft wurde«. […] Das halte er denn doch für »sehr unwahrscheinlich«, sagt Bosbach: »Eine Lüge.«

Von, wie er unterstellt, interessierter Seite. »Ein Blick auf die Daten der vergangenen 30 Jahre zu Gewinnen und Arbeitslosigkeit lässt eher vermuten, dass die Ergebnisse den Lobbyisten der Wirtschaft einfach nicht passten.« Für die Schaffung von Arbeitsplätzen nämlich könnten Aufträge – sprich die Nachfrage – wichtiger sein als Gewinne, die investiert werden. Wer das ernst nähme, müsste allerdings eine andere Politik machen. Eine, die nicht nur auf gute Rahmenbedingungen für Unternehmer abziele, etwa durch Steuersenkungen oder die Forderung nach Lohnzurückhaltung. Sondern eine, deren vornehmstes Ziel es wäre, die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Dafür fehle es aber derzeit offenbar an durchsetzungsfähigen Fürsprechern.« ▪ Quelle: Michael Schmidt, *Der Tagesspiegel* vom 17.08.2008

Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage. Es beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Expertenwissens. Die Ausbildung verschiedener Expertengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

Vorgehen:
Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer Stammgruppe bearbeitet, aus welcher die Expert_innen für je eine Frage / Konflikt pro Gruppe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert_innen, sodass heterogene Expertengruppen entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und ausgetauscht werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert_innen werden in den ursprünglichen Stammgruppen die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet.

Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie Gruppen von mindestens sechs Personen. Tauschen Sie sich über das Schaubild (M1) aus. Worum geht es, was verstehen Sie und was ist Ihnen unklar? Teilen Sie die Infotexte in Ihrer Gruppe auf: Banken, Zweckgesellschaften, Ratingagenturen, Investoren und Interbankenmarkt.
2. Bilden Sie neue Expert_innen-Gruppen mit den entsprechenden Vertreter_innen aus den anderen Gruppen. Besprechen Sie gemeinsam den Infotext zu Ihrem Ausschnitt des Schaubildes, bis ihn alle sicher erklären können.
3. Treffen Sie sich wieder in Ihren ursprünglichen Gruppen und tragen Sie die Ergebnisse zusammen: Welche verschiedenen Entwicklungen werden im Schaubild M1 dargestellt? Bereiten Sie gemeinsam einen Kurzvortrag vor, in dem Sie die Entwicklung der weltweiten Finanzkrise anhand des Schaubildes erläutern.

INFO

Akteure der Finanzkrise

Die US-Banken und die Hypothekenkredite *Eine Hypothek ist die Hinterlegung einer Immobilie (Häuser und Grundstücke) als Pfand. Meistens werden Hypotheken im Gegenzug zu Krediten hinterlegt. Also eine Bank leiht einer Person Geld, sie kauft davon ein Haus und hinterlegt das Haus als Sicherheit bei der Bank. Natürlich wird nicht das gebaute Haus hinterlegt, sondern ein Papier nämlich die Hypothek. Laut diesem Papier gehört das Haus der Bank, wenn die Person ihre Kreditraten nicht mehr zurückzahlen kann (Kreditausfall). In den USA haben die Banken vor der Krise viele solcher Hypothekenkredite vergeben. Immer mehr Häuser wurden auf Kredit gekauft, die Nachfrage und damit die Preise für Immobilien stiegen. Als der Wert der Häuser stieg, wurden mit diesem Gegenwert weitere Kredite (zum Beispiel für ein neues Auto) aufgenommen. Doch irgendwann gingen die Nachfrage nach Häusern und damit ihr Wert wieder zurück und viele Menschen konnten ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen.*

Zweckgesellschaften und gebündelte Wertpapiere *Banken dürfen nur eine bestimmte Menge an Geld an ihre Kund_innen verleihen (Kredite vergeben). Wenn sie mehr Geld verleihen wollen, dann können sie aber ihre alten Kreditverträge (mit den Kund_innen) an eine Zweckgesellschaft verkaufen,*

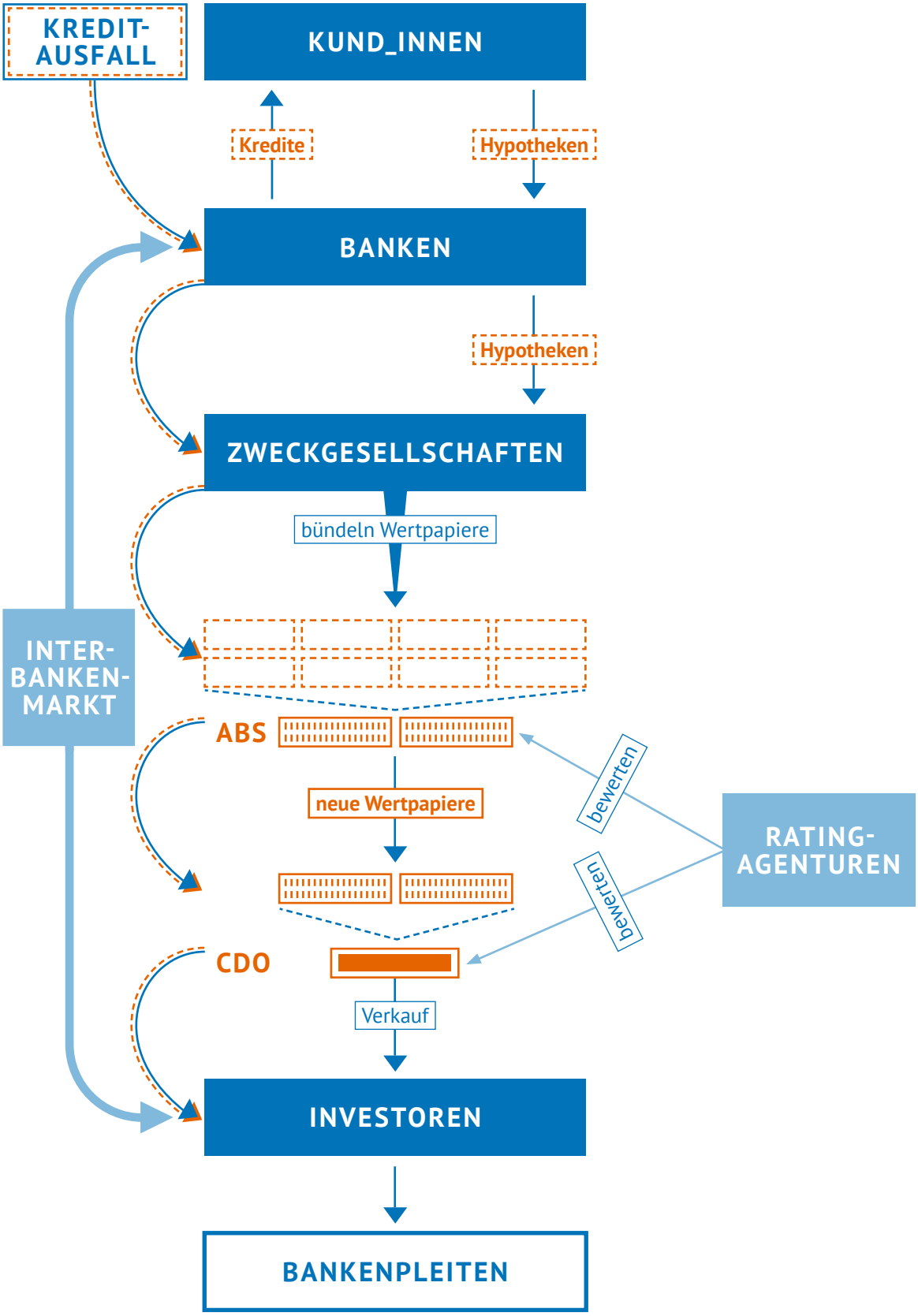
die sie selbst gründen. Solche Zweckgesellschaften sind Finanzierungsgesellschaften von Banken, die aber nicht als (Teil der) Bank gelten. Die Zweckgesellschaft kauft ihrer Bank einen Kreditvertrag ab, das heißt, sie bekommt jetzt die regelmäßigen Rückzahlungen des Kredits plus Zinsen von der ursprünglichen Kund_in der Bank. Aber woher hat die Zweckgesellschaft das Geld, um ihrer Bank den Kreditvertrag abzukaufen? Sie »bündelt« mehrere solcher Kreditverträge und verkauft sie als neues Wertpapier (Asset-Backed Security, kurz ABS) weiter. Jetzt bekommt die Käufer_in dieses Wertpapiers die regelmäßigen Rückzahlungen der gebündelten Kredite plus Zinsen, aber sie hat auch den Verlust, wenn die Kredite nicht zurückgezahlt werden.

Ratingagenturen und die Bewertung der Papiere *Ratingagenturen sind private Unternehmen. Sie versuchen abzuschätzen, ob andere Unternehmen oder Staaten kreditwürdig sind, das heißt, ob sie geliehenes Geld auch wirklich mit Zinsen zurückzahlen können. Ähnlich bewerten die Ratingagenturen die Sicherheit von Wertpapieren. Damit liefern sie Investoren, die Geld anlegen (gegen Zinsen verleihen) wollen, Hinweise, wo sie das vermeintlich sicher tun können. Allerdings zahlen in der Regel nicht die Investoren für die Ratings, sondern diejenigen, die bewertet werden. Das heißt, Unternehmen (und teilweise auch Staaten) zahlen dafür, dass eine Ratingagentur ihre Kreditwürdigkeit oder ihre Wertpapiere bewertet. Mit einer guten Bewertung müssen sie dann weniger Zinsen für geliehenes Geld bezahlen oder können Wertpapiere teurer verkaufen. Allerdings können die Bewertungen (Ratings) auch falsch sein, ohne dass die Agenturen dafür haften. So waren zum Beispiel viele gebündelte Hypothekenwertpapiere (Asset-Backed Security, kurz ABS) im Vorfeld der Finanzkrise 2008 zu gut bewertet. Mehrere ABS konnten dann wiederum zu neuen Wertpapieren gebündelt werden (so genannten Collateralized Debt Obligations, kurz CDO), die wiederum von Ratingagenturen bewertet wurden und dann weiter verkauft werden konnten.*

Investoren und die globale Pleitewelle *Investoren sind Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und ähnliche Unternehmen, die viel Geld im Auftrag ihrer Kundschaft verwalten. Sie sammeln dieses Geld von wenigen Superreichen und von vielen Kleinsparer_innen ein und versuchen es für diese sicher und gewinnbringend anzulegen. Das heißt, sie verleihen es gegen Zinsen beziehungsweise sie kaufen gewinnbringende Wertpapiere. Bei der Frage, wie sicher ein Papier ist, orientieren sich die Investoren an den Bewertungen von Ratingagenturen. Vor der Finanzkrise galten gebündelte US-Hypothekenkredite als relativ sicher und gewinnbringend. So wurden diese Papiere von Investoren aus der ganzen Welt gekauft, unter anderem von deutschen und anderen europäischen Banken. Mit Ausbruch der Krise wurde dann aber deutlich, dass viele der Kredite, die in diesen Papieren »gebündelt« waren, nicht zurückgezahlt wurden. Damit sank der Wert der Papiere schlagartig und viele Banken standen wegen dieser Verluste vor dem Bankrott.*

Das Geschäft auf dem Interbankenmarkt *Finanzinvestoren wie Banken und Versicherungen sind eng verzahnt. Sie leihen sich ständig gegenseitig Geld. Dies geschieht oft nur für sehr kurze Zeit, über Nacht oder bis zu 90 Tage lang. Wie beim Geldverleih üblich, muss auch bei den meisten Krediten am Interbankenmarkt eine Sicherheit hinterlegt werden. Ein solches Geschäft heißt »Repurchase Agreement« (Repo). Ursprünglich wurden dabei Staatsanleihen als Sicherheit verwendet. Mittlerweile werden aber auch andere Wertpapiere zum Beispiel ABS und CDO als Sicherheit hinterlegt. Je nach Rating (Ausfallrisiko) der hinterlegten Sicherheit verlangen die Kreditgeber höhere oder niedrigere Zinsen auf den Kredit. Wenn der Wert der als Sicherheit verwendeten Papiere fällt, können sie mehr Wertpapiere von den Kreditnehmern nachfordern. In der Krise haben sich die Ratings für hinterlegte Papiere verschlechtert. Deshalb erhöhten Kreditgeber kurzfristig die Zinsen und forderten neue Sicherheiten nach. Viele Banken und Versicherungen wurden zahlungsunfähig (illiquide). Denn ihr Geld war in Wertpapieren gebunden, die sie nicht schnell verkaufen konnten.*

M1 Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise



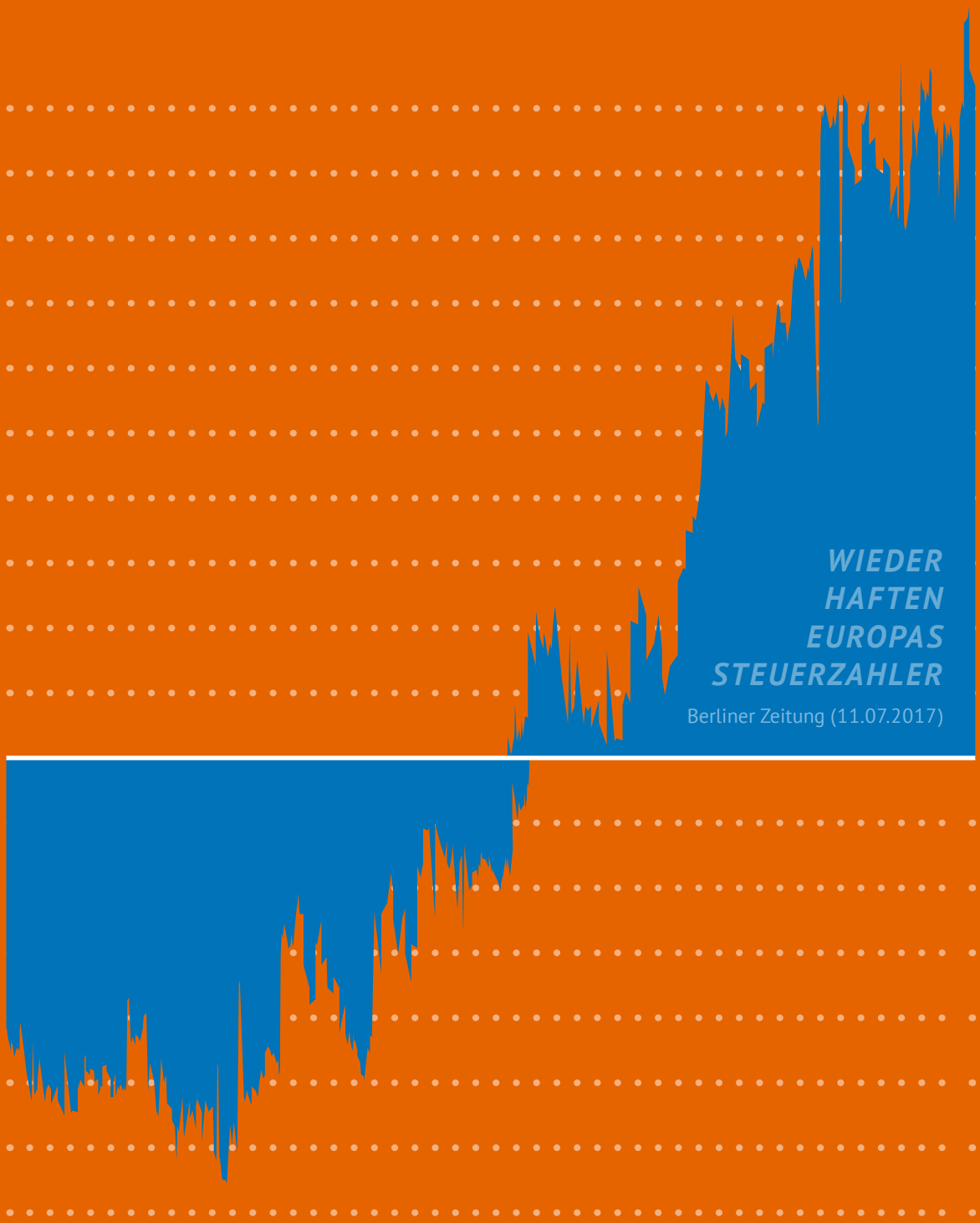
attac Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

GLOBALISIERTE FINANZMÄRKTE

MODUL III

Bankenrettung



www.attac.de/bima

attac Bildung

Modul III
Bankenrettung

Wie funktioniert eine Bank?
Warum hat der Staat die Banken gerettet und was wird daran kritisiert?
Was wurde aus der Krise gelernt?
Welche Konflikte gibt es um die zukünftige Abwicklung von Banken?

Inhalt

Einführung

III.1 *Arbeitsblatt:* Wie funktioniert eine Bank?
- *M1*: Schaubild – Wie funktioniert eine Bank?
- *Infotext*: Das Bankgeschäft
- *Infotext*: Wie kann eine Bank pleitegehen?
- *M2*: Schaubild – Wie kann eine Bank pleitegehen?

III.2 *Arbeitsblatt:* Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland
- *M1*: Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet? (Autorentext)
- *M2*: Tabelle: Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank
- *M3*: Lehrkräftemangel an Grundschulen (Autorentext in Anlehnung an *GEW Hessen*)
- *M4*: Schulstreik in Kassel (Autorentext)
- *M5*: Kommunale Haushalte: Ausgaben der Stadt Kassel für Bildungs- und Kultureinrichtungen (Autorentext)
- *M6*: Banken-Rettungsfonds: Gewinn nur Tropfen auf dem heißen Stein (*Nachrichtenagentur Reuters*)
- *M7*: Wen das Sparpaket einschnürt (*Frankfurter Rundschau*)
- *M8*: Die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung (Autorentext)
- *M9*: Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017 (*www.bundeshaushalt-info.de*)
- *M10*: Stichworte aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

III.3 *Arbeitsblatt:* Was tun, wenn Banken pleitegehen?
- *M1*: Eine neue Finanzkrise? (Autorentext)
- *M2a*: Option Bail-out I: Bankenrettung in Deutschland 2008 (Autorentext)
- *M2b*: Option Bail-out II: Die US-Bankenrettung als Erfolgsmodell (*Frankfurter Rundschau*)
- *M3*: Option Bail-in (Europäische Kommission)
- *M4a*: Option Vergesellschaftung des Bankensektors I (*Emanzipation*)
- *M4b*: Option Vergesellschaftung des Bankensektors II (Autorentext)
- *M5*: Option Banken pleitegehen lassen (*die tageszeitung*)
- *Infotext*: Begriffserläuterungen Bankenrettung
- *M6*: Kurztext: Bail-out (Autorentext)
- *M7*: Kurztext: Bail-in (Autorentext)
- *M8*: Kurztext: Vergesellschaftung (Autorentext)
- *M9:* Kurztext: Banken pleitegehen lassen (Autorentext)
- *M10*: Systemrelevanz ist eine politische Kategorie (Interview mit Andreas Kallert)
- *M11:* An der Realität gescheitert (*die tageszeitung*)

Legende

Die Materialien haben folgende Formate

→ **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien

Aktivitäten – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen

Infoblatt – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls

Arbeitsblätter – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autorentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien

METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien

INFO **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes

◇◇◇DIAGRAMM◇◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema

REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

Interview mit **Interviews** – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

In der Einleitung zu Modul II wurde kurz und knapp die Geschichte der Krise von 2008 erzählt. In seitherigen Forschungen werden einige Aspekte hervorgehoben, für die es im traditionellen Verständnis des Bankensystems zuvor keine Begriffe gab. In dieser wissenschaftlichen Erzählung werden Schattenbanken (Shadow Banking), Verbriefung (Securitization), kurzfristiger Interbankenmarkt und Liquiditätskrise zu wichtigen Dimensionen.

Der Begriff »Shadow Banking« wurde zum ersten Mal 2007 verwendet. Heute wird er an vielen Stellen durch »Market-based Finance« ersetzt und es konkurrieren viele Definitionen für den Begriff. Die Idee dabei ist jedoch, unser herkömmliches Verständnis des Bankgeschäfts aufzubrechen. Denn schon längst werden nicht mehr die Einlagen der einen zu den Sicherheiten der Banken für die Kredite an die anderen. Stattdessen ist zwischen den Einlagen und den Endkrediten ein hochkomplexes System entstanden. Darin spielen verschiedene Finanzmarktakteure und -praktiken eine wichtige Rolle. Akteure sind dabei nicht nur herkömmliche Banken. Pensionskassen, Versicherungen, Anlagefonds, Investmentbanken wie auch konventionelle Unternehmen, die an Finanzmärkten Kredite aufnehmen, begeben oder Fremdwährung kaufen, gehören zum Shadow Banking dazu. Der Kern des Prozesses besteht darin, dass Banken Kredite nicht mehr verbegeben und dann in ihren Büchern behalten, bis das Geschäft beendet ist. Denn je schneller alle beteiligten Akteure einen vergebenen Kredit an den nächsten weiterreichen können, desto niedriger ist das Ausfallrisiko für die einzelnen. Es entsteht quasi ein Spiel mit dem heißen Eisen, in dessen Zentrum ultra-kurzfristige Kredite stehen, die Finanzmarktakteure sich in der Regel nur für 24 Stunden gegenseitig gewähren.

Hier kommt die Verbriefung ins Spiel: Neben völlig unbesicherten Krediten auf dem Interbankenmarkt sichern Finanzmarktakteure ihre Kredite in der Regel so ab, dass sie sich gegenseitig für die vereinbarte Laufzeit Anleihen mit Rückkaufsrecht geben. Wie bei einem Automobil-Kredit eine Immobilie als Sicherheit dienen kann, wurden hier Staatsanleihen und später eben Derivate, die auf den faulen Häuserkrediten basierten, verwendet. Dieser Prozess, aus Häuserkrediten verkaufbare Anleihen zu machen, wird Verbriefung beziehungsweise »Securitization« genannt. Auch diese Praxis der Verbriefung zählt zum Prozess des Shadow Bankings.

Bei dieser kurzfristigen Kreditvergabe auf dem Interbankenmarkt wird ein Problem virulent, für das es bis 2010 kaum regulatorische Einhegung gab: Da alle beteiligten Akteure an sehr kurzfristige Verbindlichkeiten gebunden sind, sind sie auf die Zahlungen der anderen unbedingt angewiesen. Man nennt das systemisches Risiko. Und da diese Kredite so kurzfristig sind, blieb den pleitegehenden Banken 2008 nicht ausreichend Zeit, sich neues Geld zu beschaffen. Dadurch wurden sie illiquide, das heißt, ihnen gingen die Barmittel aus. In der Folge wurde das Eigenkapital aufgebraucht und sie wurden insolvent.

Daraufhin intervenierten zwei staatliche Stellen: Zentralbanken stellten Notkredite zur Verfügung, um Finanzinstitute mit Liquidität zu versorgen, und die Finanzministerien vieler Regierungen weltweit kauften entweder schwächelnden Banken die faulen Kredite ab, stellten ihnen Kapital aus Steuermitteln zur Verfügung oder verstaatlichten die Institute. Ohne das Eingreifen der Staaten wäre es früher oder später zu einem Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems gekommen. Allerdings sind die möglichen Maßnahmen in einer solchen Krise und ihre Kosten gesellschaftlich nicht neutral. Verschiedene Bevölkerungsgruppen haben (zumindest implizit) unterschiedliche Interessen hinsichtlich möglicher Bankenrettungen. Dementsprechend sind sie politisch umstritten.

Durch die Kosten für die Bankenrettungen, staatliche Konjunkturprogramme und die sozialstaatliche Abfederung der Arbeitslosigkeit sind die Staatsausgaben in der Krise stark gestiegen. In der Folge lautete die dominante Antwort auf die Krise, der Staat müsse sparen, sprich seine Ausgaben reduzieren. Die Einnahmeseite, also die Erhöhung der Steuern (zum Beispiel auf Unternehmensgewinne, Erbschaften oder hohe Einkommen), bleibt dabei unberücksichtigt. Die Kürzungen im Zuge der »Sparpolitik« betreffen jedoch oftmals Sozialleistungen, auf die wiederum die ärmeren Teile der Bevölkerung angewiesen sind. Ein Beispiel dafür war das »Sparpaket« der deutschen Bundesregierung von 2010, mit dem unter anderem Leistungen für Empfänger_innen von Hartz IV und von Wohngeld gekürzt wurden.

Regulatorisch ist infolge der Krise ein neuer weltweiter Rahmen für das Bankenwesen entstanden (bekannt unter dem Stichwort Basel III). Dieser enthält höhere Kapitalanforderungen für Banken, die es ihnen möglich machen sollen, sich selbst länger vor der Pleite zu bewahren, sowie weitere Regeln, die das Liquiditätsproblem und

das systemische Risiko eindämmen sollen. Zudem wurde in der Eurozone eine gemeinsame Bankenaufsicht, ein Einlagensicherungssystem und ein Abwicklungsmechanismus für Banken eingerichtet, der sicherstellen soll, dass auch die Eigentümer_innen und die großen Schuldner_innen einer Pleitebank für Verluste aufkommen müssen.

Wie wirksam diese neuen Regularien sind, ist umstritten. Sicher ist, dass neue Krisen nicht ausbleiben werden, auch wenn niemand sagen kann, an welcher Stelle im System es beim nächsten Mal krachen wird. Derzeit werfen einige Expert_innen ein Auge auf die hohe Verschuldung ökonomisch schwacher Länder. Da in den meisten Industrieländern die Zinsen extrem niedrig sind, verschieben Anlageverwalter Kapital in arme Länder und lassen sich das Risiko dort mit hohen Zinsen bezahlen. Das Geschäft der Verbriefung und des Weiterreichens von Krediten ist auch dort schon längst angekommen. Es gilt also auf neue Krisen vorbereitet zu sein und das Geschäft von Banken und anderen Finanzmarktakteuren ebenso wie mögliche Krisenszenarien in Grundzügen einordnen zu können. ▪

Zu den Elementen des Moduls

- Das Arbeitsblatt III.1 (Wie funktioniert eine Bank?) thematisiert sehr grundsätzlich das Bankgeschäft. Es enthält einen *Infotext*, ein zugehöriges *Schaubild (M1)* und eine Reihe Beschreibungen von Personen oder Unternehmen, die eine Geschäftsbeziehung mit der Bank unterhalten. Zunächst wird vorgeschlagen, dass die Lernenden die Rollenbeschreibungen in Zweiergruppen an der richtigen Stelle im Schaubild zuordnen. Nach der gemeinsamen Klärung der korrekten Zuordnung geht es in einem zweiten Schritt um die mögliche Insolvenz einer Bank. Zur Frage »Wie kann eine Bank pleitegehen?« gibt es wiederum einen Infotext und ein zugehöriges *Schaubild (M2)*. Anschließend wird vorgeschlagen, dass die Lernenden vier Gruppen bilden (Privatkund_innen, Investor_innen, Banken und Unternehmen), die sie bereits aus dem ersten Schritt kennen. Diese Gruppen rekapitulieren zunächst, welche Beziehungen sie zur Bank haben und überlegen anschließend, was die Pleite der Bank für sie bedeutet und welche Interessen sie hinsichtlich einer möglichen staatlichen Bankenrettung haben. Diese letzte Frage sollte mit einem der folgenden Arbeitsblätter weiter bearbeitet werden, in denen die soziale und die politische Dimension der Bankenrettung deutlicher herausgestellt wird.

- Im ersten Teil von Arbeitsblatt III.2 (Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland) geht es um die öffentlichen Kosten für die »Rettung« der Commerzbank. Die Lernenden können sich zunächst mit dem Text *Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet? (M1)* und der dazugehörigen *Tabelle: Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank (M2)* beschäftigen. Dabei geht es zum einen darum, die Höhe der Kosten von rund 4,6 Milliarden Euro bis Ende 2017 nachzuvollziehen. Zum anderen geht es um einen Vergleich zwischen den öffentlich angekündigten und den tatsächlichen Gegenleistungen der Bank für die Hilfen. Und schließlich wird eine Recherche angeregt, wie sich die öffentlichen Kosten für die Commerzbank seit Anfang 2018 entwickelt haben.

  Im zweiten Teil des Arbeitsblattes werden die Aufwendungen für die Commerzbank mit Kosten für Schulen, fehlende Lehrkräfte und lokale Bildungs- und Kultureinrichtungen verglichen. Als Materialgrundlage dienen Texte zum *Lehrkräftemangel an Grundschulen (M3)*, zu einem *Schulstreik in Kassel (M4)* aus dem Jahr 2017 sowie zu den *Ausgaben der Stadt Kassel für Bildungs- und Kultureinrichtungen (M5)*. In diesem Zusammenhang werden Recherchen zur Finanzierung der eigenen Schule sowie der eigenen Kommune angeregt.

  Im dritten und letzten Teil werden die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung im Vergleich zum Bundeshaushalt und einem Kürzungspakt der CDU-FDP-Regierung aus dem Jahr 2010 behandelt. Die Grundlage dazu bilden eine *Reuters-Meldung zum Banken-Rettungsfonds SoFFin von 2017 (M6)*, ein *Artikel aus der Frankfurter Rundschau zum Kürzungspaket von 2010 (M7)* und ein *Autorentext zu den Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung (M8)* auf Bundes- und Länderebene. Schließlich wird vorgeschlagen *die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017 (M9)* mit den Gesamtkosten der Bankenrettung zu vergleichen. Abschließend können die Lernenden ausgehend von *Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (M10)* überlegen, welche Staatsaufgaben ihnen für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig erscheinen und

wie sie die Gelder für die Bankenrettung in den vergangen Jahren auf den Bundeshaushalt verteilt hätten.

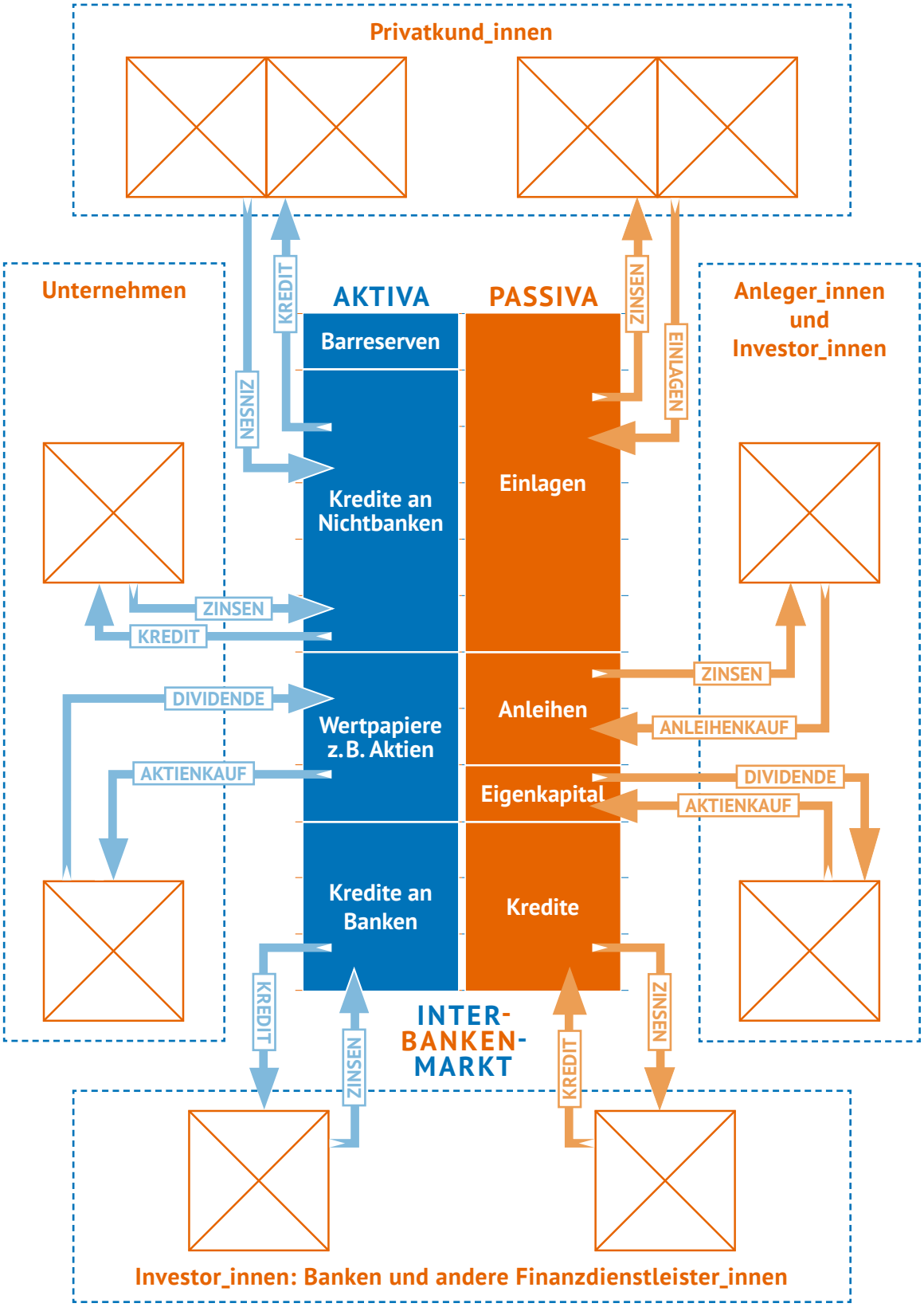
- In Arbeitsblatt III.3 (Was tun, wenn Banken pleitegehen?) wird vorgeschlagen, dass die Lerngruppe eine Beratung im Experten_innen-Rat des Finanzministeriums simuliert. Ausgangspunkt ist ein *Szenario einer neuen Finanzkrise (M1)*. Ausgehend davon werden vier Gruppen gebildet, die sich anhand von passenden Texten mit verschiedenen politischen Optionen befassen. Die Gruppe »Bail-out« bekommt einen Text zur *Bankenrettung in Deutschland 2008 (M2a)* sowie zur *US-Bankenrettung als Erfolgsmodell (M2b)*.

  Die Gruppe »Bail-in« beschäftigt sich mit einer *Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur künftigen Bankenabwicklung in der EU (M3)*. Die Gruppe »Vergesellschaftung« setzt sich mit einem Text aus der *Zeitschrift Emanzipation (M4a)* auseinander sowie mit einem Autorentext, der *Vergesellschaftung kritisch sieht (M4b)*. Die Gruppe »Banken pleitegehen lassen« liest schließlich mit einen *Artikel aus der tageszeitung – taz (M5)* zum Umgang von Island mit der Bankenkrise von 2008. Lerngruppen, die Schwierigkeiten im Umgang mit Original-Quellen haben, können alternativ auf die vier Kurztexte *Bail-out (M6)*, *Bail-in (M7)*, *Vergesellschaftung (M8)* und *Banken pleitegehen lassen (M9)* zurückgreifen. Nach der Arbeit in Kleingruppen tragen die Lernenden ihre Ergebnisse zusammen und geben als Experten_innen-Rat eine begründete Empfehlung ab, was die Regierung tun soll.

  Im zweiten Teil des Arbeitsblattes wird auf der Basis eines *Interviews mit dem Politikwissenschaftler Andreas Kallert (M10)* die Kategorie der Systemrelevanz hinterfragt. Dabei wird der Blick auf die Frage gerichtet, ob in einer neuen Krise die Banken mit Staatsgeldern gerettet würden. Diese Frage wird danach mit einem *Kommentar zur Rettung Italienischer Banken 2016 (M11)* weiter verfolgt. Abschließend wird vorgeschlagen, dass die Lernenden mögliche politische Alternativen zum Vorgehen der italienischen Regierung benennen. Zudem wird angeregt, dass sie ein Transparent und ein Flugblatt für eine fiktive Protestaktion gegen künftige Staatshilfen für die Deutsche Bank entwerfen und schließlich persönlich zur Frage der Bankenrettung Stellung nehmen. ▪

Wie funktioniert eine Bank?

M1 Wie funktioniert eine Bank?



INFO

Die Bankbilanz *Das Bankgeschäft[1] wird in der* ***Bankbilanz*** *abgebildet (siehe Schaubild M1). Eine Bilanz hat immer zwei Seiten – Aktiva und Passiva – die jeweils gleich groß sein müssen. Auf der* ***Aktiva-Seite*** *der Bankbilanz steht das Vermögen einer Bank. Das sind ihre* ***Reserven an Bargeld*** *und ihre Forderungen an Kund_innen. Forderungen sind* ***Kredite, die sie selbst vergeben hat*** *und die sie mit Zinsen zurückbekommt. Dazu kommen noch* ***Wertpapiere, die die Bank gekauft hat****, zum Beispiel Aktien, für die sie eine Dividende bekommt (→**AKTIEN UND DIVIDENDE**).*

Auf der ***Passiva-Seite*** *der Bankbilanz stehen die Verpflichtungen der Bank gegenüber ihren Kund_innen. Dazu zählen die* ***Einlagen*** *auf den Konten der Kund_innen. Einlagen sind zum Beispiel die Arbeitslöhne die Kund_innen von ihren Arbeitgeber_innen überwiesen bekommen. Das Geld wird auf dem Girokonto der Kund_innen gutgeschrieben und sie können es am Bankautomaten abheben. Ein anderes Beispiel sind Spareinlagen, die Kund_innen selbst auf ein Sparkonto eingezahlt haben. Auch diese Einlagen muss die Bank irgendwann zusammen mit den vereinbarten Zinsen zurückzahlen. Andere Forderungen ergeben sich aus* ***Anleihen*** *(→**ANLEIHE**), die die Bank an Investor_innen verkauft hat. Außerdem steht das* ***Eigenkapital*** *(→**EIGENKAPITAL**) auf der Passiva-Seite der Bankbilanz.*

Kredite und Zinsen *Das Hauptgeschäft einer Bank besteht darin Kredite zu vergeben, für die sie Zinsen bekommt. Kreditnehmende können Privatpersonen, Unternehmen oder andere Banken sein. Wenn die Bank einen Kredit vergibt, dann schafft sie dieses Geld neu und schreibt es den Kreditnehmenden auf deren Konto gut (Geldschöpfung). Die Kreditnehmenden müssen das Geld im vereinbarten Zeitraum mit Zinsen zurückzahlen. Mit der Rückzahlung verschwindet das neu geschöpfte Geld wieder und die Zinsen sind der Gewinn der Bank.*

Beispiel: Ein Kredit von 1000 Euro an eine Kundin verlängert die Aktiva (vergebene Kredite) und die Passiva (Einlagen der Kundin) jeweils um 1000 Euro. Wenn der Kredit ausgezahlt wird, verringern sich die Barreserven (Aktiva) und die Einlagen der Kundin (Passiva) um 1000 Euro. Wenn die Kundin den Kredit schließlich zurückzahlt, sinken auf der Aktiva-Seite die Kredite um 1000 Euro und die Barreserven steigen um 1000 Euro. Die geschöpften 1000 Euro Kredit sind wieder verschwunden. Die dafür gezahlten Zinsen erhöhen die Barreserven auf der Aktiva-Seite und im gleichen Umfang das Eigenkapital auf der Passiva-Seite.

→Eigenkapital *ist das, was übrig bleibt, wenn alle Verpflichtungen (Passiva) der Bank von ihren Forderungen (Aktiva) abgezogen werden. Es entsteht aus dem Geld, das die Eigentümer_innen der Bank eingezahlt haben und dem Gewinn der Bank, der nicht an sie ausbezahlt wurde. Ist die Bank eine Aktiengesellschaft, wird das Eigenkapital durch die Ausgabe von Aktien gebildet und die ausgeschüttete Dividende verringert das Eigenkapital (→**AKTIEN UND DIVIDENDE**). Verluste auf der Aktiva-Seite der Bilanz müssen mit Eigenkapital ausgeglichen werden. Wenn die Kundin den Kredit über 1000 Euro nicht zurückzahlen kann, muss er abgeschrieben werden. Das heißt, die 1000 Euro werden auf der Aktiva-Seite gestrichen und gleichzeitig werden auf der Passiva-Seite 1000 Euro Eigenkapital gestrichen.*

→Aktien und Dividende *Aktien sind Anteile einer Firma (einer Aktiengesellschaft, kurz AG). Wer eine Aktie von Daimler kauft, dem gehört ein ganz kleiner Teil dieses Konzerns. Die Firma finanziert ihre Geschäfte mit dem Geld, das sie für neu ausgegebene Aktien bekommt. Wenn sie später Gewinn macht, wird ein Teil davon als Dividende (Gewinnbeteiligungen) an die Aktionär_innen ausgezahlt. Wer Aktien besitzt, kann sie an der Börse weiterverkaufen.*

→Anleihe *Eine Anleihe ist ein Wertpapier mit einem Ausgabepreis, einer Laufzeit und einem Zinssatz. Beispiel: Eine Bank gibt eine Anleihe über 1000 Euro mit einer Laufzeit von einem Jahr und einem Zins satz von fünf Prozent. Dann bezahlt ein_e Käufer_in 1000 Euro und bekommt nach einem Jahr 1050 Euro zurück (1000 + 5 %). Die Anleihe kann in der Zwischenzeit aber auch an der Börse weiterverkauft werden. Wer die Anleihe am Ende der Laufzeit besitzt, bekommt die 1050 Euro von der Bank ausgezahlt.*

1 Ausgespart sind in dieser Darstellung die Beziehungen zwischen dem Bankensystem und der Zentralbank.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1a. Lesen Sie den Infotext zum Bankgeschäft und schauen Sie sich das zugehörige Schaubild (M1) an.
1b. Bilden Sie Zweiergruppen und ordnen Sie anhand der Rollenbeschreibungen die Personen oder Unternehmen im Schaubild ein.
1c. Tauschen Sie sich im Plenum über Ihre Zuordnungen aus.

REQUISITEN ROLLENBESCHREIBUNGEN

Irene wird in zwei Monaten ihren Arbeitgeber wechseln. Weil ihr neuer Arbeitsplatz etwas abgelegen ist und sie ihn nicht wie vorher mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen kann, braucht sie nun ein Auto. Um den Gebrauchtwagen, den sie im Auge hat, zu kaufen, muss sie sich Geld von der Bank leihen, weil sie wegen ihres bisherigen Arbeitslohns nicht viel sparen konnte, um es direkt zu bezahlen.

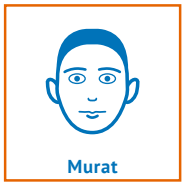
Pablo und Klaus haben vor kurzem endlich heiraten können und möchten nun ihr eigenes Haus bauen. Zusammen haben sie bereits 20.000 Euro gespart, aber sie brauchen insgesamt noch 300.000 Euro. Dafür nehmen sie einen Baukredit bei der Bank auf und müssen dafür regelmäßig einen monatlichen Betrag und die Zinsen zurückzahlen, die für diese Summe von der Bank verlangt werden.

Die **Bäckerei Landbrot** hat in den letzten Jahren immer mehr Backwaren verkaufen können und möchte deshalb eine größere Produktionsstätte bauen. Das Grundstück und das Gebäude hat sie schon, sie braucht aber einen Kredit, um das Gebäude so zu modernisieren, dass es den Bedingungen für die Lebensmittelherstellungentspricht. Hierfür hat sie einen Kredit bei der Bank aufgenommen.

Die **Stahl AG** hat kürzlich neue Aktien ausgegeben. Mit dem dafür eingenommen Geld finanziert sie neue Maschinen, damit sie bessere Vorprodukte an Hersteller von Autoteilen und an die Rüstungsindustrie liefern kann. Die Bank glaubt, dass die Stahl AG damit einen hohen Gewinn machen wird. Sie hat deshalb einen Teil der Aktien gekauft und hofft auf eine hohe Gewinnbeteiligung (Dividende).

Familie Müller hat ein Girokonto, auf dem die Gehälter der Eltern eingehen. Außerdem hat sie auch ein Sparbuch bei der Bank, um etwas Geld beiseite zu legen. Das kommt den Müllers gerade recht, weil die Waschmaschine kaputtgegangen ist. Mit einem Teil ihrer Ersparnisse können sie eine neue Maschine kaufen, ohne ihre Ausgaben für Miete, Essen, Fahrkarten und Freizeit einschränken zu müssen.

Murat ist 16 Jahre alt und hat zuletzt ein Girokonto eingerichtet, weil er selbst einen Schülerjob angenommen hat und das Geld, was er beim Zeitungaustragen verdient, überwiesen werden muss. Seine Eltern überweisen ihm jetzt auch sein Taschengeld monatlich auf das Konto, statt es ihm wie bisher wöchentlich zu geben, damit er sich das Geld selbst besser einteilen kann.



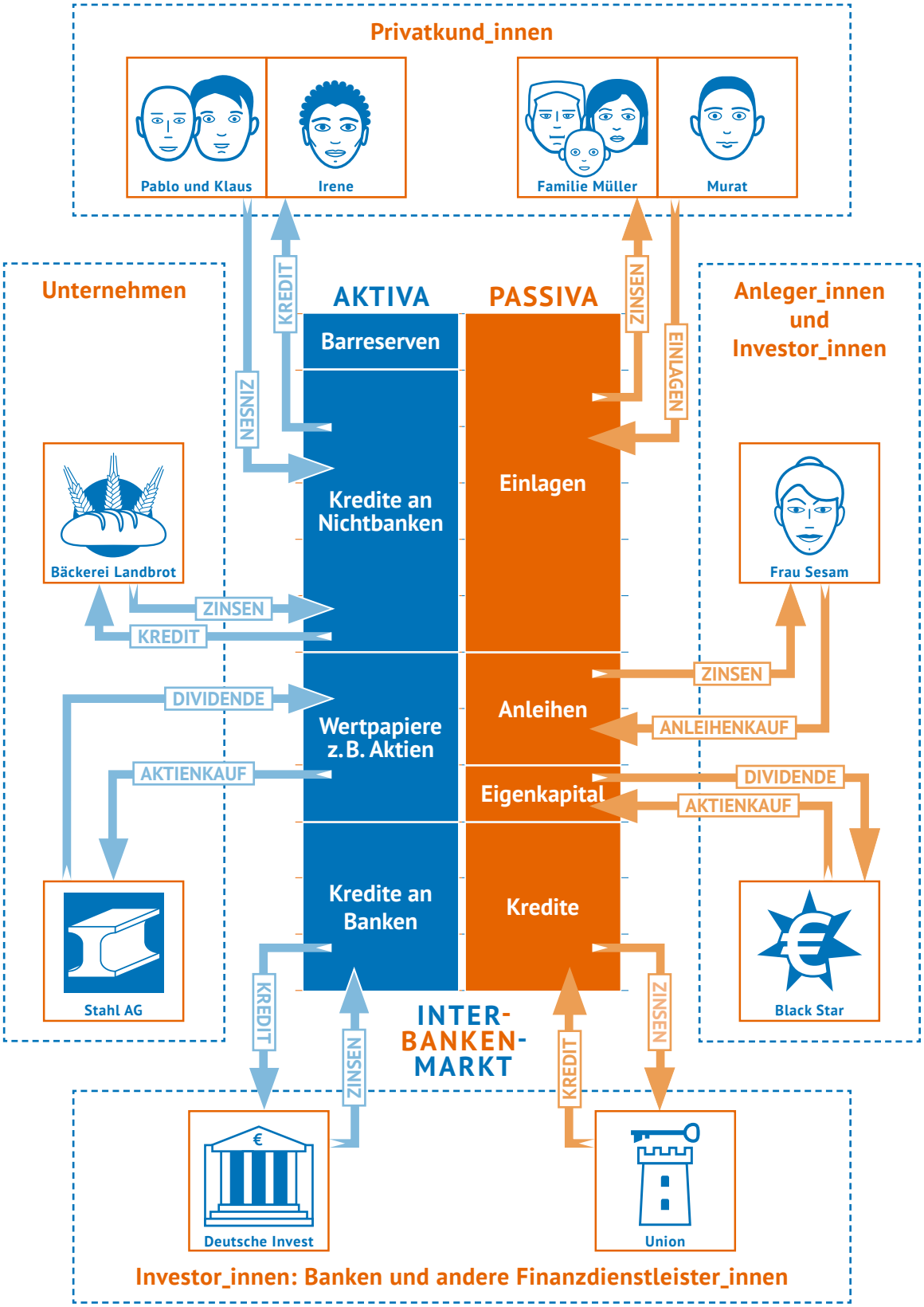
Frau Sesam ist eine der reichsten Personen auf der Welt. Mit Hilfe ihrer Vermögensverwaltung versucht sie das viele Geld so anzulegen, dass sie noch reicher wird. Sie investiert in Aktien von Unternehmen, in Immobilien und in andere Wertpapiere. Von einem Teil des Geldes kauft die Vermögensverwaltung Anleihen von Banken, die als relativ sicher gelten und feste Zinsen bringen.

Black Star ist eine große Vermögensverwaltung. Das Unternehmen sammelt Geld von reichen Leuten und von Unternehmen ein, um es gewinnbringend anzulegen. Black Star handelt mit allen Arten von Wertpapieren. Zuletzt hat das Unternehmen viele Aktien von Banken gekauft. Es geht davon aus, dass die Banken von einem kommenden Wirtschaftsaufschwung profitieren und hohe Dividenden auszahlen.

Die **Deutsche Invest** ist eine der größten europäischen Banken. Im Moment hat sie aber nicht genug Barmittel in ihrer Bilanz. Damit sie die gesetzlichen Vorgaben einhalten kann, leiht sie sich das Geld bei anderen Banken. Kurzfristig leihen sich Banken untereinander Geld zu einem festen Zinssatz und ohne Sicherheiten. So können sie ihre Kosten senken, sie sind dadurch aber auch eng miteinander verzahnt.

Als Versicherung verwaltet die **Union** hohe Geldsummen ihrer Kund_innen. Sie sucht nach gewinnbringenden, flexiblen und vor allem sicheren Anlagemöglichkeiten für das Geld. Einen Teil davon verleiht sie am Interbankenmarkt. Hier bekommt sie Anleihen als Sicherheit und marktübliche Zinsen für den Kredit. Oft laufen diese Kredite nur über 24 Stunden, werden aber regelmäßig erneuert.

M1 Lösungsblatt: Wie funktioniert eine Bank



ARBEITSVORSCHLÄGE

2. Lesen Sie den Infotext »Wie kann eine Bank pleitegehen?« und betrachten Sie das zugehörige Schaubild (M2).

2.1 Bilden Sie vier Gruppen: Privatkund_innen, Investor_innen, Banken und Unternehmen.

a. Betrachten Sie in Schaubild (M1), welche Beziehungen Ihre Gruppe zur Bank hat. Überlegen Sie anschließend, was die Pleite der Bank (Schaubild M2) für Ihre Gruppe bedeutet.

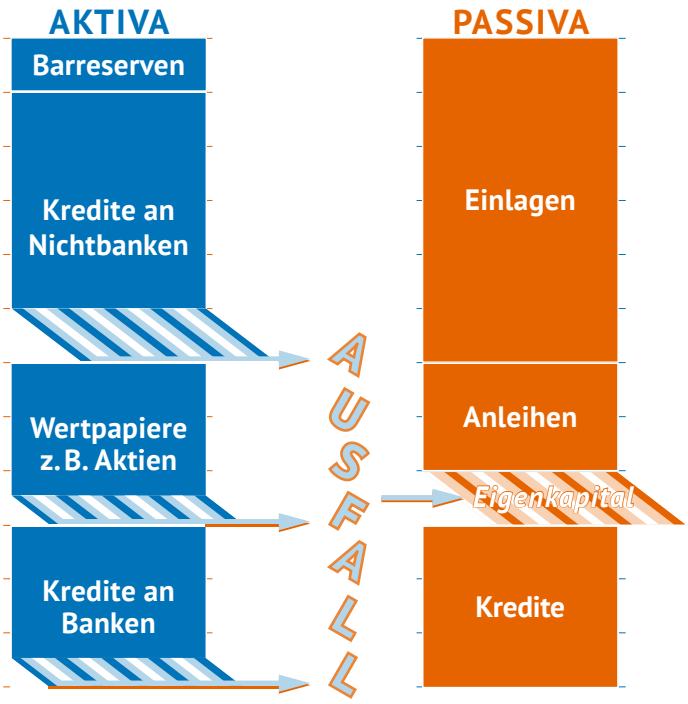
b. Tauschen Sie sich darüber aus, ob Ihre Gruppe Interesse daran hat, dass der Staat die Bank rettet, indem er ihr frisches Eigenkapital zur Verfügung stellt.

2.2 Tauschen Sie sich im Plenum über die Positionen aus, die Sie in den Gruppen erarbeitet haben.

INFO

Wie kann eine Bank pleitegehen? *Die beiden Seiten einer Bankbilanz müssen immer ausgeglichen sein. Wenn auf der Aktiv-Seite ein Kredit nicht zurückgezahlt wird, dann muss das auf der Passiv-Seite mit Eigenkapital ausgeglichen werden. Das gleiche gilt, wenn Aktien oder andere Wertpapiere im Besitz der Bank an Wert verlieren. Bei einem Verlust von 1000 Euro müssen 1000 Euro Eigenkapital »abgeschrieben« werden. Auf beiden Seiten der Bilanz werden 1000 Euro gestrichen. Auf der Passiv-Seite kann aber nur mit Eigenkapital ausgeglichen werden, denn Einlagen und Anleihen gehören ja nicht der Bank, sondern ihren Kund_innen. Wenn die Verluste auf der Aktiv-Seite so hoch sind, dass sie nicht mehr mit Eigenkapital der Bank ausgeglichen werden können, dann ist die Bank pleite, mit anderen Worten: Sie ist insolvent. Das Eigenkapital ist aufgebraucht (siehe Abbildung M2). Die Einlagen der Kund_innen sind durch gemeinsame Versicherungen der Banken und gesetzlich bis 100.000 Euro pro Person gesichert. Was darüber hinaus geht, sehen die Kund_innen vielleicht nicht wieder. Auch die Anleihen und die versprochenen Zinsen können nicht in voller Höhe zurückgezahlt werden. Kund_innen, die Kredite von der Bank bekommen haben, müssen diese aber weiter zurückzahlen. Die Insolvenzverwaltung wird versuchen, die Kreditverträge und die Wertpapiere zu verkaufen und aus den Gewinnen die Kund_innen und Geldgeber_innen der Bank so weit wie möglich auszuzahlen.*

M2 Wie kann eine Bank pleitegehen?



Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland

M1 Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet?

Während der globalen Finanzkrise 2008 hatten auch deutsche Banken Probleme. Viele hatten Wertpapiere gekauft, die plötzlich nichts mehr wert waren. Wenn eine Bank solche Verluste nicht mit Eigenkapital ausgleichen kann, ist sie pleite. In diesem Fall bekommen die nächsten Banken Probleme, denen die Pleite-Bank Geld geschuldet hat. Denn auch sie müssen diese Schulden dann aus ihrer Bilanz streichen und können so ebenfalls pleitegehen (»Domino-Effekt«). Deshalb misstrauten sich die Banken und liehen sich gegenseitig kaum noch Geld, obwohl das für das normale Funktionieren der Bankgeschäfte notwendig ist.

In dieser Situation hat die deutsche Regierung den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) geschaffen. Der SoFFin konnte Kredite aufnehmen und mit diesem Geld Banken unterstützen, die in Zahlungsschwierigkeiten waren. Wenn der Fonds dabei Verluste macht, dann müssen das letztlich wir Bürger_innen mit Steuergeldern bezahlen, die dann für andere Dinge fehlen.

Unterstützt wurde unter anderem die Commerzbank. Wie viel Geld hat der Staat dafür ausgegeben? Und wie hoch wird der Verlust am Ende für uns alle sein? Genau weiß das niemand, sagt selbst ein Gutachten vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages[1]. Aber mit den Zahlen, die im Gutachten zusammengetragen sind, lässt es sich zumindest grob berechnen.

2008 begann die Unterstützung der Commerzbank. In diesem Jahr hat der SoFFin ihr 8,2 Mrd. Euro geliehen. Für diese sogenannte »Stille Einlage« sollten 9 Prozent Zinsen pro Jahr gezahlt werden.

2009 wurde die Stille Einlage noch einmal um 8,2 Mrd. Euro erhöht. Außerdem hat der SoFFin für 1,8 Mrd. Euro Aktien der Commerzbank gekauft. Damit besaß der Staat 25 Prozent der Aktien und hatte eine Sperrminorität. Das heißt, dass seine Vertreter bei wichtigen Entscheidungen zustimmen mussten. Mit anderen Worten gehörte die Commerzbank jetzt zu einem Viertel dem Staat – sie war teilverstaatlicht.

2011 hat die Commerzbank 14,8 Mrd. Euro zurückgezahlt. Das Geld dafür hatte sie durch die Ausgabe neuer Aktien bekommen. Um seinen Aktienanteil von 25 Prozent (Sperrminorität) zu behalten, hat der Staat für 3,3 Mrd. Euro neue Aktien gekauft. Insgesamt hat er damit 5,1 Mrd. Euro für Aktien der Commerzbank ausgegeben.

2013 hat die Commerzbank die restlichen 1,6 Mrd. Euro der Stillen Einlage zurückgezahlt. Dazu hat sie wieder neue Aktien ausgegeben. Diesmal hat der Staat aber keine nachgekauft und damit seine Sperrminorität aufgegeben.

Die Aktien, die der SoFFin für insgesamt 5,1 Mrd. Euro gekauft hat, machen Ende 2017 noch einen Anteil von 15,6 Prozent aller Aktien der Commerzbank aus. Das sind rund 0,2 Mrd. Stück. Der Aktienkurs lag Ende 2017 bei 12,50 Euro pro Aktie. Das heißt, wenn der Staat die Aktien Ende Dezember verkauft hätte, dann hätte er rund 2,4 Mrd. Euro dafür bekommen. Damit hätte er mit den Aktien einen Verlust von 2,7 Mrd. Euro gemacht.

Zu dem Verlust aus dem Aktiengeschäft kommen die Kosten des Staates für das Geld, das er in die Bank gesteckt hat. Nehmen wir an, er hat dafür 2008 zehnjährige Staatsanleihen ausgegeben, für die er jährlich 3 Prozent Zinsen zahlen muss, und rechnen noch einen jährlichen Inflationsausgleich von 1 Prozent dazu. Dann hat der Staat in jedem Jahr vier Prozent des Geldes verloren, das er aktuell in die Bank gesteckt hat. Nach dieser groben Überblicksrechnung waren das bis Ende 2017 Kosten von 3,3 Mrd. Euro.

Dagegen stehen die Zinsen, die von Commerzbank gezahlt werden sollten. Die neun Prozent Zinsen für die Stille Einlage musste die Bank nur in Jahren zahlen, in denen sie Gewinn gemacht hat. Das war aber unter anderem wegen der Maßnahmen zur frühzeitigen Rückzahlung nur 2012 der Fall. Insgesamt hat die Commerzbank rund 1,4 Mrd. Euro an den Staat gezahlt. Neben Zinsen waren das hauptsächlich Gebühren und Entschädigung für entgangene Zinsen. Werden diese Zahlungen eingerechnet, bleibt unter dem Strich bisher immer noch ein Verlust von 4,6 Mrd. Euro für die Öffentlichkeit.

Kaum jemand bezweifelt, dass die Stabilisierung der Finanzmärkte 2008 sinnvoll war. Aber die Banken zu retten und die Kosten die Bevölkerung zahlen zu lassen, halten viele für den falschen Weg. Wie teuer es am Ende wird, ist auch 10 Jahre nach Ausbruch der Krise offen. Nicht nur im Falle der Commerzbank. ▪ Quelle: Autorentext

1 Staatliche Hilfen für die Commerzbank AG – Eine vorläufige Bilanz (WD 4 - 3000 - 052/17)

M2 Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank

Jahr	Stille Einlage		Aktien		Gesamt-investition des SoFFin	Geschätzte Kosten für das investierte Geld	Zahlung der Bank (u.a. Zinsen und Entschädigungen)
	Zahlung und Rückzahlung	Höhe der Einlage	An- und Verkauf	Summe bisherige An- und Verkäufe			
2008	8,2	8,2			8,2	0,3	
2009	8,2	16,4	1,8	1,8	18,2	0,7	0,2
2010		16,4		1,8	18,2	0,7	
2011	-14,8	1,6	3,3	5,1	6,7	0,3	1
2012		1,6		5,1	6,7	0,3	0,1
2013	-1,6	0		5,1	5,1	0,2	0,1
2014				5,1	5,1	0,2	
2015				5,1	5,1	0,2	
2016				5,1	5,1	0,2	
2017				5,1	5,1	0,2	
Summe	0	–	5,1	–	–	3,3	1,4

Gerundete Milliarden Euro, jeweils auf ganze Jahre gerechnet

ARBEITSVORSCHLÄGE

1.1 Lesen Sie M1. Gehen Sie anschließend folgenden Fragen zur Tabelle (M2) nach:
- Was bedeuten die Zahlen in den einzelnen Spalten der Tabelle?
- Wie hoch ist laut M1 der Verlust, den der Staat mit der Unterstützung der Commerzbank gemacht hat?
- Wie berechnet sich diese Zahl?

1.2 Berechnen Sie, wie viele Zinsen der Staat bekommen hätte, wenn die Commerzbank für die »Stillen Einlagen« tatsächlich neun Prozent Zinsen pro Jahr gezahlt hätte.

1.3 Vergleichen Sie Ihr Ergebnis mit dem Betrag, den die Bank tatsächlich an den Staat bezahlt hat. Wie erklären Sie sich den Unterschied?

1.4 Überlegen Sie, warum die Vertreter_innen des Staates der Rückzahlung unter diesen Bedingungen zugestimmt haben. Wie beurteilen Sie das?

1.5 Recherchieren und berechnen Sie, wie sich die Ausgaben für die Unterstützung der Commerzbank seit Anfang 2018 weiterentwickelt haben. Berücksichtigen Sie bei der Recherche die folgenden Fragen:
- Hat der Staat Dividendenzahlungen von der Commerzbank bekommen?
- Hat der Staat Aktien verkauft und wenn ja, zu welchem Preis und wie viele hält er noch?
- Wie hoch ist derzeit der Preis pro Aktie?
- Wie viele Zinsen werden für eine 10-jährige deutsche Staatsanleihe pro Jahr fällig, die im Januar 2018 ausgegeben wurde?
- Wie hoch war die durchschnittliche Inflationsrate seit Anfang 2018?

Mögliche Quellen sind unter anderem die Berichte auf der Seite des SoFFin (https://www.deutsche-finanzagentur.de/de/finanzmarkt-stabilisierung), die Geschäftsberichte der Commerzbank (https://www.commerzbank.de) und das Statistische Bundesamt (https://www.destatis.de).

1.6 Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einem Kurzvortrag dar.

M3 Lehrkräftemangel an Grundschulen

In Deutschland wurde die bildungspolitische Debatte lange Zeit von der Meinung beherrscht, eine Verbesserung der Schulbildung könnte ohne stärkere Investitionen erreicht werden. Begründet wurde dies mit einem Rückgang der Schülerzahlen. Gegenwärtige Hochrechnungen zeichnen jedoch ein anderes Bild, denn die Schülerzahlen an hessischen Grundschulen steigen seit 2014.

Zu Schulbeginn im Herbst 2017 konnten an hessischen Grundschulen 100 Stellen nicht besetzt werden. Laut einer Prognose der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wird es an Grundschulen bis zum Jahr 2025 28.000 Schülerinnen und Schüler mehr geben. Der Anstieg der Geburtenzahlen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Es müssten folglich rund 1.700 Lehrkräfte für die Primarstufe eingestellt werden, um die Kinder ausbilden zu können.

Bundesweit müssten den Prognosen entsprechend bis 2030 gar 42.800 zusätzliche Lehrkräfte für Grundschulen eingestellt werden. Gerade in Hinblick auf die Forderungen nach einer höheren Bildungsqualität bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitsbelastungen von Lehrkräften wird der dringende Handlungsbedarf seitens der Politik sichtbar.

Das Bruttogehalt von Grundschullehrer_innen beträgt je nach Berufsjahren zwischen 3198,26 und 4271,28 Euro pro Monat. Durchschnittlich zahlt das Land Hessen für eine_n Grundschullehrer_in also rund 55.000 Euro mit Sozialausgaben pro Jahr. Bei Gymnasiallehrer_innen liegt das monatliche Gehalt zwischen 3722,64 und 4754,32 Euro. Das sind jährlich rund 62.000 Euro mit Sozialabgaben. ▪ Quelle: Autorentext in Anlehnung an den Artikel »Lehrkräftemangel in Hessen« von Roman George, in *HLZ – Zeitschrift der GEW Hessen* (4/2018)

ARBEITSVORSCHLÄGE

2. Lesen Sie M3 und vergleichen Sie die Kosten für Lehrkräfte mit den 4,5 Milliarden Euro Verlust, die der Staat bei der Rettung der Commerzbank gemacht hat (M1). Gehen Sie folgenden Fragen nach:

- Wie lange könnten die fehlenden Grundschullehrkräfte mit den 4,5 Milliarden Euro bezahlt werden?
- Wie viele Lehrkräfte für Gymnasien könnten mit 4,5 Milliarden Euro für ein Schuljahr eingestellt werden?

M4 Schulstreik in Kassel

Vor dem Kasseler Rathaus versammelten sich am Vormittag des 11. Dezember 2017 mehrere Hundert Schülerinnen und Schüler, um mit einer Demonstration auf die maroden Zustände ihrer Schulen öffentlich aufmerksam zu machen. Initiiert wurde der Schulstreik vom Bündnis »Unsere Zukunft erkämpfen«.

Zuvor hatte das Bündnis über soziale Netzwerke in einem Video und Beiträgen verlauten lassen, es fehle an modernen sowie funktionstüchtigen Unterrichtsmaterialien und die Gebäude der Kasseler Schulen seien in renovierungsbedürftigen Zuständen. Mit der Demonstration wollen die Schülerinnen und Schüler die Verantwortlichen der Stadt Kassel auffordern, mehr finanzielle Mittel für die Instandhaltung der Schulgebäude in die Hand zu nehmen. In einer Pressemitteilung des Bündnisses »Unsere Zukunft erkämpfen« vom 9. Dezember 2017 ist zu lesen: »Die Stadt entzieht sich der Verantwortung, selbst Geld in die Hand zu nehmen und die Mittel für die Sanierung der Schulen frei zu machen – im eigentlichen Haushalt sind nur rund 2,7 Millionen Euro vorgesehen. Das lässt darauf schließen, dass aus Eigeninitiative des Magistrats wenig passieren würde und die Ausgaben möglichst klein gehalten werden sollen. Deshalb ist unser Protest so wichtig!« ▪ Quelle: Autorentext

Demo von Schüler_innen am 11. Dezember 2007 in Kassel
Fotograf: Uwe Zucchi (dpa)

ARBEITSVORSCHLÄGE

3. Lesen Sie den Artikel M4 zum Schulstreik in Kassel und gehen Sie in Gedanken durch Ihre Schule. Was fehlt in den Unterrichtsräumen? Wo sollte das Gebäude umgebaut werden? Fehlen Arbeitsmaterialien oder besondere Räumlichkeiten? Was müsste dringend repariert, ersetzt oder neu angeschafft werden?

3.1 Befragen Sie Ihre Schulleitung anhand der folgenden sowie selbst entwickelter Fragen:

- Was kostet der Betrieb Ihrer Schule in einem Jahr und auf welche Posten verteilen sich die Ausgaben?
- Wofür wurde in den letzten Jahren am meisten Geld ausgegeben und was hat das gekostet?
- Stehen größere Projekte an, für die derzeit kein Geld da ist (welche und was würde das kosten)?
- Wie viele Lehrkräfte arbeiten an Ihrer Schule und was kostet eine Lehrkraft den Staat in einem Schuljahr durchschnittlich?

3.2 Vergleichen Sie die Kosten für Ihre Schule mit den 4,5 Milliarden Euro Verlust, die der Staat bei der Rettung der Commerzbank gemacht hat (M1).

a. Berechnen Sie, für wie viele Jahre die Gehälter der Lehrkräfte Ihrer Schule mit 4,5 Milliarden Euro gezahlt werden könnten.

b. Summieren Sie die Kosten für größere Projekte an Ihrer Schule und berechnen Sie, an wie vielen Schulen diese Projekte für 4,5 Milliarden Euro umgesetzt werden könnten.

M5 Kommunale Haushalte: Ausgaben der Stadt Kassel für Bildungs- und Kultureinrichtungen

Die Stadt Kassel liegt in Nordhessen und hat fast 200.000 Einwohner. Das Schulverwaltungsamt der Stadt ist für die rund 60 Schulen im Kasseler Stadtgebiet zuständig. Zu den Aufgaben des Schulverwaltungsamts gehören der Bau, die Unterhaltung und die Ausstattung der Schulen mit Lehrmaterialien, die Abrechnung mit anderen Schulträgern und die Organisation der Schülerbeförderung. Bei einem überwiegenden Teil dieser Aufgaben wird die Stadt durch Investitionsprogramme des Landes Hessen und des Bundes unterstützt. Auch das Kulturamt der Stadt Kassel sieht für das Jahr 2018 eine Reihe von Investitionen und Bezuschussungen von sozialen Projekten vor. Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Zahlen stellen eine Auswahl an Ausgabe- und Zuschussposten für Kasseler Bildungs- und Kultureinrichtungen dar, die im Haushaltsplan 2018 der Stadt aufgeführt sind. ▪ Quelle: Autorentext

AUSWAHL VON AUSGABE- UND ZUSCHUSSPOSTEN DER STADT KASSEL FÜR DAS JAHR 2018

Posten/Objekt	Zweckbestimmungen und Ziele	Kosten in €
Café Libre	Stadtteilbezogene Freizeit- und Bildungsangebote für Jugendliche im Alter von 12 bis 19 Jahren	**15.090***
Schule am Heideweg	Neubau Mensa, Erweiterung Hort/Ganztag	**2.750.000****
KITA Brückenhof	Sanierung und U3-Ausbau	**1.270.000***
Grundschule Waldau	Energetische Sanierung Dach, Fenster, Fassade, Heizung und Lüftung	**2.807.000***
Wilhelms-gymnasium	Dach- und Fassadensanierung	**625.000***
Martin-Luther-King-Schule	Energetische Dach- und Fassadensanierung Aula-Anbau	**1.493.000***
Sporthalle Königstor	Energetische Sanierung Dach und Fassade, Heizung und Lüftung	**2.800.000***
Kulturzentrum Schlachthof	Sanierung und Erweiterung 2017 und 2018, Eigenbeteiligung der Stadt mit 620.000 €	**3.800.000***
Dreifelderhalle am Auepark	Neubau in Kooperation mit Land und Uni Kassel, Eigenbeteiligung der Stadt mit 250.000 €	**5.100.000**
Rote Rübe	Mobile Freizeitangebote für Kinder in Kasseler Stadtteilen	**49.270***

*Bund **Land Hessen

Quelle: http://www.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms01/07-infosundservice/haushalt/haushaltsplan_2018.pdf

ARBEITSVORSCHLÄGE

4. Lesen Sie den Auszug aus dem Haushaltsplan der Stadt Kassel (M5).

4.1 Recherchieren Sie im Haushalt Ihrer Kommune nach den jährlichen Ausgaben für zehn verschiedene öffentliche Zuständigkeitsbereiche Ihrer Wahl (z.B. Bildungseinrichtungen).

a. Suchen Sie aus diesen Bereichen anschließend je einen konkreten Kostenpunkt aus (z.B. Sanierung eines Schulgebäudes).

b. Wählen Sie wie in der Tabelle in M5 zehn exemplarische Posten aus und halten Sie die dafür veranschlagten Kosten fest.

4.2 Wie M1 zu entnehmen ist, hat die Rettung der Commerzbank den deutschen Staat rund 4.5 Milliarden € gekostet. Vergleichen Sie dies mit den in der Tabelle in M5 aufgeführten Haushaltsposten der Stadt Kassel oder mit den von Ihnen recherchierten Haushaltsposten Ihrer Kommune. Berücksichtigen Sie bei Ihrer Betrachtung folgende Fragen:

- Wie viele Dreifelderhallen könnten in Deutschland mit dem Geld gebaut werden?
- Wie viele Freizeit- und Jugendeinrichtungen (wie z.B. »Café Libre« aus Kassel) könnten über ein Jahr hinweg gefördert werden?
- An wie vielen Schulen (wie z.B. am Wilhelmsgymnasium in Kassel) in Deutschland könnte eine Dach- und Fassadensanierung durchgeführt werden?

M6 Banken-Rettungsfonds: Gewinn nur Tropfen auf dem heißen Stein

Trotz Gewinn im letzten Jahr soll der deutsche Banken-Rettungsfonds auch zehn Jahre nach der Finanzkrise noch einen Milliardenverlust machen. Der Fehlbetrag summiert sich mittlerweile auf mehr als 20 Milliarden Euro.

Zehn Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise zeichnet sich für den staatlichen Banken-Rettungsfonds in Deutschland immer noch ein Verlust von mehr als 20 Milliarden Euro ab. Bis Ende 2016 sei ein Fehlbetrag von 22,5 Milliarden Euro aufgelaufen, teilte die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) am Freitag in Frankfurt mit.

Im vergangenen Jahr stand ein Gewinn von 98,6 (Vorjahr: minus 685) Millionen Euro zu Buche, obwohl der Rettungsfonds (SoFFin) nach Kursverlusten nochmals fast 600 Millionen Euro auf seine Beteiligungen an der Commerzbank und der Deutschen Pfandbriefbank (pbb) abschreiben musste. Die Dividende der Commerzbank von 39 Millionen Euro machte das nicht wett.

Die Anteile an der Commerzbank (15 Prozent), an der pbb als Nachfolgerin der Hypo Real Estate (20 Prozent) und an Portigon als Nachfolger der West LB stehen beim Banken-Rettungsfonds noch mit zusammen 1,6 Milliarden Euro in den Büchern. Dabei stecken allein 14,6 Milliarden Euro Kapital aus dem Fonds in den drei Instituten. […] Für wie viel Geld der deutsche Steuerzahler am Ende aufkommen muss, wird sich aber erst nach der – nicht absehbaren – Abwicklung des Fonds zeigen. ▪ Quelle: © Nachrichtenagentur Reuters, veröffentlicht im *Handelsblatt* vom 28.04.2017

M7 Wen das Sparpaket einschnürt

Die Bundesregierung will bis 2014 insgesamt 80 Milliarden Euro sparen.

[…] Hartz-IV-Empfängern soll das Elterngeld komplett gestrichen werden. »Für die Empfänger von Arbeitslosengeld II ist der Grundbedarf durch die Regelsätze und die Zusatzleistungen gesichert. Die zusätzliche Gewährung von Elterngeld in Höhe von 300 Euro für Bezieher von Arbeitslosengeld II verringert den Lohnabstand. Es sei daher – analog zur Regelung beim Kindergeld – vertretbar, zukünftig kein Elterngeld für die Bezieher von Arbeitslosengeld II vorzusehen, heißt es dazu im Beschluss der Bundesregierung. Der Bund spart durch diese Streichung 400 Millionen Euro im Jahr.

Zudem entfällt das bisher gezahlte Übergangsgeld vom Arbeitslosengeld I zum ALG II. Bisher werden Alleinstehenden im ersten Jahr bis zu 160 Euro monatlich gezahlt, im zweiten bis zu 80 Euro. Für Verheiratete gibt es maximal das Doppelte. Das Einsparvolumen beläuft sich 200 Millionen Euro.

Der aus Steuern bezahlte Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose soll ebenfalls entfallen, womit der Bund 1,8 Milliarden Euro einspart. Bisher entsteht pro Jahr Hartz-IV-Bezug ein Rentenanspruch von monatlich 2,09 Euro.

Die Koalition will zudem bei der Bundesagentur für Arbeit Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umwandeln – etwa bei Eingliederungshilfen für Jobsuchende. Dies soll den Anreiz zur Annahme einer Arbeit erhöhen. Insgesamt sollen Bund und Bundesagentur für Arbeit auf diese Weise bis 2014 bis zu fünf Milliarden Euro sparen. […]

Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger wird ersatzlos gestrichen. Je nach Haushaltsgröße werden derzeit Pauschalbeträge zur Miete, die für die Wohngeldhöhe maßgeblich sind, hinzugerechnet. Bei Einpersonenhaushalten sind es 24 Euro, bei Zweipersonenhaushalten 31 und für jedes weitere Familienmitglied 6 Euro im Monat. Mit der Kürzung spart der Bund Kosten von 100 Millionen Euro im Jahr. ▪ Quelle: *Frankfurter Rundschau* vom 07.06.2010, © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH

ARBEITSVORSCHLÄGE

5.1 Vergleichen Sie die Kürzungspläne der Bundesregierung im sozialen Bereich aus dem Jahr 2010 (M7) mit den bisherigen Kosten des deutschen Bankenrettungsfonds (M6). Wie hoch sind die Gesamtkosten derzeit? Welcher Betrag sollte im sozialen Bereich eingespart werden?

5.2 Vergleichen Sie einzelne Posten des Kürzungspaketes (M7) mit der Unterstützung der Commerzbank (M1, M2).

5.3 Bewerten Sie das Verhältnis zwischen den Kürzungen und den Kosten der Bankenrettung.

M8 Die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung

Die Bankenrettung in Deutschland war ein Verlustgeschäft für die Bürger_innen. Eine genaue Übersicht über die Zahlen hat anscheinend niemand. Aber nach Angaben in verschiedenen Medienberichten dürften die Gesamtkosten für Bund und Länder derzeit bei 66,5 Milliarden Euro liegen (siehe Tabelle). Der Bankenrettungsfonds SoFFin hat bislang ein Minus von 22,5 Milliarden Euro gemacht. Weitere 10 Milliarden Euro Verlust hat die staatliche Förderbank KfW als Großaktionärin in die Mittelstandsbank IKB gemacht. Dazu kommen die Kosten der Bundesländer für die Rettung ihrer Landesbanken (Sachsen LB, West LB, Bayern LB, HSH Nordbank und Landesbank Baden-Württemberg), die zusammen 34 Milliarden Euro ergeben. ▪ Quelle: Autorentext

Bank	Kosten in Mrd. Euro	Quelle
diverse (SoFFin)	22,5	Handelsblatt, 28.04.2017
Deutsche Industriebank – IKB	10	Tagesspiegel, 29.07.2017
HSH Nordbank	13	Die Welt, 27.02.2018
West LB	10	Spiegel Online, 26.09.2014
Bayern LB	7	Augsburger Allgemeine, 14.07.2017
Landesbank Baden Württemberg	2,5	Spiegel Online, 26.09.2014
Sachsen LB	1,5	MDR, 17.08.2018
	Summe 66,5	

M9 Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017

Der aktuelle Bundeshaushalt zeigt, wie der Staat das Geld verteilt, das ihm zur Verfügung steht. Die Ausrichtung des Haushaltes hängt stets von den Vorstellungen der jeweiligen Regierung über gesellschaftliche Entwicklungen ab. Der Haushalt ist daher Gegenstand politischer Debatten und wird von unterschiedlichen Akteuren des Politikbetriebs verteidigt, kritisiert oder bemängelt. In der nachfolgenden Tabelle M1 sind die zehn größten Posten des Bundeshaushaltes 2017 aufgelistet. ▪ Quelle: Autorentext

Kosten in Mrd. Euro	Ressort	Anteil in Prozent
98,3	Bundesministerium für Arbeit und Soziales I: Renten	29,87
37,3	Bundesministerium für Arbeit und Soziales II: Arbeitslosengeld	11,33
37,0	Bundesministerium der Verteidigung	11,24
2,9	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8,48
20,0	Bundesschuld	6,07
17,6	Bundesministerium für Bildung und Forschung	5,36
15,2	Bundesministerium für Gesundheit	4,61
11,2	Allgemeine Finanzverwaltung	3,40
9,5	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2,89
53,1	Alle anderen Ausgaben des Bundes zusammen	16,14

Quelle: https://www.bundeshaushalt-info.de (22.03.18)

M10 Stichworte aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Alle Menschen haben das Recht auf … Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität … Freiheit von Diskriminierung … Leben und Sicherheit der Person … Verbot von Sklaverei und Folter … Gleichheit vor dem Gesetz … Rechtsschutz … Schutz vor Verhaftung und Ausweisung … ein faires Gerichtsverfahren … Garantie der Unschuldsvermutung … Schutz der Privatsphäre … Bewegungsfreiheit … Asyl … Staatsangehörigkeit … Eheschließung und Familie … Eigentum … Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit … Meinungs- und Informationsfreiheit … Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit … Wahlrecht und Demokratieprinzip … soziale Sicherheit … angemessene Arbeit und Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft … Erholung und Freizeit … einen angemessenen Lebensstandard einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen … Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und im Alter … Bildung … Teilnahme am kulturellen Leben in der Gemeinschaft (Kunst und Wissenschaft) … eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die angeführten Rechte voll verwirklicht werden. ▪

ARBEITSVORSCHLÄGE

6. Verschaffen Sie sich einen kurzen Überblick über die Gesamtkosten der Bankenrettung für den deutschen Staat (M8) sowie über die Ausgaben des Haushalts der Bundesrepublik Deutschland (M9 oder online auf https://www.bundeshaushalt-info.de).

6.1 Sammeln Sie mindestens zehn Aufgaben des Staates auf Karten (eine Karte pro Aufgabe). Lassen Sie sich dabei von den Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (M10) anregen. Rahmen Sie drei Karten ein, die für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig sind. Begründen Sie ihre Auswahl.

6.2 Stellen Sie sich vor der Staat hätte das Geld, das er in den vergangenen 10 Jahren für die Bankenrettung ausgegeben hat (M8), für andere Dinge zur Verfügung. Wie würden Sie jährlich rund 6,5 Milliarden Euro im Bundeshaushalt auf die Ressorts verteilen? Begründen Sie Ihre Entscheidungen und diskutieren Sie diese im Plenum.

Was tun, wenn Banken pleitegehen?

ARBEITSVORSCHLÄGE

Ihre Schulklasse oder Gruppe ist der Expert_innen-Rat des Finanzministeriums. Wenn das Ministerium eine Entscheidung zu treffen hat, hört es sich stets Ihre Einschätzung an. So auch im folgenden Fall, der Ihnen in streng geheimen Akten des Ministeriums mitgeteilt wird.

1. Lesen Sie M1, besprechen Sie den Fall und klären Sie eventuelle Verständnisfragen.

2. Teilen Sie Ihren Expert_innen-Rat in vier Gruppen auf und weisen Sie jeder Gruppe eine Handlungsmöglichkeit zu (Bail-out, Bail-In, Vergesellschaftung, pleitegehen lassen). In den Gruppen prüfen Sie anhand der entsprechenden Informationstexte (M2 bis M5, oder alternativ die Kurztexte M6 bis M9) die jeweilige Option und gehen dabei den Fragen nach:

- Wie funktioniert diese Option bzw. wie würde sie in der Realität ablaufen?
- Für wen ist diese Option sinnvoll und warum?
- Welche Risiken birgt diese Option?

3. Stellen Sie Ihre untersuchten Optionen vor.

4. Besprechen Sie im Expert_innen-Rat mögliche Vor- und Nachteile.

5. Geben Sie als Expert_innen-Rat eine begründete Empfehlung ab: Was soll die Regierung tun?

M1 Eine neue Finanzkrise?

Eine große Bank Ihres Landes ist in Schwierigkeiten. Die Bank hat zwei große Bereiche. Zum einen gehören viele Kleinsparer_innen zu ihrer Kundschaft (klassische Bankengeschäfte). Zum anderen handelt sie mit Wertpapieren (spekulative Handelsgeschäfte). Bei einem intern durchgeführten Stresstest[1] hat die Bank festgestellt, dass ein großer Teil der spekulativen Papiere in den nächsten Monaten stark an Wert verlieren könnte (faule Papiere). Daraufhin wollte die Bank sich von diesen Bereichen durch Weiterverkauf trennen, fand jedoch keinen Käufer. Gleichzeitig führten die erfolglosen Verkaufsversuche der Bank dazu, dass der Aktienkurs der Geschäftsbank innerhalb weniger Wochen auffällig fiel. Innerhalb der Bank ist nun eine gewisse Panik ausgebrochen. Man nimmt an, dass sich hier inoffiziell bereits die nächste Finanzkrise anbahnt, da die faulen Papiere von der Finanzbranche zunehmend als solche identifiziert werden und das gegenseitige Misstrauen insbesondere innerhalb des Interbankensektors zunimmt.

Die Bank hat sich nun mit ihrem Anliegen an den Staat gewandt. Sie ist in Sorge, dass ihr Eigenkapital im Falle des Ausbruchs einer neuen Finanzkrise nicht ausreichen werde, um den Zins- und Rückzahlungs-Verpflichtungen gegenüber ihren Einlegern (private Personen und Unternehmen) und gegenüber anderen Banken (auf dem Interbanken-Sektor) nachkommen zu können. Die Bank bittet die Politik deshalb darum, dass der Staat große Aktien-Anteile der Bank kaufen möge, um ihr Eigenkapital zu erhöhen sowie eine Bürgschaft über die bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Bank zu unterzeichnen.

Das Finanzministerium nimmt das Anliegen der Bank sehr ernst, weil es diese Bank als »too big to fail« ansieht, also zu groß um Bankrott gehen zu dürfen. Man befürchtet im Falle einer Pleite dieser Bank, dass daraufhin weitere Banken in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten, weil sie auf Rückzahlungen dieser Bank verzichten müssten. Es könnte innerhalb der Finanzwelt eine Kettenreaktion in Gang gesetzt werden, die letztlich zu einer Finanzkrise führen würde, weil immer mehr Banken in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnten. Diese Kettenreaktion könnte sich weiter ausweiten und dazu führen, dass private Personen und Unternehmen keine Kredite mehr von Banken erhalten würden, sodass neben der Finanzkrise auch eine Wirtschaftskrise entstehen könnte (Privatpersonen könnten weniger konsumieren und Unternehmen weniger investieren). Zudem sieht man die Gefahr neuerlicher Währungskrisen und Staatskrisen samt der Zahlungsunfähigkeit von Staaten.

Um all diese Risiken auf bestmöglichem Wege zu vermeiden, bittet das Finanzministerium den Expert_innen-Rat zu prüfen, welche Handlungsempfehlung er dem Staat geben würde. Seine Aufgabe ist es in diesem Fall also, die theoretischen Möglichkeiten der Politik zu prüfen und eine Handlungsempfehlung auszusprechen und zu begründen. ▪ Quelle: Autorentext

1 Ein Banken-Stresstest ist ein Übungsalarm, bei dem so getan wird, als wäre eine neuerliche Finanzkrise mit Zahlungsausfällen eingetreten.

M2a Option Bail-out I: Bankenrettung in Deutschland 2008

Im Oktober 2008 hat die deutsche Regierung ein 480 Milliarden Euro schweres Hilfspaket für die deutschen Banken beschlossen. Abgewickelt wurden die Hilfen über den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin).

Der Fonds konnte Bürgschaften von bis zu 400 Milliarden Euro vergeben. Damit sollte den Banken garantiert werden, dass sie Geld, das sie an andere Banken verleihen, auf jeden Fall zurück bekommen. Solche Geschäfte sind wichtig für das normale Funktionieren der Banken. Nach dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise war der Interbanken-Markt aber fast zusammengebrochen, weil sich die Banken gegenseitig nicht mehr trauten. Es wurde befürchtet, dass die Banken dann auch keine Kredite an Unternehmen und Konsument_innen mehr vergeben.

Neben den Garantien konnte der SoFFin den Banken aber auch direkt Geld zur Verfügung stellen. Bis zu 80 Milliarden Euro waren dafür vorgesehen. Für eine einzelne Bank konnten bis zu zehn Milliarden Euro eingesetzt werden. Mit diesen Hilfen konnten die Banken ihr Eigenkapital erhöhen. Das ermöglichte ihnen die Vergabe neuer Kredite. Mehr Eigenkapital erhöht außerdem auch die Kreditwürdigkeit gegenüber anderen Banken. Bis zu einer Summe von fünf Milliarden Euro konnte der Fonds außerdem »faule« Kredite oder Wertpapiere von einer Bank übernehmen.

Banken, die Hilfen bekommen wollten, mussten dem Staat aber bei einigen Punkten mitentscheiden lassen: Bei der Verwendung der Gelder, der Höhe von Gewinnausschüttungen und von Managergehältern sowie allgemein bei der künftigen Ausrichtung der Geschäfte. Die Hilfen sollten den Banken aber auch nicht geschenkt werden. Für die Garantien sollten sie Gebühren zahlen und die direkten Hilfen sollten verzinst werden. Tatsächlich waren die Bedingungen aber so, dass zum Beispiel die Commerzbank nur sehr wenig für die Hilfsgelder gezahlt hat. Insgesamt hat der SoFFin bis Ende 2016 einen Verlust von 22,5 Milliarden Euro gemacht. ▪ Quelle: Autorentext

M2b Option Bail-out II: Die US-Bankenrettung als Erfolgsmodell

Von John F. Kennedy stammt der Satz, dass in der Politik Erfolge hundert Väter haben. Während Niederlagen Waisen zurücklassen. Im Fall der Rettung der amerikanischen Banken verhält es sich kurioserweise umgekehrt. Kaum jemand möchte sich heute mit dem eilig aufgesetzten »Troubled Asset Relief Program« (TARP) in Verbindung bringen lassen. Dieses hatte der damalige Finanzminister Henry Paulson auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Herbst 2008 aus dem Boden gestampft.

Als die US-Kreditmärkte nach dem Lehman-Zusammenbruch praktisch über Nacht einfroren und die Wirtschaft zum Stillstand brachten, bastelten Paulsons Experten an einem 700 Milliarden US-Dollar schweren Rettungsfonds. […] Statt im großen Stil Giftpapiere aufzukaufen, verabreichte Paulson den Banken Finanzspritzen. Die Regierung erhielt im Gegenzug Aktien.

Geld floss auch an den weltweit größten Versicherer AIG […].

»Es hat funktioniert«, bilanzierte im Frühjahr der für das TARP-Programm zuständige Experte im Finanzministerium, Timothy Massad, vor dem US-Kongress. Eine Einschätzung, die von unabhängigen Analysten geteilt wird. […] Während die Amerikaner landläufig glauben, der Staat habe die 700 Milliarden US-Dollar ausgegeben, belaufen sich die tatsächlichen Kosten auf rund 49 Milliarden US-Dollar. Bei den Banken machte das Finanzministerium beim Verkauf der vom Staat übernommenen Anteile sogar einen Gewinn von sieben Milliarden Dollar. […] ▪ Quelle: © Thomas Spang in *Frankfurter Rundschau* vom 24.10.2011

M3 Option Bail-in

Wiederholte Bankenrettungen haben […] zu einem Anstieg der öffentlichen Schulden und zu einer hohen Belastung der Steuerzahler [geführt]. (Zwischen Oktober 2008 und dem 31. Dezember 2012 haben die europäischen Länder 591,9 Mrd. EUR – entsprechend 4,6 % des BIP 2012 der EU – in Form öffentlicher Kapitalhilfen für ihre Banken bereitgestellt). Um zu gewährleisten, dass die Steuerzahler nicht wiederholt für Bankenrettungen haften müssen, hat die Europäische Kommission im Juni 2012 einen gemeinsamen Rahmen von Regeln und Befugnissen vorgeschlagen, der es den EU-Staaten erleichtern soll, in das Management von strauchelnden Banken einzugreifen. […].

Verschlechtert sich die finanzielle Lage einer Bank trotz dieser vorbeugenden Maßnahmen jedoch derart, dass keine Abhilfe mehr möglich ist, würden die neuen Vorschriften durch einen »Bail-in«-Mechanismus sicherstellen, dass die Anteilseigner und Gläubiger der Bank ihren Beitrag zu den Kosten leisten müssen. Bei weiterem Mittelbedarf würde auf die nationalen, vorfinanzierten Abwicklungsfonds zurückgegriffen, die alle Mitgliedstaaten einrichten […] müssten und die […] mit Mitteln in Höhe von 1% der durch Einlagensicherungssysteme geschützten Einlagen auszustatten wären. Alle Banken müssten in diese Fonds einzahlen, wobei stärker risikobehaftete Banken höhere Beiträge zu leisten hätten.

Wie wird der Bail-in-Mechanismus in der Praxis funktionieren?

Der Mechanismus würde ein ausfallendes Institut soweit stabilisieren, dass dieses seine grundlegenden Funktionen ohne finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln fortführen könnte. Die Rekapitalisierung durch Abschreibung von Verbindlichkeiten und/oder deren Umwandlung in Eigenkapital würde es dem Institut ermöglichen, seine Geschäftstätigkeit fortzuführen, würde Störungen der Finanzstabilität […] vermeiden und den Behörden Zeit geben, das Institut zu restrukturieren oder Geschäftsteile geordnet abzuwickeln. Dies wird als Bail-in bezeichnet.

Wenn also ein Bail-in einer Bank notwendig wäre, so würden die Behörden zunächst sämtliche Anteilseigner in die Pflicht nehmen und dann nach einer vorab festgelegten Reihenfolge vorgehen [siehe Haftungskaskade unten]. Verluste würden zunächst von den Anteilseignern und anderen Gläubigern, die in Bankkapital investieren […], getragen. Einlagen unter 100.000 EUR würden nicht angetastet – sie sind jederzeit vollständig gesichert. […]. Um die Aussichten auf eine Erholung einer Bank aufrechtzuerhalten und die allgemeine wirtschaftliche Stabilität zu wahren, muss ein Bail-in mindestens 8 % der gesamten Bankverbindlichkeiten umfassen. […]. Oberhalb der Schwelle von 8 % könnte die Abwicklungsbehörde einer Bank erlauben, den Abwicklungsfonds in Anspruch zu nehmen, wobei die Mittel aus dem Fonds auf höchstens 5 % der Bankverbindlichkeiten begrenzt sind. […]. In einigen Fällen, insbesondere bei einer systemischen Krise, kann es erforderlich sein, von diesem Grundsatz abzuweichen und die Verwendung öffentlicher Mittel zur Finanzierung einer Bankenabwicklung zu gestatten […,] sofern die Kommission nach einer vorherigen Prüfung feststellt, dass die wirtschaftlichen Störungen und die potenzielle Bedrohung für das Funktionieren des Binnenmarkts dies rechtfertigen. In diesem Fall würde die 5 %-Obergrenze außer Kraft gesetzt und die Mittel des Abwicklungsfonds würden direkt durch öffentliche Mittel ersetzt. Der Rückgriff auf den Abwicklungsfonds unterliegt in jedem Fall weiterhin der Kontrolle für staatliche Beihilfen.

Diese Flexibilität unterliegt jedoch angemessenen Bedingungen und ändert nichts an der Tatsache, dass die Banken ausreichende Kapazitäten entwickeln müssen, um ihren Anteilseignern und Gläubigern Verluste zuzuweisen. […]. Rettungsbeihilfen in systemischen Krisen könnten erst nach dem erforderlichen Bail-in gewährt werden und unterlägen weiterhin dem EU-Rahmen für staatliche Beihilfen. ▪ Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 28.03.2014

REIHENFOLGE DER HAFTUNG

M4a Option Vergesellschaftung des Bankensektors I

Die Kapitalisten haben gezeigt, bis zu welchem Grad sie fähig sind, Gesetzen zuwiderzuhandeln und Risiken einzugehen, ohne die Folgen zu tragen, nur um ihre Gewinne zu steigern. Ihre Tätigkeit kostet die Gesellschaft regelmäßig einen hohen Preis. Die Gesellschaft, die wir aufbauen wollen, hat als Leitbild Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und die Wiederherstellung ausgeglichener Beziehungen zwischen den Menschen und der übrigen Natur. Aus diesen Gründen muss der Kreditsektor vergesellschaftet werden. Frédéric Lordon schlägt dazu »eine vollständige Entprivatisierung des Kreditsektors vor«.

Den Kreditsektor vergesellschaften bedeutet:

- die entschädigungslose (oder höchstens symbolische Entschädigung mit einem Euro) Enteignung der Großaktionäre; Kleinaktionäre werden entschädigt;
- die Überführung des gesamten Bankensektors in den öffentlichen Dienst, mit Ausnahme der kleinen Genossenschaftsbanken; für diese gelten dieselben Regeln wie für die öffentlichen Banken;
- die Schaffung eines Netzwerkes öffentlicher Spar-, Kredit- und Investitionsbanken mit kleinen, bürgernahen Standorten;
- die Festschreibung der Ziele und Maßnahmen in einer unter Beteiligung von Bürgervertretern ausgearbeiteten Charta;
- Transparenz in der Kontenbuchführung, die der Öffentlichkeit allgemeinverständlich dargelegt werden muss.

Ich bevorzuge den Begriff »Vergesellschaftung« gegenüber dem der »Nationalisierung« oder »Verstaatlichung« um klarzustellen, wie entscheidend die Kontrolle durch die Bürger ist. Kontrolle bedeutet, dass die Beschlüsse von Führungskräften, Vertretern der Angestellten, der Kunden, der Vereine, Gemeindeabgeordnete sowie Vertreter nationaler und regionaler Bankgremien gemeinsam gefasst werden. Wie die Bürger eine aktive Kontrolle ausüben können, kann nur auf demokratischem Wege festgelegt werden. Die Beschäftigten im Bankensektor müssen ermutigt werden, die Bankgeschäfte zu kontrollieren und sich an der Organisation der Arbeit aktiv zu beteiligen. Die Geschäftsleitungen der Banken müssen jährlich einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Es muss ein bürgernaher und qualitativ hochwertiger Bankdienst gefordert werden, der mit der derzeitigen Auslagerungspolitik bricht. Das Personal der Finanzinstitute muss ermutigt werden, die Kundschaft wirklich zu beraten und mit aggressiven Geschäftspraktiken zu brechen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors und seine Überführung in den öffentlichen Dienst ermöglicht:

- die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen der Macht der Finanzmärkte zu entziehen;
- die Projekte der Bürger und der öffentlichen Hand zu finanzieren;
- die Bankgeschäfte dem Gemeinwohl zu widmen, unter anderem mit dem Auftrag, den Übergang von einer kapitalistischen und produktivistischen zu einer sozial und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft zu erleichtern;

Patrick Saurin schreibt hierzu: »Heute geht es nicht mehr darum, die Verluste der Banken zu vergesellschaften, sondern den Bankbetrieb selbst, in seinem vollen Umfang«. ▪ Quelle: Auszug aus: Eric Toussaint (2014): »Alternativen zur Krise«, in: *Emanzipation*, 4/2

M4b Option Vergesellschaftung des Bankensektors II

Der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel ist skeptisch, was die Vergesellschaftung der Banken angeht. Er sagt mit Blick auf die Erfahrungen in der Finanzkrise seit 2010:

»Ich war selbst lange Jahre dafür, die Banken zu verstaatlichen, aber ich traue der Politik das nicht mehr zu. Schauen wir auf die Landesbanken in der Krise, gerade auf die Sachsen LB, die durch üble Spekulationsgeschäfte pleite gegangen ist. Da saß die Politik samt Gewerkschaften in den Aufsichtsgremien.

Ich schlage mittlerweile eine Arbeitsteilung vor: Ihr macht das Dienstleistungsgeschäft Banken, aber die Politik muss sehr streng regulieren. Das heißt auch bestimmte Geschäfte verbieten, reine Spekulationspapiere oder Wetten auf Zinsdifferenzen.« ▪ Quelle: Autorentext, Interview mit Rudolf Hickel im April 2018

M5 Option Banken pleitegehen lassen

Bürger retten, Banken pleitegehen lassen. Island hat auf die Finanzkrise anders als Deutschland reagiert – und damit Erfolg gehabt. […]

Angelockt von hohen Zinsen pumpten internationale Banken, Fonds und Kleinanleger über Jahre hinweg Milliardensummen in das weitestgehend deregulierte Bankensystem der 300.000-Seelen-Insel. […]. Islands Geschäftsmodell, langfristig vergebene Kredite kurzfristig zu refinanzieren, platzte jedoch in der Finanzkrise. Eigentlich hätte [Island] im Herbst 2008 am aufsteigenden Gemisch aus toxischen Wertpapieren ersticken müssen […] zwitschert heute jedoch wieder munter und rettete sein Leben auf eine eher unkonventionelle Art und Weise. Island ließ seine Banken pleitegehen, kürzte keine wichtigen Staatsausgaben und rettete seine Bürger. Und siehe da – [es] hat auf ganzer Linie funktioniert. Erst vor wenigen Tagen würdigte der Internationale Währungsfonds (IWF) Islands »überraschenden« Erfolg und erklärte das isländische Krisenprogramm zu einem Vorbild für andere Staaten unter internationalen Hilfsprogrammen. Island habe, so der IWF, nicht den Steuerzahler für die Verluste der Banken in Haftung genommen und konnte dadurch das Wohlfahrtssystem erhalten und die Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit abwenden.

Der Zusammenbruch des Bankensystems setzte bei den Isländern eine nicht immer marktkonforme Kreativität frei. Anderswo erhielten die leitenden Bankmanager millionenschwere Abfindungen, in Island bekamen sie einen Haftbefehl zugestellt. Man gründete keine »Bad Bank«, sondern »Good Banks«, in die ausschließlich das solide Inlandsgeschäft überführt wurde. Diese neuen Banken wurden verstaatlicht und übernahmen reibungslos das eigentliche Kerngeschäft. Die fragwürdigen neuen Finanzprodukte und das Auslandsgeschäft – inklusive der horrenden Schulden – blieben bei den alten Banken, die die Regierung wenige Tage später kollabieren ließ.

Während Islands Steuerzahler relativ glimpflich davonkamen, mussten die kreditgebenden internationalen Banken und Kleinsparer, die sich von irrealen Zinsen hatten blenden lassen, ihre Forderungen abschreiben. Das mag für die Betroffenen ärgerlich sein, aber so funktioniert nun einmal der Kapitalismus. Ein hoher Zins geht stets mit einem hohen Risiko einher. […]

Um die neuen staatlichen Banken zu kapitalisieren und die realwirtschaftlichen Kosten der Krise schultern zu können, musste der Staat Kredite des IWF in Anspruch nehmen. […]. Anstatt den Staatshaushalt durch sogenannte Sparmaßnahmen sanieren zu wollen, setzte die Regierung in Reykjavik auf gezielte Programme, um die isländische Binnenkonjunktur zu stärken. Durch die Immobilienkrise überschuldete Privathaushalte kamen beispielsweise in den Genuss eines Teilschuldenerlasses; andere konnten auf staatliche Beihilfen hoffen. So gelang es, eine Masseninsolvenz zu verhindern, die der Konjunktur vermutlich einen Knock-out versetzt hätte.

Aber auch abseits der Schuldenproblematik ging Island neue Wege, indem es nicht die Normalverdiener, sondern die Wohlhabenden durch Steuererhöhungen zur Ader ließ. Dadurch konnte die Regierung Kürzungen im Sozialbereich vermeiden und die Binnennachfrage stabilisieren. […].

Man kann das isländische Modell nicht ohne Weiteres auf andere Staaten übertragen. Islands Antwort auf die Krise zeigt aber, dass das Mantra der systemrelevanten Banken nicht haltbar ist. […]. Ein Staat, der nicht seine Banken, sondern seine Bürger rettet, macht alles richtig. […]. ▪ Quelle: Jens Berger: »Vorbild Island«, *die tageszeitung – taz* vom 7.9.2012

INFO

Bail-out *Das Wort Bail-out bedeutet soviel wie »jemanden raushauen« oder »aus der Patsche helfen«. Im Wirtschaftsbereich geht es darum Schulden von anderen zu übernehmen oder für diese zu haften. Im Fall einer Wirtschaftskrise geht es darum, dass der Staat auf diese Weise Banken oder andere Unternehmen »raushaut«.*

Garantie (Bürgschaft) *Wenn sich ein Jugendlicher Geld bei einem Gläubiger (z. B. einer Bank) leiht, dann ist der Jugendliche Kreditnehmer bzw. Schuldner. Bei einer Bürgschaft erklärt sich ein Dritter (z. B. die Eltern) bereit, für die Schulden des Jugendlichen (Kreditnehmer) zu haften, die Eltern sind dann Bürgen. Zahlt der Kreditnehmer die Kreditzinsen oder sogar den Kreditbetrag nicht zurück, muss der Bürge für die Schulden (noch offene Kreditsumme und noch offene Zinsbeträge) aufkommen.*

Bad Bank *Bezeichnung für eine Abwicklungsgesellschaft, in der faule Papiere und Kredite von einer Bank oder mehreren Banken gebündelt werden, um diese Institute von Lasten zu befreien. Die Bad Bank kann dann an andere Investor_innen weiterverkauft werden.*

Faule Kredite *Als »faul« werden Kredite bezeichnet, wenn der/die Schuldner_in gegenüber dem/der Gläubiger_in zahlungsunfähig wird. In der Fachliteratur werden diese auch als »Non-performing Loans« (NPL) bezeichnet. Gläubiger_innen gehen bei jeder Kreditvergabe das Risiko ein, dass dieser nicht zurückbezahlt werden könnte. Seit einigen Jahren sind die hohen Raten an NPLs in den Büchern europäischer Banken ein Hemmnis für weitere Kreditvergabe.*

Faule Wertpapiere *Wertpapiere werden als »faul« bezeichnet, wenn sie auf dem Markt stark an Wert verloren haben, aber noch mit höheren Werten in der Bilanz von Unternehmen (besonders Banken) stehen.*

Weitere Begriffe werden im Glossar zu diesem Bildungsmaterial erläutert (siehe Ende der Gesamteinleitung).

M6 Kurztext: Bail-out

Das englische Wort Bail-out bedeutet übersetzt »aus der Patsche helfen«. Im Zusammenhang mit zahlungsunfähigen Banken bedeutet es: Der Staat rettet die Bank mit Steuergeldern.

Problem: Dieses Geld muss letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern mit Steuern bezahlt werden. Außerdem fehlt das Geld für andere wichtige Dinge wie Schulen, Straßen oder Hilfen für arme Menschen.

Während der Finanzkrise ab 2007 gab es solche Bail-outs in vielen Staaten.

Beispiel Deutschland: Hier hat die Regierung beschlossen, bis zu 480 Milliarden Euro für die Bankenrettung einzusetzen. Bis zu 400 Milliarden Euro davon waren für mögliche »Garantien« (siehe Glossar) eingeplant.

Bis zu 80 Milliarden Euro konnte der Staat direkt ausgeben. Er konnte der Bank »faule« Wertpapiere abkaufen, die stark an Wert verloren hatten.

Er konnte das Geld aber auch für Aktien und Stille Einlagen der Banken ausgeben. Dadurch wird das Eigenkapital der Bank erhöht.

Beim Kauf von Aktien wird der Staat Mitbesitzer der Bank. Die Bank ist teilverstaatlicht. Dadurch hat der Staat ein Mitspracherecht bei den Geschäften der Bank (je mehr Aktien, desto mehr Mitsprache).

Bei einer Stillen Einlage wird der Staat an den Gewinnen oder Verlusten der Bank beteiligt. Er hat aber kein Mitspracherecht.

Beispiel USA: Hier hat die Regierung ein Rettungsprogramm von bis zu 700 Milliarden Dollar beschlossen.

Zu Beginn der Krise wurden die größten US-Banken teilverstaatlicht. Weitere Hilfsgelder mussten die Banken zurückzahlen. Nach und nach wurden die Aktien der Banken wieder verkauft. So ist der amerikanische Staat am Ende mit leichten Gewinnen aus der Bankenrettung ausgestiegen. ▪ Quelle: Autorentext

M7 Kurztext: Bail-in

Das Wort Bail-in entstand als Reaktion auf das englische Wort Bail-out.

Bail-out bedeutet: Der Staat rettet eine Bank mit Steuergeldern vor der Pleite. Dabei gibt es ein Problem. Das Geld muss letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern mit Steuern bezahlt werden. Außerdem fehlt das Geld für andere wichtige Dinge wie Schulen, Straßen oder Hilfen für arme Menschen.

Bail-in bedeutet dagegen: Wer große Geschäfte mit einer Bank macht, muss bei einer Pleite dieser Bank auch die Verluste mittragen. Nach den Regeln der EU-Bankenunion betrifft das drei Gruppen:

Erstens die Besitzer der Bank. Bei Großbanken sind das Aktionäre. Sie haben Geld in die Bank investiert in der Hoffnung, dadurch am Gewinn beteiligt zu werden.

Zweitens die Gläubiger, die der Bank Geld gegen versprochene Zinsen geliehen haben.

Drittens die Einleger, die ihr Geld zum Sparen auf ein Konto eingezahlt haben. Sie sind aber nur betroffen, wenn sie mehr als 100.000 Euro auf Konten der Bank haben.

Aktionäre, Gläubiger und Großeinleger verlieren nacheinander Geld, wenn die Bank gerettet werden muss. Mindestens 8 % der Bankschulden müssen so zusammenkommen.

Weitere 5 % der Schulden kann ein Abwicklungsfonds übernehmen. In diesen Fonds müssen alle Banken einzahlen, um für Krisenzeiten vorzusorgen.

Erst wenn das alles nicht reicht, kann die Bank Hilfsgelder von dem Staat bekommen, in dem sie ihren Sitz hat.

Kritiker der EU-Regel sagen, dass sie in der Praxis nicht eingehalten wird. In Italien wurden Banken ohne Bail-in mit Staatsgeldern gerettet.

Der Druck der Aktionäre, Gläubiger und Großeinleger auf die Politik war zu groß. Statt einem Bail-in kam es zu einem klassischen Bail-out. Der Staat hat die Bank mit dem Geld der Allgemeinheit gerettet. ▪ Quelle: Autorentext

M8 Kurztext: Vergesellschaftung

Vergesellschaftung bedeutet, dass Unternehmen nicht mehr Privatleuten gehören, sondern allen. Solche Unternehmen werden vom Staat geleitet. Das heißt, sie werden letztlich demokratisch kontrolliert.

Manche meinen, das soll auch bei den Banken der Fall sein. Sie sagen: Die Bankenrettung hat vor allem den Reichen geholfen:

- Erstens den Aktionären, denen die Bank gehört.
- Zweitens den Gläubigern, die an Geschäften mit der Bank verdienen wollten.
- Drittens denen, die viel Geld auf einem Konto bei der Bank hatten.

Das wäre ungerecht. Denn das Rettungsgeld musste letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern mit Steuern bezahlt werden. Außerdem fehlt das Geld für andere wichtige Dinge wie Schulen, Straßen oder Hilfen für arme Menschen.

Deshalb sollten Banken nicht gerettet werden. Ihre riskanten Geschäfte hätten nur das Ziel gehabt, dass Reiche noch reicher werden.

Der Staat soll die Banken übernehmen. Banken sollen in den Dienst der gesamten Gesellschaft gestellt werden. Sie sollen nur das machen, was der gesamten Gesellschaft nutzt:

- Erstens sollen sie den Zahlungsverkehr abwickeln, das heißt Überweisungen durchführen und Bargeld ausgeben.
- Zweitens sollen sie das Geld von Sparern aufbewahren.
- Drittens sollen sie Kredite vergeben, zum Beispiel an Menschen, die ein Haus bauen wollen, oder an Unternehmen, die neue Maschinen brauchen.

Andere sagen: Das mit der demokratischen Kontrolle funktioniert nicht. In der Finanzkrise mussten auch Landesbanken, die dem Staat gehören, gerettet werden.

Sie meinen: Der Staat soll die Banken streng kontrollieren und riskante Geschäfte verbieten. Aber er soll sie nicht selbst übernehmen. ▪ Quelle: Autorentext

M9 Kurztext: Banken pleite gehen lassen

Manche sagen: Im Kapitalismus ist es normal, dass Unternehmen pleitegehen, wenn sie schlecht wirtschaften. Das muss auch für Banken gelten. Der Markt soll das Problem lösen.

Andere sagen dagegen: Der Staat muss verhindern, dass eine Bank die nächste mit in die Pleite reißt. Sonst kommt es zu einer chaotischen Finanzkrise. Erst brechen die Banken zusammen und dann die gesamte Wirtschaft.

Eine chaotische Finanzkrise will eigentlich niemand. Aber der Staat muss auch nicht jede Bank retten.

Beispiel Island: In der Finanzkrise von 2008 hat der Staat neue Banken gegründet. Die haben die normalen Konten und Kredite der Isländer übernommen. Faule Papiere und ausländische Forderungen blieben bei den alten Banken. Die wurden dann in die Pleite geschickt.

Auf diese Weise kam Island gut durch die Krise. Das Geld für Schulen, Straßen oder Hilfen für arme Menschen wurde nicht gekürzt.

Pech hatten die ausländischen Anleger. Das waren in der Regel reiche Personen und Unternehmen. Die isländischen Banken hatten sie mit hohen Zinsen gelockt. Sie haben ihr Geld mit der Pleite der Banken verloren.

Manche sagen aber: Das kleine Island war ein Sonderfall. Dadurch ist keine internationale Großbank ins Wanken gekommen. Außerdem könnten nicht alle Länder gleichzeitig die Probleme ins Ausland verlagern. Sonst würde das internationale Finanzsystem zusammenbrechen.

Banken in die Pleite gehen zu lassen kann also eine Lösung sein. Es gibt aber auch das Risiko eines unkontrollierten Zusammenbruchs. Der Prozess muss auf jeden Fall politisch gesteuert werden. ▪ Quelle: Autorentext

M10 Systemrelevanz ist eine politische Kategorie

Interview mit Andreas Kallert

In der Finanzkrise ab 2007 war die Rede davon, dass viele Banken »too big to fail« seien. Was ist damit gemeint?

A. K.: »Too big to fail«, mittlerweile auch »systemically important bank« oder im deutschen »Systemrelevanz«, das meint, dass durch das Fallen einer Bank eine Kettenreaktion ausgelöst werden kann. Das heißt, die Pleite kann unkalkulierbare Folgen im Bereich der Finanzwirtschaft und der Wirtschaft insgesamt haben.

Problem bei dieser Sache ist, dass eigentlich nicht klar definiert ist, was Systemrelevanz ist. Es ist eine politische Kategorie. Sie wird aber dargestellt als eine Sachkategorie, so als ob man Systemrelevanz messen könne.

Die Kategorie Systemrelevanz hängt ganz entscheidend davon ab, was sie bezwecken soll. Großinvestoren zu retten und Kapitalentwertung zu verhindern kann ein politischer Zweck von Systemrelevanz sein. Kleinanlegern ihre Einlagen zu garantierten, kann auch ein Zweck von Systemrelevanz sein. Systemrelevanz ist keine neutrale Kategorie.

Als Reaktion auf die Krise gab es neue Regeln für Banken. Was halten sie davon?

A. K.: Das ist ein sehr ambivalentes Fazit. Zunächst einmal hat man Eigenkapitalvorschriften verschärft, mit dem Ziel, dass Banken Verluste besser auffangen können. Wenn sie mehr Eigenkapital haben, können sie auch mal ein Jahr mit deutlichen Verlusten ausgleichen, ohne direkt in existentielle Nöte zu geraten. Das ist sicherlich sinnvoll, schränkt aber die Renditequoten der Banken ein. Also das liegt nicht im Interesse der Banken.

Man hat auf globaler Ebene im »Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht« die Kategorie der »global systemically important financial institutions« geschaffen, also der global systemrelevanten Finanzinstitute. Davon gibt es jetzt ungefähr dreißig. Die Deutsche Bank ist dabei ganz weit oben. Man hat vier Kategorien von Systemrelevanz erschaffen, auch wieder sehr schwierig zu messen, aber man hat es eben gemacht und das heißt nun, je systemrelevanter eine Bank ist, desto mehr Eigenkapital muss sie extra bereitstellen.

Auf europäischer Ebene hat sich die EU auf die Bankenunion geeinigt, die seit 2014 in Kraft ist. Die besteht aus drei Elementen. Das ist zum einen eine europäische Aufsicht. Es gibt jetzt ungefähr 130 Banken in der EU, die unter europäischer Finanzaufsicht stehen. Damit herrschen hier einheitliche Regeln und nicht die nationalstaatlichen. Zweitens gibt es einen europäischen Abwicklungsmechanismus der vorschreibt, wie Banken abgewickelt werden sollen. Hier gilt in erster Linie Bail-in statt Bail-out. Also die Eigentümer und die Anleger und damit die Kreditgeber der Bank sollen in Haftung genommen werden, bevor der Staat einspringt. Und das dritte Element, noch immer in Verhandlungen, ist die europäische Einlagensicherung bis zu 100.000 Euro.

Gab es schon Abwicklungen nach den neuen Regeln?

A. K.: Die gab es tatsächlich schon. Eine portugiesische Bank und eine spanische Bank wurden abgewickelt. Das ist allerdings superkomplex und es ist sehr schwer zu durchschauen, welche Anleger rangenommen werden.

Und in Italien sind drei Banken trotzdem gerettet worden. Darin zeigt sich so ein bisschen der politische Spielraum. Das ist nicht einfach mit einem Regelwerk getan und mit dem Label »Systemrelevanz«, sondern das sind umkämpfte Kategorien und das hat sich 2016/2017 gezeigt.

Deutschland pocht da auf dem Papier sehr stark auf die Einhaltung der Regeln. Allerdings waren auch noch keine deutschen Banken betroffen, sonst sähe das vielleicht anders aus.

Was glauben Sie, würde bei einer neuen Finanzkrise in Deutschland passieren?

A. K.: Ich bin da ein bisschen pessimistisch. Ich glaube, die Deutsche Bank wird man nicht pleitegehen lassen. Sie ist das Flaggschiff der deutschen Wirtschaft auf dem Finanzmarkt. Der einzige »Global Player«, wie es immer heißt. Wie es mit kleineren Banken aussähe, ist schwer zu sagen.

Die Hoffnung wäre schon, dass jetzt die bail-in-fähigen Kapitalien, ungesicherte Anleihen und die Aktionäre tatsächlich auch herangezogen werden. Die europäische Bankenunion gibt eigentlich entsprechende Regeln vor. Aber diese Regeln wurden eben schon ganz in den Anfängen mehrfach verletzt, im Fall von Italien. Daher wäre ich im Fall von Deutschland noch pessimistischer, weil Deutschland ein sehr viel größeres Gewicht hat in der EU als Italien.

Hart gegenüber Griechenland zu sein, das ist das eine. Wie das aussieht, wenn man es gegen die eigene Wirtschaft durchsetzen muss, das andere. ▪

Andreas Kallert ist Sozialwissenschaftler und hat 2017 das Buch Die Bankenrettungen während der Finanzkrise 2007–2009 in Deutschland *veröffentlicht.*

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie das Interview mit Andreas Kallert (M10) und fassen Sie das zentralen Argument in eigenen Worten zusammen:
- Inwiefern ist Systemrelevanz eine politische Kategorie?
- Welche Institutionen entscheiden über die Frage der Systemrelevanz?
- Welche Interessen sind mit der Frage der Systemrelevanz verknüpft?

2. Was vermuten Sie: Würden deutsche Banken in einer neuen Finanzkrise wieder mit Staatsgeldern gerettet werden? Begründen Sie Ihre Einschätzung. Wie beurteilen Sie das?

M11 An der Realität gescheitert

Die europäische »Bankenunion« von 2014 funktioniert nicht. Das Eigenkapital der Banken ist immer noch viel zu niedrig, um Verluste aufzufangen. Diese Bankenrettung zeigt, dass die Finanzlobby gesiegt hat: Die toskanische Großbank Monte dei Paschi wird wohl Hilfsmilliarden vom italienischen Staat erhalten. Damit ist die europäische »Bankenunion« von 2014 gleich am ersten Realitätstest gescheitert. Denn sie sah eigentlich vor, dass zunächst die Aktionäre und Gläubiger einspringen sollen, wenn eine Bank in Schieflage gerät.

Eine Überraschung ist es nicht, dass die »Bankenunion« versagt. Von Anfang an war abzusehen, dass es nicht funktionieren würde, die Gläubiger zahlen zu lassen. Denn wer sind denn diese »Gläubiger«? Dazu gehören oft auch ganz normale Sparer, die nie ein Risiko eingehen wollten, sondern ahnungslos nur ihr Geld geparkt haben. Man kann sie nicht bluten lassen wie typische Finanzanleger. Also muss der Staat ran.

Die »Bankenunion« war eine Farce. Sie sollte nur kaschieren, dass es den europäischen Politikern nicht gelungen ist, sich gegen die Finanzlobby durchzusetzen: Das Eigenkapital der Banken ist immer noch viel zu niedrig, um Verluste aufzufangen. Also wurde die Mär verbreitet, dass ja auch die Gläubiger haften könnten, falls es zu einer Bankpleite kommt.

Es ist kein Zufall, dass die Banken ihre gesamte Lobbymacht aufbieten, um das Eigenkapital niedrig zu halten. Denn sie sehen eine Kausalkette des Grauens vor sich:

Mehr Eigenkapital bedeutet mehr Aktien, so dass mehr Geld für Dividenden abfließen würde. Da man den Bankgewinn aber nur einmal verteilen kann, bliebe weniger Geld übrig, um dem Top-Management hohe Gehälter und Boni auszuzahlen.

Diese Missstände sind europaweit zu beobachten. Auch die Deutsche Bank schlingert bedrohlich – und daher stieg ihr Börsenkurs sofort, als die Nachricht kam, dass der italienische Staat bei Monte dei Paschi aushelfen könnte. Denn es ist ja leider nicht ausgeschlossen, dass auch die Bundesregierung irgendwann herbeieilen muss, um die Deutsche Bank zu retten. ▪ Quelle: Ulrike Herrmann in die *tageszeitung – taz* vom 22.12.2016

ARBEITSVORSCHLÄGE

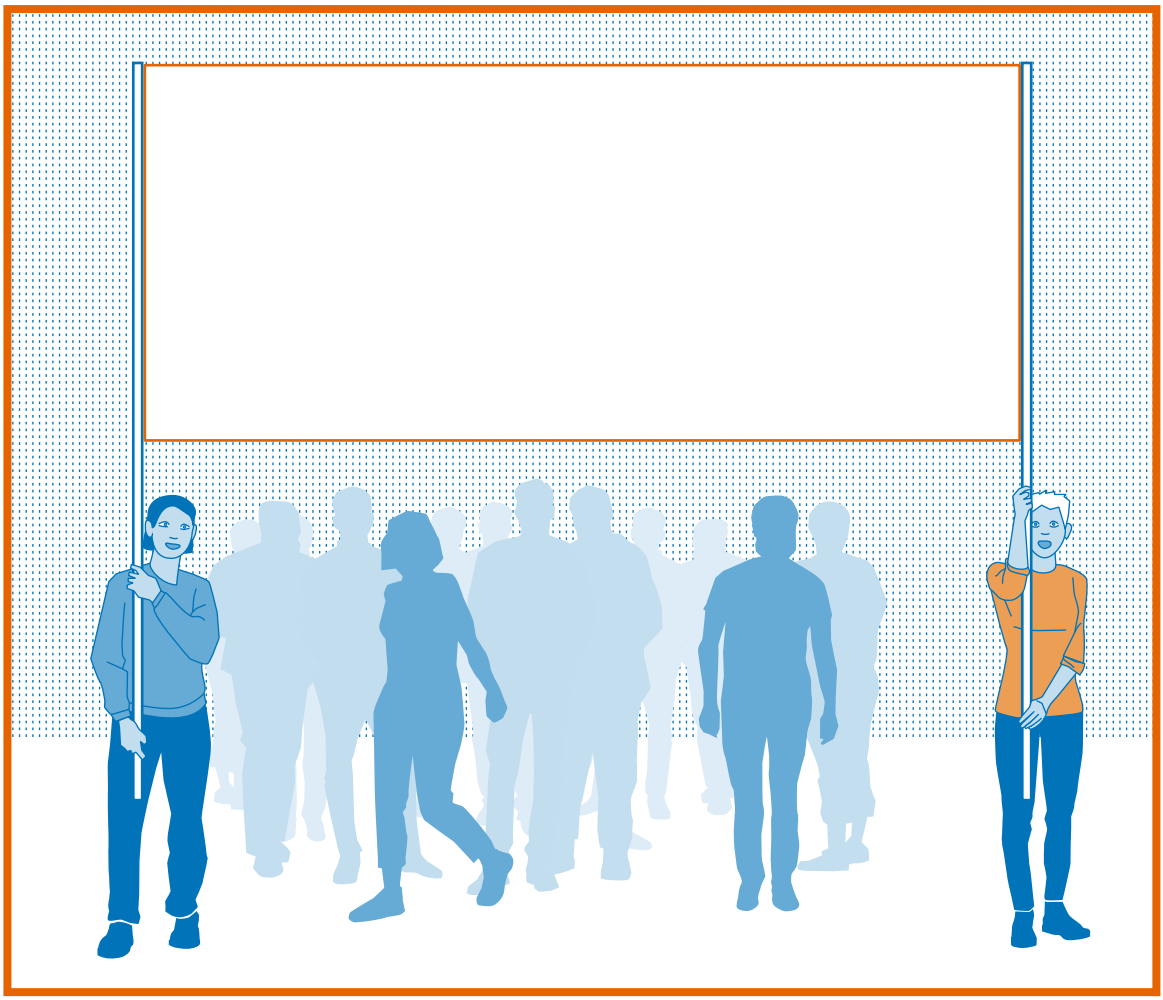
1. Lesen Sie M11 und beschreiben Sie in eigenen Worten, wie mit der Pleite der Großbank Monte dei Paschi umgegangen wurde.

2. Nennen Sie mindestens zwei mögliche politische Alternativen zum Umgang mit der Großbank Monte dei Paschi.

3. Entwerfen Sie auf Grundlage des Szenarios am Ende von M11 ein Transparent für eine Protestaktion gegen Staatshilfen für die Deutsche Bank. Begründen Sie Ihre Position in einem kurzen Flugblatt.

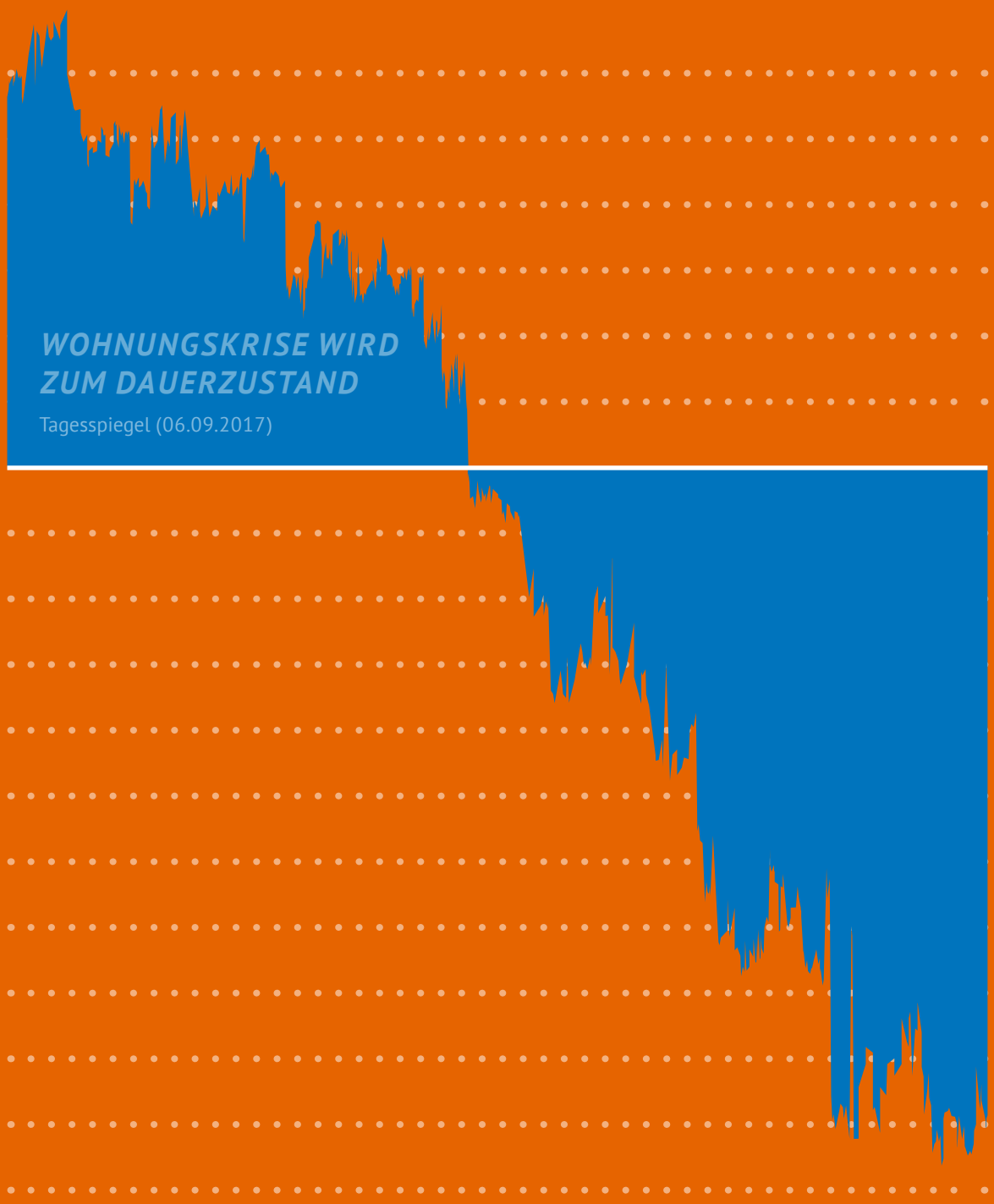
4. Was wäre Ihrer Ansicht nach der richtige Umgang mit der Pleite einer Großbank? Nehmen Sie persönlich zur Frage der Bankenrettung Stellung.

REQUISITEN TRANSPARENT



Soziale Konsequenzen am Beispiel Wohnen

MODUL IV



www.attac.de/bima

attac Bildung

Modul IV
Soziale Konsequenzen am Beispiel Wohnen

Was habe ich mit dem Immobilienmarkt zu tun?
Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Finanz- und Immobilienmärkten?
Warum steigen die Mieten so stark und was kann dagegen getan werden?

Inhalt

Einführung

IV.1 *Arbeitsblatt:* Was habe ich mit dem Immobilienmarkt zu tun?
- *M1*: Wirtschaftsfaktor Immobilien (*IW und International Real Estate Business School*)
- *M2*: Grafik – Wohnungsmieten in Deutschland (*Bundesbank*)
- *M3*: Grafik – Preise für Wohnimmobilien nach Städtegruppen in Deutschland (*Bundesbank*)

IV.2 *Arbeitsblatt:* Finanzmärkte und Immobilien
- *M1*: Artikel 14 GG
- *M2*: Die Situation in den USA 2009 (*Le Monde Diplomatique*)
- *M3*: Die Situation in Spanien 2013 (*DIE ZEIT*)
- *M4*: Die Situation in Deutschland 2018 (*DIE ZEIT*)
- *M5*: Finanzmarkt und Immobilienmarkt (Interview mit Susanne Heeg)

IV.3 *Arbeitsblatt:* Regulierung des Wohnungsmarktes
- *M1*: Volksbegehren gegen hohe Mieten (*Tagesspiegel*)
- *M2*: Erneut ein Rekordergebnis (*Die Deutsche Wohnen*)
- *M3*: Mieten steigen weiter – Politik muss reagieren (*Deutscher Mieterbund*)
- *M4*: Initiativen für mehr Wohneigentum begrüßt (*Eigentümerverband Haus & Grund*)
- *M5*: Prognose: 1,2 Millionen Wohnungslose bis 2018 (*BAG Wohnungslosenhilfe*)

Legende

Die Materialien haben folgende Formate

→ **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien

Aktivitäten – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen

Infoblatt – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls

Arbeitsblätter – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autorentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien

METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien

INFO **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes

◇◇◇DIAGRAMM◇◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema

REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

Interview mit **Interviews** – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

Die Ausweitung der Finanzmärkte und die damit einhergehende Finanzialisierung unterwerfen Güter und Dienstleistungen aller Art einem zunehmenden Renditedruck. Zugleich wird die Versorgung mit diesen Gütern unmittelbar an die krisenhaften Entwicklungen auf den Finanzmärkten gebunden. Dies geht mit neuartigen sozialen Krisen einher. Ein Beispiel dafür ist die Sicherung des Menschenrechts auf eine angemessene Wohnung.

Die globale Krise ist in den USA im Bereich der Hypothekenkredite ausgebrochen und ihr Verlauf hat in Spanien ebenfalls zu einer massiven Wohnungskrise geführt. In beiden Ländern spielt Wohneigentum (im Gegensatz zur Miete) traditionell eine große Rolle. Aufgrund der Dynamik im Finanzsektor wurde die Vergabe von Hypothekenkrediten stark ausgeweitet. Mit Ausbruch der Krise kam es zu einem Teufelskreis. Viele konnten ihre Hypotheken nicht mehr bedienen, Wohnungen wurden massenhaft gepfändet und der Wert von Immobilien sank immer weiter. Dadurch verloren Tausende ihre Wohnungen. Im schlimmsten Falle wurden sie obdachlos und waren dennoch verschuldet. So kam es zu der paradoxen Situation, dass Obdachlosigkeit und der Leerstand an Wohnungen gleichzeitig stiegen. Insbesondere in Spanien, aber auch in den USA hat dies zu neuen Protest-Bewegungen im Bereich des Wohnens geführt.

Auch in Deutschland sind die steigenden Immobilienpreise in den vergangenen Jahren zum Problem geworden. Zwar gibt es hier eine strengere Regulierung der Hypothekenvergabe, die eine Krise nach dem Muster der USA und Spaniens unwahrscheinlich macht. Aber angesichts niedriger Zinsen infolge der Krise wurden Immobilien immer mehr zum Anlageprodukt und manche Expert_innen gehen hier bereits von einer Blasenbildung aus.

In sozialer Hinsicht bedeutet dies, dass sich weniger Menschen Wohneigentum leisten können. Angesichts einer in Deutschland traditionell hohen Quote an Mietwohnungen sind jedoch andere Entwicklungen dramatischer. In den vergangenen Jahren wurden viele Wohnungen privatisiert und befinden sich nun oft im Besitz von Immobilienfonds, die entsprechende Renditen erwirtschaften müssen. Nicht nur diese Akteure setzen auf Mietsteigerungen infolge von Sanierungen, die auf die Miete umgelegt werden können.

Insbesondere in den großen Städten kam es in den vergangenen Jahren zu massiven Mietsteigerungen und zur Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten. Diese Entwicklungen haben die politische Regulierung des Wohnungssektors zunehmend auf die Tagesordnung gesetzt. Grundsätzlicher geht es dabei um die Frage, inwieweit Grundbedürfnisse den Dynamiken der Finanzmärkte ausgesetzt werden dürfen. Noch allgemeiner gefasst geht es um die Grundfrage des Eigentums und seiner im Grundgesetz immerhin festgeschriebenen Sozialbindung. ▪

Zu den Elementen des Moduls

- Arbeitsblatt IV.1 (Was habe ich mit dem Immobilienmarkt zu tun?) beginnt mit dem Vorschlag einer Recherche zur eigenen Wohnsituation und zur Preisentwicklung auf dem lokalen Immobilienmarkt. Anschließend können die Ergebnisse zu den entsprechenden bundesweiten Entwicklungen der vergangenen Jahre in Beziehung gesetzt werden, indem ein Auszug aus der *Studie Wirtschaftsfaktor Immobilien (M1)* sowie zwei Grafiken der Bundesbank zur Entwicklung von *Wohnungsmieten in Deutschland (M2)* und von *Preisen für Wohnimmobilien nach Städtegruppen in Deutschland (M3)* analysiert werden.

- Mit Arbeitsblatt IV.2 (Finanzmärkte und Immobilien) können die ökonomischen Zusammenhänge zwischen der globalen Finanzkrise und den Immobiliensektoren in den USA, in Spanien und in Deutschland analysiert werden. Angesichts des gleichzeitigen Anstiegs von Obdachlosigkeit und Leerstand in den USA und Spanien sowie der partiellen Verdrängung der ärmeren Bevölkerung aus deutschen Großstädten wird zugleich die politische Frage der Sozialbindung des Eigentums aufgeworfen. Methodisch wird vorgeschlagen Expert_innen_gruppen zu den drei Ländern zu bilden. Diese können jeweils ein Flussdiagramm zu den ökonomischen Zusammenhängen und eine These zum Verhältnis von Eigentum und Gemeinwohl entwickeln. Als Textgrundlagen dienen *Artikel 14 GG (M1)*, ein Artikel aus Le

Monde Diplomatique zur *Situation in den USA 2009 (M2)* sowie zwei Artikel aus der ZEIT zur *Situation in Spanien 2013 (M3)* und zur *Situation in Deutschland 2018 (M4)*. Für eine zweite Arbeitsphase wird vorgeschlagen neue Gruppen mit je zwei Expert_innen pro Land zu bilden. Diese können auf Grundlage der einzelnen Länderdiagramme ein gemeinsames Flussdiagramm zu den Wechselwirkungen von Finanz- und Immobilienmärkten entwickeln. Außerdem können sie Vorschläge zur gesetzlichen Sicherung von bezahlbarem Wohnen für alle machen, die dann (ebenso wie die Flussdiagramme) in der Gesamtgruppe besprochen werden. Abschließend können die gewonnenen Erkenntnisse in der Auseinandersetzung mit einem *Interview mit der Geographin Susanne Heeg (M5)* vertieft werden.

- Den Auftakt von Arbeitsblatt IV.3 (Regulierung des Wohnungsmarktes) bildet ein Artikel aus dem Tagesspiegel zu einem Berliner *Volksbegehren gegen hohe Mieten (M1)*. Das Volksbegehren hatte ein Landesgesetz zum Ziel, das mit verschiedenen Maßnahmen bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten in Berlin sichern sollte. Nach einer gemeinsamen Verständigung über den Artikel wird vorgeschlagen vier Gruppen zu bilden und die Initiative aus der Perspektive unterschiedlicher Interessengruppen zu beurteilen. Materialgrundlage dafür sind Pressemitteilungen von der *Immobilien-AG Deutsche Wohnen (M2)*, vom *Deutschen Mieterbund (M3)*, vom *Eigentümerverband Haus & Grund (M4)* und von der Bundesarbeitsgemeinschaft *Wohnungslosenhilfe (M5)*. Die Gruppen können jeweils ein Plakat entwickeln, mit dem sie für ihre Position hinsichtlich des Volksbegehrens werben. Nach einer Ausstellung der Plakate werden Pro- und Contra-Argumente gesammelt und diskutiert. Danach kann eine geheime Abstimmung über das vorgeschlagene Gesetz durchgeführt werden. Abschließend wird vorgeschlagen in Einzelarbeit zu recherchieren, wie es mit dem echten Volksbegehren weiterging, und persönlich dazu Stellung zu nehmen. ▪

Was habe ich mit dem Immoblienmarkt zu tun?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Recherchieren Sie:
- Wie viel Prozent Ihres Einkommens oder des Familieneinkommens Ihrer Eltern werden für Wohnen aufgewendet?
- Wie haben sich die Mieten für Wohnungen und der Kaufpreis für Wohnhäuser in Ihrer Stadt oder Region verändert?
- Welche Wohnsituation würde optimal zu Ihnen passen und was müssten Sie für eine entsprechende Wohnung bezahlen?

2.1 Lesen Sie M1.
2.2 Fassen Sie jeden Absatz von M1 in eigenen Worten zusammen oder formulieren Sie eine Frage, wenn sie den Absatz nicht verstehen.
2.3 In welchen Abschnitten von M1 sehen Sie sich und Ihre Familie?
2.4 Analysieren Sie den Inhalt der beiden Grafiken M2 und M3. Berücksichtigen Sie dabei Ihre Erkenntnisse aus der Lektüre von M1.

M1 Wirtschaftsfaktor Immobilien

Die Immobilienwirtschaft hat eine tragende Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft; rund 18 Prozent der Bruttowertschöpfung entfallen auf immobilienbezogene Wirtschaftsaktivitäten. Diese Aktivitäten verteilen sich auf über 815.000 Unternehmen, knapp 3,9 Millionen private Vermieter und rund 16 Millionen Selbstnutzer.

[…] Insbesondere nach dem Platzen der US-amerikanischen Immobilienblase in den Jahren 2006/2007 und der darauffolgenden Finanzkrise konnte die deutsche Immobilienbranche ihre Stabilität unter Beweis stellen.

Immobilien sind die bedeutendste reale Anlageklasse in Deutschland. Vom gesamten Bruttoanlagevermögen (zu Wiederbeschaffungspreisen) in Höhe von 17,3 Billionen Euro zum Jahresende 2016 entfielen 80,3 Prozent oder 13,9 Billionen Euro auf Bauten aller Art.

[…] Ende des Jahres 2015 lebten in Deutschland rund 82,2 Millionen Menschen in gut 41,4 Millionen Wohnungen und 19,4 Millionen Gebäuden mit einer Wohnfläche von rund 3,79 Milliarden Quadratmetern.

[…] Mit einem Wert von 125.000 Euro verfügen deutsche Haushalte im Durchschnitt über ein relativ geringes Immobilienvermögen. Besonders stark gewachsen ist aber der Markt für Immobilienaktien. Mittlerweile sind 90 Milliarden Euro über diese Form der indirekten Immobilienanlage in deutschen Immobilien gebunden.

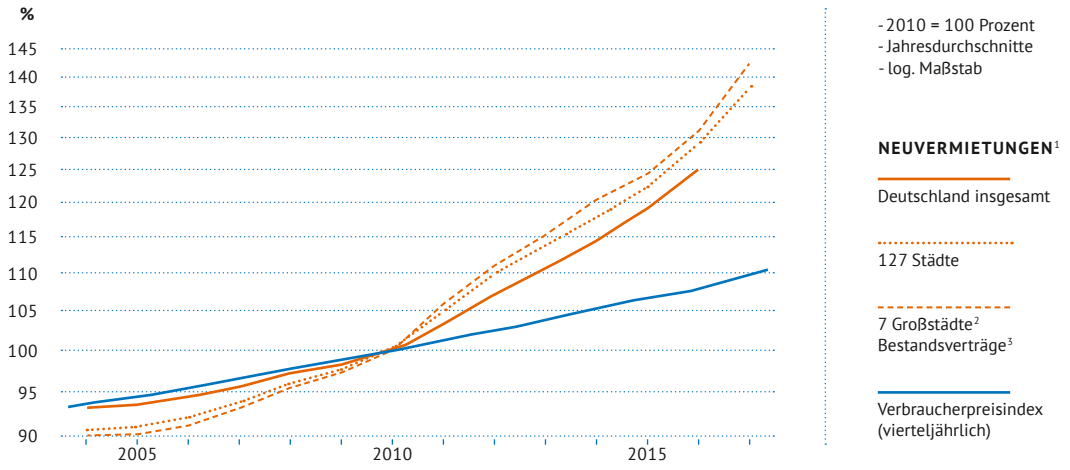
[…] Für alle Anlageformen sind die seit 2010 stark gestiegenen Immobilienpreise von fundamentaler Bedeutung, vor allem die Preise für Wohnimmobilien in Großstädten ragen heraus. Eine spekulative Blase ist allerdings nach wie vor unwahrscheinlich […].

Getragen von einer starken Expansion des Kreditneugeschäfts ist das gesamte Wohnungsbaukreditvolumen im Jahr 2016 um knapp 4 Prozent und damit deutlich stärker als in den Jahren zuvor gestiegen.

[…] Die Refinanzierung der Banken steht auf soliden Beinen: Investoren erwerben Pfandbriefe als gedeckte Schuldverschreibung, die in jüngster Vergangenheit im Volumen deutlich zunahmen.

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft und International Real Estate Business School – Universität Regensburg: *Wirtschaftsfaktor Immobilien 2017*, S. I–II

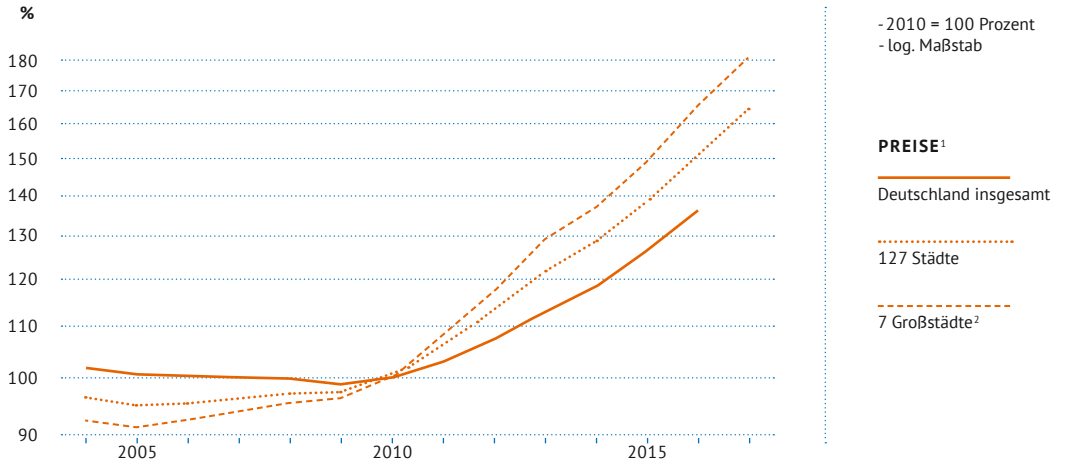
M2 Wohnungsmieten in Deutschland



1 Transaktionsgewichtet. Eigene Berechnungen für Neuvertragsmieten auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG.
2 Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München und Stuttgart.
3 Quelle: Statistisches Bundesamt; beinhaltet zum Teil auch Neuvermietungen.

Quelle: © Deutsche Bundesbank

M3 Preise für Wohnimmobilien nach Städtegruppen in Deutschland



1 Transaktionsgewichtet. Eigene Berechnungen auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG.
2 Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München und Stuttgart.

Quelle: © Deutsche Bundesbank

Finanzmärkte und Immobilien

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie drei gleich große Gruppen zu den Ländern USA (M2), Spanien (M3) und Deutschland (M4).

1.1 Bearbeiten Sie in Ihrer Gruppe zunächst in Einzelarbeit die Punkte 1.2 bis 1.4.

1.2 Fassen Sie die wesentlichen Aspekte des Artikels Ihrer Gruppe stichwortartig zusammen.

1.3 Beschreiben Sie insbesondere die Rolle von Unternehmen, Staat und Bürger_innen im Prozess der Krise.

1.4 Beurteilen Sie das Verhalten der Akteure mit Blick auf Artikel 14 Grundgesetz (M1).

1.5 Tragen Sie Ihre Ergebnisse in der Gruppe zusammen und bereiten Sie sich darauf vor diese Ergebnisse als Expert_in vorzustellen.

a. Erstellen Sie dazu gemeinsam ein Flussdiagramm aus passenden Elementen (siehe Requisiten) und ergänzen Sie weitere Elemente, wenn nötig.

b. Halten Sie eine oder mehrere Thesen zum Verhältnis von Eigentum und Gemeinwohl fest.

2. Bilden Sie neue Gruppen mit je ein bis zwei Expert_innen für die USA, Spanien und Deutschland.

2.1 Tragen Sie die Gruppenergebnisse zu den verschiedenen Ländern zusammen und vergleichen Sie die jeweiligen Entwicklungen.

2.2 Entwickeln Sie auf Grundlage der einzelnen Länderdiagramme ein gemeinsames Flussdiagramm zu den Wechselwirkungen von Finanz- und Immobilienmärkten.

2.3 Diskutieren Sie das Verhältnis von Gemeinwohl und Eigentum am Beispiel des Immobilienmarktes. Schlagen Sie eine oder mehrere neue Regeln (Gesetze) vor, um bezahlbares Wohnen für alle zu ermöglichen.

3. Besprechen Sie die Ergebnisse der gemischten Gruppen im Plenum.

3.1 Vergleichen Sie die Flussdiagramme zu den Wechselwirkungen von Finanz- und Immobilienmärkten.

3.2 Diskutieren Sie die vorgeschlagenen Neuregelungen für bezahlbares Wohnen.

4. Lesen Sie das Interview M5 und besprechen Sie es in Dreiergruppen.

4.1 Welche neuen Aspekte kommen im Interview vor, die in M2 bis M4 noch nicht genannt wurden? Fassen Sie diese in zwei bis drei Thesen zusammen.

4.2 Ergänzen Sie in Ihrem Flussdiagramm den Zusammenhang zwischen dem Produktionssektor, dem Finanzsektor und dem Immobiliensektor, der im Interview angesprochen wird. Fügen Sie dazu neue Elemente an passenden Stellen ein.

M1 Artikel 14 GG

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. (…) Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.

REQUISITEN ELEMENTE FÜR FLUSSDIAGRAMME

Mieten steigen	Investoren kaufen Mietwohnungen	Immobilien-preise steigen	Ärmere Mieter_innen werden verdrängt
Häuser stehen leer	Geld fließt in den Immobilien-sektor	Banken vergeben Hypothekenkredite	Immobilien-preise fallen
Banken versuchen geräumte Häuser zu verkaufen	Baufirmen bauen neue Wohnungen	Nachfrage nach Immobilien steigt	Investoren finanzieren Bauprojekte
Hypothekenkredite können nicht mehr gezahlt werden	Menschen werden obdachlos	Platz für eigene Elemente	Platz für eigene Elemente
Platz für eigene Elemente	Platz für eigene Elemente	Platz für eigene Elemente	Platz für eigene Elemente
Platz für eigene Elemente	Platz für eigene Elemente	Platz für eigene Elemente	Platz für eigene Elemente

M2 Die Situation in den USA 2009

Eins der Einfamilienhäuser, wie es sie in Lehigh Acres, Westflorida, zu tausenden gibt, mit Garage, Vorgarten, Grillplatz und der obligatorischen Fahnenstange für patriotische Momente. »Zu verkaufen« steht auf einem Schild am Eingang. […] Anfang des Jahrzehnts gingen die Häuser noch weg wie warme Semmeln. »Heute ist Lehigh Acres fast schon ein Slum. Aber damals war es ein vielversprechendes Entwicklungsgebiet. Die Zahl der Anwohner wuchs in nur drei Jahren von 30.000 auf 80.000«, erzählt Edward Weiner, Architekt und Vertreter der örtlichen Handelskammer. »Wir haben einfach die blinde Gier der Banken unterschätzt. Sie dachten, sie könnten hier das große Geld machen. Dazu kamen noch die Spekulanten aus aller Welt, von Brooklyn über Venezuela bis Deutschland. Und jetzt lassen sie die Bausubstanz verrotten. Von den 10.000 Häusern, die damals auf die grüne Wiese gesetzt wurden, waren 2.000 überhaupt nie bewohnt. Inzwischen sind die Banken bei der Kreditvergabe wieder vorsichtiger. Und setzen alle, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können, sofort auf die Straße. Dabei schneiden sie sich nur ins eigene Fleisch, denn natürlich fällt mit jeder Zwangsräumung auch der Wert der umliegenden Häuser. Die Banken nehmen ihren Kunden die Häuser weg, obwohl sie genau wissen, dass sich die gepfändeten Immobilien nicht wieder verkaufen lassen.«

Ein Haus, das 2004 für 300.000 Dollar den Besitzer wechselte, findet heute selbst für unter 100.000 kaum einen Käufer. Der Optimist Edward Weiner hat festgestellt, dass die Zahl der Zwangsräumungen im März dieses Jahres (2100) etwas geringer ausfiel als im Februar (2300). »Es dauert höchstens noch eineinhalb Jahre, bis es wieder aufwärtsgeht«, versichert er. Doch unterdessen gehen in der Region tausende Arbeitsplätze verloren. Die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen zwei Jahren von 3,5 auf 12 Prozent gestiegen. […]

Pamela Kaye organisiert die Lebensmittelhilfe im Rahmen von Weed and Seed. […]. Von Oktober 2008 bis April 2009 haben Kaye und ihre Mitarbeiter 1.245 Familien mit haltbarer Nahrung versorgt: »Manche haben nicht einmal mehr Wasser und Strom. Wer sein Haus verloren hat, der schläft meist im Auto oder bei Verwandten, oder er verschwindet, und wir wissen nicht, wohin. Wir haben keine Obdachlosenunterkünfte in Lehigh Acres. Wir helfen zwar, wo wir können, aber wir haben keine eigenen Mittel. Verteilen können wir nur, was wir an Spenden erhalten, und auch das nur, wenn wir freiwillige Helfer finden.«

Die Steuereinnahmen der Gemeinde sind 2008 um fast die Hälfte eingebrochen. Die Behörden appellieren an die Mildtätigkeit der Kirchen und die lokale Prominenz. […]

In der Immobilienbranche richtet sich inzwischen eine wachsende Zahl von Maklern explizit nur noch an europäische Kunden: »US-Immobilienkrise: Jetzt ist einer der besten Zeitpunkte, Ihre Traumimmobilie zu erwerben!«, heißt es zum Beispiel auf einem dunkelgrün unterlegten Banner auf www.floridatraum.com. […]

Offensichtlich gibt es aber auch in Miami Leute, die sich mit der Situation nicht einfach abfinden wollen. In Liberty City, einem der ärmsten Viertel der Stadt und damit für die Maklerin Bénichay gänzlich uninteressant, besetzt seit einiger Zeit eine Gruppe, die sich »Take Back the Land« nennt, leerstehende Häuser und bringt darin obdachlose Familien unter. Bisher konnten auf diese Weise aber nur zehn Häuser auf Dauer in Beschlag genommen werden. Alles in allem ein schwieriges Unterfangen.

»Erst einmal müssen wir Gebäude finden, die noch nicht allzu kaputt sind«, sagt Max Rameau, Gründungsmitglied der Hausbesetzertruppe. »Die meisten Häuser wurden von den Besitzern bei ihrer Zwangsräumung verwüstet. Unsere Leute können zwar kleinere Reparaturen machen, den Strom wieder anschließen oder die vorgefundenen Haushaltsgeräte zum Laufen bringen. Aber wir haben gar nicht die Mittel für große Arbeiten. Die Polizei ist natürlich auch ein Problem, die sind hier in Miami besonders aggressiv drauf. Zum Glück haben die Bullen wegen der Krise alle Hände voll zu tun. Die haben gar keine Zeit oder Lust, Stunk zu machen. Sie wissen genau, dass die Leute im Viertel hinter uns stehen. Was sie jetzt wirklich nicht gebrauchen können, ist öffentlicher Aufruhr.« […]

Doch er wundert sich schon darüber, dass die massenhaften Zwangsversteigerungen der vergangenen Monate nicht massiveren öffentlichen Protest hervorgerufen haben. […] »Wir vergreifen uns am Tabu des Eigentums«, seufzt der Sprecher von Take Back the Land. »Das ist in diesem Land keine Kleinigkeit. Es ist schon seltsam, dass die meisten Leute es anscheinend normal finden, das eigene Haus komplett zu verwüsten, wenn die Bank kommt und es einem wegnimmt. Aber dass man ein Haus wieder in Schuss bringt, um einer Familie ein Dach über dem Kopf zu verschaffen, das geht anscheinend gar nicht.«

Quelle: © »Geld machen mit Hanf und Häusern«, *Le Monde diplomatique* vom 07.08.2009, Berlin: taz Verlag

M3 Die Situation in Spanien 2013

Rafael Ferro sieht nicht so aus, als könnte ihn leicht etwas aus der Bahn werfen: 47 Jahre ist er alt, drei Kinder hat er, einen mächtigen Schnauzbart und einen dicken Bauch. Früher hatte Ferro eine Stelle als Koch. Jetzt ist er arbeitslos und steht etwas unsicher auf der Straße, in den Händen ein grünes Plakat. »Stop desahucios« steht darauf: »Schluss mit den Zwangsräumungen«. […]

Es ist früh am Morgen in Dos Hermanas, einem Vorort von Sevilla. Zwischen zwei gesichtslosen Wohnblöcken liegt die Calle Ruiz Gijón. Außer Ferro sind noch etwa zwei Dutzend Menschen zum Haus mit der Nummer 8 gekommen: Rentner, Studentinnen, ein arbeitsloser Lehrer. Sie protestieren dagegen, dass Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben werden sollen. Seit nunmehr fünf Jahren hält die Wirtschaftskrise ganz Spanien so fest umklammert wie Ferro sein Plakat. Landesweit sollen seitdem rund 400.000 Verfahren zur Zwangsräumung eingeleitet worden sein, berichtet der spanische Gerichtsrat. Zuletzt waren es mehr als 500 pro Tag. […]

Die Pives, die Protestaktionen und die Plakate geben Menschen wie Ferro den Halt, den sie verloren haben. Sie sind zu einer landesweiten Gruppentherapie geworden, bei der man sich über sein Schicksal austauschen kann. Schließlich hat hier jeder eine ganz ähnliche Geschichte zu erzählen, und fast immer beginnt sie so: »Damals gab es ja genug Arbeit.«

Also umklammert auch Ferro sein Plakat noch ein bisschen fester und sagt: »Damals gab es ja genug Arbeit.« Und dann: »Niemand dachte, dass eine Krise kommt.« 1.800 Euro verdienten er und seine Frau, als sie 2008 den Kredit für ihre Wohnung aufnahmen. 80.000 Euro bekamen sie, ausgelegt auf eine Laufzeit von 30 Jahren. […]

Fünf Jahre ist das nun her. Heute ist jeder vierte Spanier arbeitslos, in Andalusien sogar jeder dritte, auch Ferro und seine Frau haben keine Jobs mehr. »Irgendwann mussten wir uns entscheiden: entweder die Raten für die Wohnung – oder Essen für die Kinder.« Er habe »alles probiert bei der Bank«, sagt Ferro, »ohne Erfolg«. Mit der Zwangsräumung im vergangenen Frühjahr verlor er nicht nur seine Wohnung, sondern auch seine Existenz. Denn obwohl er nur einen Kredit über 80.000 Euro aufgenommen hatte und obwohl seine Wohnung längst versteigert wurde, bleiben der Familie immer noch Schulden. Das ist das Problem in einem Land, in dem die Immobilien oft die Hälfte ihres Werts verloren haben.

Vor der Krise erlebte Spanien einen beispiellosen Bauboom. Überall entstanden Neubaugebiete, die Regierung förderte die Branche, es gab Steuererleichterungen, Kredite für jeden und Korruption bis in die höchsten Ämter. Als die Blase platzte, setzte sich eine Kettenreaktion in Gang: Tausende verloren ihren Job auf dem Bau – und bald darauf die auf Pump gekaufte Wohnung. Der Markt wurde überschwemmt von Immobilien, und die Wohnungen, die für viel geliehenes Geld gekauft worden waren, ließen sich nur noch für viel weniger wieder verkaufen. Wenn überhaupt. So trieb die Blase tausende Spanier in den Ruin und aus ihren Wohnungen. Es ist paradox: Während ganze Familien seitdem notgedrungen bei Verwandten unterkommen müssen, stehen gleichzeitig über eine Million Wohnungen in Spanien leer. Allein in Sevilla sollen es 120.000 sein.

Ein paar Kilometer sind es dort vom schicken Stadtzentrum bis an die Avenida Juventudes Musicales. Autos und Mopeds rasen über die sechsspurige Ringstraße, aber in Manoli Cortés' Apartment hört man den Verkehr nur als leises Rauschen. Drei Zimmer hat sie hier im dritten Stock, durch die großen Fenster scheint die Abendsonne. Das ist praktisch, denn Strom für Licht gibt es nicht, genauso wenig wie fließendes Wasser. Cortés hat sich einen Generator auf den Balkon gestellt, und wenn sie Wasser braucht, geht sie zum öffentlichen Brunnen. »Ich bin zwar 65«, sagt sie, »aber ich bin noch fit!« […]

Noch heute sieht man an ihrer Wohnungstür, wo die Schlösser aufgebrochen wurden, damals, am 15. Mai 2012, als sie und 120 andere das Gebäude besetzten, 36 Familien, allesamt betroffen von Zwangsräumungen. »La Utopía« nennen sie seitdem ihr Haus, die Utopie, und berufen sich auf den Artikel 47 der spanischen Verfassung. Sie haben ihn unten neben die Eingangstür gesprüht: Jeder Spanier, steht dort in krakeligen Buchstaben, hat das Recht auf eine würdige Wohnung. Jahrelang stand das fünfstöckige Gebäude leer, die Immobilienfirma war pleite, und niemand wollte einziehen – bis Cortés und ihre Nachbarn kamen. […]

Die Utopía hat sogar eine eigene Homepage, auf der ihre Motive erklärt werden. Es ist nicht nur einfach eine Besetzung, sie machen hier Politik. »Ich will Miete zahlen«, sagt Cortés, »aber eben zu sozial verträglichen Preisen.« 431 Euro Witwenrente bekommt sie jeden Monat, als sie damit bei der Stadt anfragte, ob sie eine Sozialwohnung bekommen könnte, wurde sie weggeschickt. ▪ Quelle: © Christoph Gurk: »Im Land der leeren Häuser«, *DIE ZEIT* 21/2013

M4 Die Situation in Deutschland 2018

Die beiden alten Damen in der Rotklinker-Siedlung in Rendsburg, Schleswig-Holstein, verstehen die Welt nicht mehr. »Oft wussten wir gar nicht, an wen wir Miete zahlen«, sagt Rosemarie Jürgensen. Sie ist 79 Jahre alt, trägt goldene Ohrringe und einen lila Pullover mit V-Ausschnitt. […] Neben ihr auf dem Sofa sitzt Christa Köster, ebenfalls 79 Jahre alt. Sie wohnt nur einen Block weiter und hat einen dicken Stapel Briefe mitgebracht. »Alle paar Jahre wird uns von der Hausverwaltung ein neues Konto mitgeteilt, auf das wir künftig die Miete überweisen sollen«, sagt Köster. So erfährt sie, dass ihre Wohnung wohl wieder mal verkauft wurde. An wen, erfahren die Rentnerinnen nicht. Auch nicht, aus welchem Land der Käufer kommt. Als Jürgensen und Köster in die Siedlung im Rotenhöfer Weg zogen – vor mehr als 50 Jahren –, da gehörte sie noch der Stadt. »Wenn etwas kaputtging, kam ein Handwerker und reparierte es«, sagt Jürgensen. Dann aber verkaufte die Stadt 2004 alle ihre 1.400 Wohnungen, um den Haushalt zu sanieren. »Seitdem wird es immer schlimmer«, sagt Jürgensen. Die Regenrinne über der Haustür ist seit Langem kaputt. Ein Eimer soll das herunterplätschernde Wasser auffangen. Was nicht im Eimer landet, könnte im Winter vor dem Eingang gefrieren. »Wenn ich in meinem Alter stürze«, sagt Jürgensen, »weiß ich nicht, ob ich mich davon wieder erhole.«

Die Wohnungen der Damen sind zu Objekten für Spekulanten geworden. Diese handeln damit, als wären es Aktien: Sie kaufen und verkaufen, wie es ihnen gerade beliebt. Dass in den Wohnungen Menschen leben, scheint nebensächlich. Welcher Investor hat schon Lust, sich um eine Regenrinne zu kümmern? Vor allem wenn zwischen ihm und den Mietern eine halbe Weltreise liegt? […] Wenn allerdings die Miete erhöht werden soll, ändert sich das. Im Mai 2017 war es wieder so weit, kurz nach dem jüngsten Weiterverkauf. Da bekamen Köster und Jürgensen Post von der Hausverwaltung BGP. […] Anstatt wie bisher 466 Euro sollte Jürgensen nun 520,20 Euro bezahlen – 54,20 mehr. Für die Rentnerin, die früher in einer Großküche der Bundeswehr gearbeitet hat, viel Geld. »Die kümmern sich um nichts«, sagt sie. »Und wollen trotzdem mehr Geld.«

Im deutschen Wohnungsmarkt ist der Wurm drin, seit einem Jahrzehnt. Wohnen wird teurer – für Mieter und Käufer. Das hat viele Gründe: den anhaltenden Zuzug in die Städte und dass es immer kleinere Haushalte gibt, man also immer mehr Wohneinheiten braucht. Die niedrigen Zinsen sorgen für billiges Geld, das mangels anderer profitabler Anlagemöglichkeiten oft in Immobilien fließt. Und weil die guten Lagen begrenzt sind, steigen die Preise für Grundstücke weiter.

Gleichzeitig gibt es immer weniger Wohnraum vom Staat. Denn der hatte sich in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend aus dem sozialen Wohnungsbau verabschiedet. Von den etwa vier Millionen Sozialwohnungen Ende der 1980er Jahre sind laut Mieterbund nur noch 1,4 Millionen übrig. So droht in deutschen Städten eine ähnliche Spaltung wie in anderen Metropolen der Welt. […]

Frankfurt zum Beispiel: […] In diesem Jahr sei eine Penthousewohnung erstmals für 22.000 Euro pro Quadratmeter verkauft worden, raunen Makler. […] Die Bevölkerung ist wütend. Und die Politik reagiert. Mit dem Versprechen von mehr bezahlbarem Wohnraum will Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) im Februar seine Wiederwahl sichern. Dazu hat er unter anderem dafür gesorgt, dass mehr Menschen als bisher Anspruch auf staatlich geförderten Wohnraum haben. Für diesen darf der Vermieter lediglich die gesetzlich zulässige Sozialmiete von 5 bis 10,50 Euro pro Quadratmeter verlangen. Für Frankfurt ein Schnäppchen. Daher sind nicht alle von dieser Idee begeistert.

Termin der Immobilienbranche zu Frühstück plus Diskussion im Fleming's Deluxe Hotel in der Innenstadt. […] Die Aussicht auf jahrzehntelang zementierte Mieten wirkt auf die Gäste im Salon Ambassador so verlockend wie eine Wurzelbehandlung beim Zahnarzt. Billiger Wohnraum sei angesichts dieser Grundstückspreise gar nicht finanzierbar. Selbst der Staat verkaufe die Grundstücke zum Höchstpreis, um die Haushalte zu sanieren. Ständig strengere Vorschriften zu Brandschutz oder Energieverbrauch trieben die Kosten für Neubauten zusätzlich in die Höhe.

Im Übrigen seien die Mieten gar nicht zu hoch oder die Einkommen zu niedrig, merkt der Manager einer Projektentwicklungsfirma an. Und er verweist auf eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Demnach wenden deutsche Haushalte durchschnittlich bloß 20 Prozent ihres verfügbaren Einkommens fürs Wohnen auf. In den USA, Großbritannien, Schweden, Griechenland und den Niederlanden sind es 25 bis 30 Prozent. Die Botschaft ist klar: Bei den Wohnkosten in Deutschland sei reichlich Luft nach oben. ▪ Quelle:

© Felix Rohrbeck und Marcus Rohwetter: »Rettet die Stadt«, *DIE ZEIT* 3/2018

M5 Finanzmarkt und Immobilienmarkt

Interview mit Susanne Heeg

Die Finanzkrise ab 2007 wurde im Immobilienmarkt in den USA ausgelöst. Wie kam das?

S. H.: So etwas hat immer mehrere Ursachen. Ich fasse das für die USA mal in drei Aspekte zusammen. Der erste waren die niedrigen Zinsen nach einer Wirtschaftskrise ab 2001. Das zweite war eine starke, politisch geförderte Orientierung am Wohneigentum. Und das dritte war, dass neue Gewinnmöglichkeiten auf dem Finanzmarkt ermöglicht wurden. Mehr Banken als zuvor konnten Hypotheken vergeben und die Banken konnten diese Kredite verbriefen. Das heißt, die Kreditschulden wurden gesammelt und an andere Banken verkauft. Nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern.

Das war ein Riesengeschäft für die Banken. In dieser Situation wurden Hypotheken an Haushalte vergeben, die sich einen Hauskauf eigentlich nicht leisten konnten. Immer mehr Leute haben versucht, das zu nutzen, weil es in den USA ja auch wenig Mietwohnungen gibt.

Das Modell brach zusammen, als erste Haushalte ihre Kreditzahlungen nicht mehr leisten konnten. Es kam zu Pfändungen von Häusern. Banken fragten: Wird vielleicht ein großer Anteil von den verbrieften Hypotheken, die ich jetzt gekauft habe, nicht mehr bedient? Infolgedessen ging das Vertrauen in das Anlageprodukt »Verbriefungen« verloren und ein Markt brach in sich zusammen.

Eine globale Krise ist das geworden, weil die Hypotheken gebündelt und weltweit als Finanzanlageprodukt an Banken verkauft wurden.

Haben die steigenden Mieten und Hauspreise in Deutschland auch mit den Finanzmärkten zu tun?

S. H.: Auch in Deutschland haben wir niedrige Zinsen und eine verbreitete Hypothekenvergabe. Aber anders als in den USA können die Banken die Hypothekenkredite und ihre Risiken nicht problemlos weiterreichen. Sie müssen bei der Ausgabe von Krediten vorsichtig sein. Es gibt aber auch besondere Probleme in Deutschland.

Zum Beispiel?

S. H.: Eines ist der Verkauf von öffentlichen Wohnungen. Die hatten dazu beigetragen, dass diejenigen, die sich Eigentum nicht leisten konnten, vor starken Mieterhöhungen geschützt waren. Inzwischen hat der Staat viele Wohnungen verkauft. Diese sind jetzt in der Hand von finanzmarktbasierten Wohnungsunternehmen. Da gibt es Mieterhöhungen von bis zu 60 Prozent der Kaltmiete pro Monat, im Zusammenhang mit flächendeckenden Modernisierungen, die Mieterhöhungen von 11 Prozent der Kosten möglich machen. Dadurch verschwindet günstiger Wohnraum

Warum wird überhaupt so stark in den Immobiliensektor investiert?

S. H.: In Häuser oder in Immobilien wird dann investiert, wenn die Profitmöglichkeiten im produktiven Sektor nicht mehr hoch genug sind. Das Kapital ist ja flexibel. Häuser oder Immobilien bieten eine eher niedrigere Rendite, in der Regel so vier Prozent. Das ist in »normalen« Wirtschaftszyklen sehr niedrig und deshalb wird dann in Unternehmen investiert, die höhere Profite bieten. Gegenwärtig sind die Zinsen aber so niedrig und auch die Profite bei der Anlage in anderen Sektoren, dass eine Anlage in Wohnungen zum sicheren Geschäft wird. Große Versicherungen zum Beispiel, die Lebensversicherungen bedienen müssen, die müssen so anlegen, dass sie das können. Die legen in sichere Immobilien an, wenn es im produktiven Sektor nicht mehr funktioniert.

Gibt es also einen besonderen Zusammenhang zwischen Finanz- und den Immobilienmärkten?

S. H.: So besonders ist das nicht. Natürlich sind Immobilien etwas besonderes, weil wir alle ein Dach über dem Kopf brauchen. Aber es kann alles Mögliche zum Finanzprodukt gemacht werden. Bleiben wir bei den Versicherungen. Die Allianz investiert auch in die Abwasserinfrastruktur in London, sie investiert in Parkuhren in Chicago, in Autobahnraststätten. Alles, was in ein Fondsinvestment verwandelt werden kann, wird, solange politisch keine Grenzen gesetzt werden, in Fondsinvestments verwandelt. Dadurch ist es in Finanzmarktkreisläufe integriert. Dann ist es auch spekulativen Entwicklungen ausgesetzt und das hat Auswirkungen auf lokaler und globaler Ebene.

Wie meinen Sie das?

S. H.: Lokale Krisen, die ja immer wieder auftauchen, können durch die Finanzmarktderegulierung plötzlich auf ein globales Niveau gehoben werden. Dann werden Hypotheken, die in den USA nicht mehr bedient werden, zum Problem von deutschen Banken. Die deutschen Banken werden zum Problem für deutsche Steuerzahler_innen. Und das heißt Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie Wasser, Strom oder Busse können nicht mehr von der öffentlichen Hand bezahlt werden, weil die Banken aufgefangen werden müssen. Diese Umschichtung öffentlicher Gelder ist der eigentliche Skandal. ▪

Susanne Heeg ist Professorin für geographische Stadtforschung an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Regulierung des Wohnungsmarktes

M1 Volksbegehren gegen hohe Mieten

Mieter-Initiativen starten heute ein neues Volksbegehren. Das Ziel: Mehr öffentlicher Wohnraum, der zudem günstiger sein soll.

Eine Gruppe von Mieterschützern und anderen Aktivisten will am Dienstag ein neues Volksbegehren starten. Das Ziel ist ein sozialerer Wohnungsmarkt mit günstigeren Mieten.

Bis zur Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2016 sollen die Vorbereitungen abgeschlossen sein. Zeitgleich mit der Wahl sollen die Berliner dann über den von der Initiative vorgelegten Gesetzentwurf entscheiden. Bis dahin muss viel passieren. Am Dienstag will die Gruppe ihr Projekt »Berliner Mieten Volksentscheid« öffentlich vorstellen.

Der Gesetzentwurf, der 52 Paragrafen umfasst, liegt dem Tagesspiegel vor. Zentrale Ideen sind erstens die Schaffung eines Wohnraumförderfonds, zweitens die Umwandlung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Anstalten öffentlichen Rechts[1], drittens die Gestaltung der Miethöhe öffentlich geförderter Wohnungen in Bezug zum Einkommen der Mieter.

Der Wohnraumförderfonds soll ein Sondervermögen des Landes Berlin werden; das Land soll ihn mit Personal und Geld ausstatten. Der Fonds soll dafür sorgen, dass öffentlich geförderte Wohnungen vorhanden sind, dass sie modernisiert und gerecht verteilt werden und dass besonders Geringverdiener nicht verdrängt werden.

Städtische Wohnungsunternehmen sollen zu eigenen Anstalt öffentlichen Rechts werden.

Jedes der sechs städtischen Wohnungsunternehmen Degewo, Gesobau, Howoge, Stadt und Land, WBM und Gewobag soll zu einer eigenen Anstalt öffentlichen Rechts werden. Der Gesetzentwurf sieht außerdem vor, dass diese Anstalten dann Tochterunternehmen gründen, um so Baumaßnahmen und Materialbeschaffung für alle gemeinsam zu erledigen. Vorgesehen ist auch, dass Sozialwohnungen, die aus der Förderung gefallen sind, zugekauft werden. In diesen Wohnungen waren die Mieten in den vergangenen Jahren extrem gestiegen.

Die Gestaltung der Miethöhe in Bezug zum Einkommen könnte dazu führen, dass Bewohner desselben Hauses für gleichartige Wohnungen unterschiedliche Mieten zahlen müssten. ▪ Quelle: © Fatina Keilani in *Der Tagesspiegel* vom 08.03.2015

1 Anmerkung Attac: Anstalten öffentlichen Rechts sind rechtlich eigenständige Einrichtungen des Staates (Bund, Länder oder Kommunen) zur Bereitstellung bestimmter öffentlicher Güter. Beispiele sind der öffentliche Rundfunk auf Bundes- und Landesebene oder die kommunalen Sparkassen.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M1 und klären Sie Verständnisfragen in Partnerarbeit.

2. Bilden Sie vier gleich große Gruppen und teilen Sie die Texte M2 bis M5 unter den Gruppen auf.

2.1 Lesen Sie Ihren jeweiligen Text und sammeln Sie in Stichworten die Interessen Ihrer Gruppe. Nutzen Sie dabei folgende Fragen:
- Welche finanziellen Interessen haben Sie?
- Welche Wohnungsbaupolitik befürwortet Ihre Gruppe?
- Welche Argumente für Ihre Position könnten in der Öffentlichkeit gut ankommen (und welche nicht)?
- Wie stehen Sie zum Projekt »Berliner Mieten Volksentscheid« (M1)?

2.2 Entwerfen Sie ein Werbeplakat, mit dem Ihre Gruppe in der Öffentlichkeit für oder gegen das vorgeschlagene Gesetz eintritt.

3. Hängen Sie die Werbeplakate der verschiedenen Gruppen im Raum auf.

3.1 Besprechen Sie die Plakate in der Gesamtgruppe und sammeln Sie an der Tafel (weitere) Argumente für oder gegen das vorgeschlagene Gesetz.

3.2 Diskutieren Sie die Pro- und Contra-Argumente. Führen Sie danach eine geheime Abstimmung über das vorgeschlagene Gesetz durch.

4. Recherchieren Sie, wie es mit dem echten Volksbegehren weiterging und nehmen Sie persönlich dazu Stellung.

M2 Die Deutsche Wohnen: Erneut ein Rekordergebnis

Die Deutsche Wohnen hat im Geschäftsjahr 2016 aufgrund von Bewertungsgewinnen und der operativen Performance wiederholt alle wesentlichen Kennzahlen deutlich gesteigert. Der Konzerngewinn lag mit EUR 1,6 Mrd. rund 35 % über dem Vorjahr. […]

Michael Zahn, CEO der Deutsche Wohnen AG: »Unser Fokus auf dynamische Regionen wie Berlin oder Frankfurt, zahlt sich dauerhaft aus. Die gute operative Entwicklung unseres Immobilienportfolios ist die Basis unseres Erfolgs. […]«

Erneute Steigerung der operativen Ergebnisse

Das Portfolio der Deutsche Wohnen umfasste zum 31. Dezember 2016 rund 160.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten mit einem Fair Value von rund EUR 15,5 Mrd. Die Vertragsmiete im Gesamtbestand belief sich zum Stichtag auf EUR 6,10 je m², bei einem Leerstand von 1,8 %. Auf Like-for-like-Basis erzielte die Deutsche Wohnen insgesamt ein Mietwachstum von 2,9 %, wobei der Großraum Berlin 3,5 % beisteuerte. Der Leerstand im Berliner Bestand lag bei 1,6 %. […]

Im Berichtsjahr konnten die Vertragsmieten auf EUR 704,5 Mio. (Vorjahr: EUR 634,0 Mio.) gesteigert werden, mit einem operativen Ergebnis (Net Operating Income – NOI) von EUR 545,7 Mio. (Vorjahr: EUR 474,9 Mio.). […]

Deutliche Ausweitung des Investitionsprogramms zur Erhöhung der Bestandsqualität

Um die Qualität im Portfolio weiter zu erhöhen, wurde in 2016 ein Investitionsprogramm von EUR 1,0 Mrd. verabschiedet. Das auf fünf Jahre angelegte Programm umfasst rund 30.000 Wohnungen, die auf einen zeitgemäßen Standard gebracht und energetisch saniert werden sollen. Zusätzlich wurde ein Nachverdichtungs- und Neubauprogramm in Höhe von knapp EUR 0,5 Mrd. beschlossen, um die bestehenden Flächenreserven effizient zu nutzen und rund 2.200 Wohnungen innerhalb der nächsten vier Jahre zu errichten. Mit ihrem EUR 1,5 Mrd. schweren Investitionsprogramm für Modernisierung und Neubau erwartet die Deutsche Wohnen die zielgerichtete Realisierung weiterer Wertpotenziale in der Zukunft. […]

Starke Entwicklung am Kapitalmarkt

Der Kurs der Deutsche Wohnen-Aktie hat sich 2016 mit einem Kursanstieg von rund 19 % erneut hervorragend entwickelt und konnte damit wiederholt die Branchen-Benchmarks wie EPRA Germany übertreffen. Mit einer Marktkapitalisierung von derzeit rund EUR 11 Mrd. ist die Deutsche Wohnen die zweitgrößte börsennotierte Immobiliengesellschaft in Deutschland und rangiert im europäischen Vergleich auf dem dritten Rang. Vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung beläuft sich die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr auf EUR 0,74 je Aktie, eine deutliche Steigerung von 37 % im Vergleich zum Vorjahr. […] ▪ Quelle: Deutsche Wohnen AG, Pressemitteilung vom 21.03.2017

Die Deutsche Wohnen ist eine der führenden börsennotierten Immobiliengesellschaften in Deutschland und Europa, deren operativer Fokus auf der Bewirtschaftung und Entwicklung ihres Portfolios, mit dem Schwerpunkt auf Wohnimmobilien, liegt. Der Bestand umfasst zum 31. Dezember 2016 insgesamt 160.200 Einheiten, davon 158.000 Wohneinheiten und 2.200 Gewerbeeinheiten.

M3 Deutscher Mieterbund: Mieten steigen weiter – Politik muss reagieren

»Die Mieten steigen weiter – die Wiedervermietungsmieten, weil die Mietpreisbremse nicht greift, und die Mieten in bestehenden Mietverhältnissen, weil die Wiedervermietungsmieten der letzten Jahre extrem hoch lagen und nur sie bei der ortsüblichen Vergleichsmiete berücksichtigt werden. Diese Preisspirale muss jetzt endlich durchbrochen werden«, forderte der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes (DMB), Lukas Siebenkotten. Nach heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes mussten die Privathaushalte zuletzt in Deutschland 35 Prozent ihrer Konsumausgaben für Wohnen, Energie und Instandhaltung ausgeben. »Diese Zahlen verharmlosen die Wohnungsnöte von Millionen Mieterinnen und Mietern aber noch. Etwa 40 Prozent der Mieterhaushalte müssen mehr als ein Drittel ihres Nettoeinkommens für die Miete zahlen, jeder fünfte Mieterhaushalt sogar mehr als 40 Prozent. Darauf muss die Politik jetzt reagieren, darf nicht länger zuschauen«, forderte der Mieterbund-Direktor.

Die Bundestagsfraktion Die Linke hat einen Gesetzentwurf […] eingebracht, mit der die Mietpreisbremse geschärft werden soll. […] »Wir begrüßen die Initiative der Linken ausdrücklich. Um die Mietpreisspirale zu stoppen, muss aber noch deutlich mehr passieren«, erklärte Lukas Siebenkotten. Notwendig seien außerdem:

- die Stärkung der Mietspiegel und eine neue Definition der Vergleichsmiete. Grundlage für die ortsübliche Vergleichsmiete dürften nicht länger nur die Vertragsabschlüsse der letzten vier Jahre sein, sondern letztlich alle bestehenden Vertragsverhältnisse. […]
- die sozial verträgliche Ausgestaltung energetischer Sanierungen. Die bisherige gesetzliche Regelung, wonach 11 Prozent der Modernisierungskosten zeitlich unbefristet auf die Jahresmiete aufgeschlagen werden dürfen, führe zu völlig überzogenen Mietpreissteigerungen und müsse entfallen. Zumindest sei aber die Umlage drastisch zu senken, auf 4 Prozent.
- die Dynamisierung des Wohngeldes und seine automatische Anpassung an die jeweilige Mieten- und Preisentwicklung. Ein Klimawohngeld sei einzuführen.
- eine Wohnungsbauoffensive, damit endlich 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut würden, davon 200.000 Mietwohnungen und davon wiederum 80.000 Sozialmietwohnungen. […]

Quelle: Deutscher Mieterbund, Pressemitteilung vom 19.12.2017

Der Deutsche Mieterbund e. V. (DMB) ist die Dachorganisation für 320 örtliche Mietervereine in Deutschland. Im Mittelpunkt der Arbeit des Deutschen Mieterbundes steht die politische Interessenvertretung der Mieter. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der örtlichen Mietervereine ist die unmittelbare Interessenvertretung der Mieter. Neben der Aufklärung über Rechte und Pflichten, ist das in erster Linie die Rechtsberatung und Hilfe bei Mietstreitigkeiten.

M4 Haus & Grund: Initiativen für mehr Wohneigentum begrüßt

Der Eigentümerverband Haus & Grund Deutschland begrüßte heute die jüngsten Initiativen von CDU/CSU sowie SPD zur Förderung von Wohneigentum. »Wer heute Wohneigentum schafft oder erwirbt, entlastet den Mietwohnungsmarkt und sorgt für das Alter vor«, kommentierte Haus & Grund-Präsident Kai Warnecke.

Diese Unterstützung müsse jedoch aus zwei Komponenten bestehen. So sei es erste Aufgabe des Staates, die von ihm verantworteten Hürden beim Erwerb von Wohneigentum zu senken. Dazu zählen laut Haus & Grund die hohen baulichen Anforderungen an neue Wohngebäude sowie hohe und weiter steigende Grunderwerbsteuersätze in den Ländern. Ergänzend und begrenzt können dann staatliche Fördergelder hinzukommen.

»Das Geld den Menschen erst zu nehmen und es dann über andere Wege wieder zu geben ist ineffizient. Wirkungsvoller und ressourcensparender wäre es, wenn der Staat seinen Bürgern wieder mehr Entscheidungsspielräume gäbe. Dazu gehört auch, dass die Wahl zwischen Kauf oder Miete nicht von staatlichen Förderungen abhängig ist«, fasste Warnecke zusammen.

Private Eigentümer stellen knapp 430.000 Sozialwohnungen zur Verfügung. Das sind 29 Prozent aller Sozialwohnungen. Darauf weist der Eigentümerverband unter Hinweis auf die Studie »Privateigentümer von Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern« des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hin. »Die Studie zeigt, dass der Staat bei der Versorgung der Menschen mit bezahlbaren Wohnungen nicht auf die privaten Eigentümer verzichten kann. Ich warne davor, dieses Engagement durch immer mehr Bürokratie und staatliche Eingriffe, vor allem im Mietrecht, abzuwürgen«, kommentierte Kai Warnecke. Der Staat könne schon aus finanziellen Gründen nicht die Rolle der privaten Haus- und Wohnungseigentümer übernehmen.

Wie die BBSR-Studie zudem zeigt, wurden die Wohnungen großer Mehrfamilienhäuser privater Gebäudeeigentümer mit 13 und mehr Wohnungen zu über 60 Prozent an Alleinstehende vergeben, während in den kleineren Mehrfamilienhäusern Paare mit Kindern besonders häufig zum Zuge kamen. »Hier zeigt sich, dass die privaten Eigentümer ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Wir brauchen gerade jetzt politische Signale, die zeigen, dass es sich lohnt, privaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Nur so können die sozialpolitischen Herausforderungen bei der Wohnraumversorgung gemeistert werden«, betonte Warnecke. ▪ Quelle: Eigentümerverband Haus & Grund, Pressemitteilungen vom 08.01.2016 und vom 30.11.2016

Der Eigentümerverband Haus & Grund setzt sich nach eigenen Angaben für die uneingeschränkte Nutzung des privaten Haus- und Grundeigentums ein: Leben in den eigenen vier Wänden auf dem eigenen Grund und Boden; Wohnungseigentum statt Miete, auch zur Sicherung der eigenen Altersvorsorge; Kapitalanlage in Form vermieteter Immobilien.

M5 BAG Wohnungslosenhilfe: Prognose: 1,2 Millionen Wohnungslose bis 2018

Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W) hat heute ihre aktuelle Schätzung zur Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland vorgelegt: In 2016 waren demnach ca. 860.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung […] Die BAG W prognostiziert von 2017 bis 2018 einen weiteren Zuwachs um ca. 350.000 auf dann ca. 1,2 Millionen wohnungslose Menschen. Das wäre eine weitere Steigerung um ca. 40 %. […]

Mehrere Faktoren seien maßgeblich für den dramatischen Anstieg der Wohnungslosenzahlen. Specht: »Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum ist unzureichend, der Sozialwohnungsbestand schrumpft ständig. Seit 1990 ist der Bestand an Sozialwohnungen um ca. 60 % gesunken. 2016 gibt es noch ca. 1,2 Millionen Sozialwohnungen, bis 2020 werden weitere 170.000 aus der Bindung fallen. Zusätzlich haben Kommunen, Bundesländer und der Bund eigene Wohnungsbestände an private Investoren verkauft. Damit haben sie Reserven bezahlbaren Wohnraums aus der Hand gegeben.«

Darüber hinaus fehlten mindestens 11 Millionen Kleinwohnungen. Dieser Wohnungsmangel bei den Ein- bis Zweizimmerwohnungen habe zu einem extremen Anziehen der Mietpreise, insbesondere in den Ballungsgebieten geführt. Der besonders großen Nachfragegruppe der Einpersonenhaushalte (16,8 Millionen Menschen) stehe – wie in den Vorjahren – im Jahr 2016 nur ein Angebot von 5,2 Millionen Ein- bis Zweizimmerwohnungen gegenüber.

Sofortmaßnahmen für die am Wohnungsmarkt besonders Benachteiligten

»Der Bund muss deutlich mehr Verantwortung in der Wohnungspolitik übernehmen, vor allem auch über das Jahr 2019 hinaus«, erklärte Werena Rosenke, stellvertretende Geschäftsführerin der BAG W. Solange stehen bislang den Ländern Kompensationsmittel zur sozialen Wohnraumförderung aus dem Bundeshaushalt zu.

Die Gesamtzahl der Wohnungslosen habe eine neue Dimension erreicht. Ohne massive Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen und ohne spezielle Förderprogramme zur Prävention von Wohnungsverlusten und zur Versorgung der aktuell wohnungslosen Menschen mit eigenem Wohnraum, werde sich die Wohnungslosigkeit in den nächsten Jahren nicht reduzieren lassen.

»Wir als Wohnungslosenhilfe wissen: Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist zwar Voraussetzung für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, aber nicht ausreichend: Die Kommunen müssen gezielte Maßnahmen ergreifen, um bereits wohnungslose Haushalte wieder mit eigenen Wohnungen zu versorgen. Quoten für die Vermietung von geförderten Wohnungen an wohnungslose Menschen, aber auch die gezielte Akquirierung von Wohnungsbeständen bei privaten Vermietern und der Wohnungswirtschaft zur Versorgung von Menschen in einer Wohnungsnotfallsituation sind vordringliche Aufgaben«, forderte Rosenke.

Solche Maßnahmen könnten durch entsprechende Förderprogramme des Bundes und der Bundesländer flankiert werden. […] ▪ Quelle: BAG Wohnungslosenhilfe, Pressemitteilung vom 14.11.2017

Die BAG Wohnungslosenhilfe leistet Koordinations- und Integrationsaufgaben für die kommunale und freigemeinnützige Wohnungslosenhilfe und vertritt die Interessen der wohnungslosen und sozial ausgegrenzten Menschen und der Wohnungslosenhilfe. Unter ihrem Dach finden sich öffentliche und freie Träger der Wohlfahrtspflege ebenso wie Selbsthilfeorganisationen der wohnungslosen Menschen.

attac
Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

www.attac.de/bima